

— | | —

**Thomas Grumke und Andreas Klärner**

Rechtsextremismus, die soziale Frage  
und Globalisierungskritik –  
Eine vergleichende Studie zu  
Deutschland und Großbritannien seit 1990

---

Erstellt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Forum Berlin

— | | —

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Dietmar Molthagen

Copyright 2006 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin  
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Umschlaggestaltung: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn  
Satz und Druck: Wagemann Medien GmbH

ISBN 3-89892-503-X

# Inhaltsverzeichnis

<b>I</b>	<b>Einleitung</b> .....	7
	Die Studie .....	13
<b>II</b>	<b>Szenen</b> .....	15
1.	Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung .....	15
2.	Deutschland .....	20
2.1	Parteiliches Spektrum (NPD, DVU, REP) .....	22
2.1.1	Der Niedergang der Republikaner in den 1990er Jahren .....	22
2.1.2	Die Entwicklung der DVU – klassische Protestpartei und „Phantompartei“ der extremen Rechten .....	24
	Volksfront von rechts – Konflikte zwischen „Realos“ und „Fundis“ .....	25
2.1.3	Die Entwicklung der NPD in den 1990er Jahren .....	28
	Fallbeispiel Sächsische NPD-Aussteiger .....	36
2.2	Das nicht-parteiliche Spektrum (groupuscules) in den 1990er Jahren – neue Organisationsformen... ..	40
	... und neue Aktionsformen .....	43
	Fallbeispiel: Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern ..	45
3.	Großbritannien.....	47
3.1	Das parteiliche Spektrum .....	51
3.1.1	National Front (NF).....	52
3.1.2	British National Party (BNP) .....	54

	Die BNP bei Wahlen.....	60
	Die BNP heute .....	65
3.2	Nicht-parteiliches Spektrum (groupuscules).....	67
4.	Komparative Analyse .....	72
<b>III</b>	<b>Zentrale Themen (Teil 1): Die soziale Frage .....</b>	<b>79</b>
1.	Deutschland .....	79
1.1	Grundbegriffe: Die „Ethnisierung des Sozialen“ .....	79
1.2	Kampagnen zur sozialen Frage .....	84
	Fallbeispiel: Die Kampagne „Keine Agenda 2010“ .....	88
	Fallbeispiel: Angebliche Unterwanderung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) durch Rechtsextremisten .....	97
	Fallbeispiel: Wahlen 2004/2005 .....	98
	Fallbeispiel: NPD-Kampagne in Leipzig-Volkmarsdorf.....	102
2.1	Grundbegriffe: „British workers first!“ .....	108
2.2	Kampagnen zur sozialen Frage .....	111
	Fallbeispiel: „Rights for Whites“ .....	114
	Fallbeispiel: Oldham .....	118
	Fallbeispiel Burnley .....	122
	Fallbeispiel: FAIR – Families Against Immigrant Racism .....	124
	Fallbeispiel: „Solidarity – The Union for British Workers“ .....	127
3.	Komparative Analyse - Etablierungsversuche und Revolutionsrhetorik.....	130

<b>IV</b>	<b>Zentrale Themen (Teil 2): Globalisierungskritik</b> .....	133
1.	Grundbegriffe .....	133
2.	Deutschland .....	139
2.1	Die Debatte.....	139
	Fallbeispiel: Globalisierungskritik der Jungen Nationaldemokraten (JN) .....	144
	Fallbeispiel: Instrumentalisierung der Krawalle in Frankreich.....	148
3.	Großbritannien.....	151
3.1	Die Debatte.....	151
	Fallbeispiel: Peak-Oil-Kampagne .....	157
4.	Analyse.....	166
<b>V</b>	<b>Komparative Analyse</b> .....	169
	Die Kontextbedingungen der extremen Rechten in Deutschland und Großbritannien.....	169
	Unterschiedliche Szenen, gleiche Ziele.....	174
	Die Transnationalisierung der extremen Rechten .....	180
	Schluss und Ausblick - was tun? .....	184
<b>VI</b>	<b>Bibliographie</b> .....	189



# I Einleitung

„Auch wenn die herrschenden Politiker und die Vertreter des großen Geldes den Menschen immer wieder das Gegenteil einreden wollen, kennen Kapitalismus und Globalisierung nur Verlierer in Scharen und Gewinner in kleinen Grüppchen.“

Wer dieses Zitat liest, vermutet sehr wahrscheinlich Urheber aus dem linken politischen Spektrum. Auf den wahren ideologischen Hintergrund verweisen wohl erst die weiteren Ausführungen:

„Die einzige wirksame sozialistische Waffe gegen das internationale Kapital ist das grenzensetzende, volk- und heimatbezogene bodenständige Gegenprinzip des Nationalismus. Gegen die kapitalistische Entwürdigung des Menschen kämpft der Nationalismus mit seiner sozialen Ordnungsidee der Volksgemeinschaft.“

Die hier zitierten Stellen stammen aus einem neunseitigen Pamphlet mit dem Titel „Zukunft statt Globalisierung“, einem Aufruf von deutschen Rechtsextremisten für die im Frühjahr 2006 ausgerufene gleichnamige „antikapitalistische und antiglobalistische“ Kampagne.<sup>1</sup> Mit ihrer völkisch gewendeten Kapitalismuskritik versuchen rechtsextreme Kader nicht zuletzt bei Zielgruppen anzudocken, die diese mit einer generellen Kritik am politischen System, an „Amerikanisierung“ und kultureller und ethnischer „Überfremdung“ verbinden. Hier sieht u.a. die sich als „revo-

---

<sup>1</sup> Zitate aus „Zukunft statt Globalisierung“, auf: <http://www.antikap.de/?antikap=aufruf>, S. 1 und 5 (19.4.2006). Die Kampagnenwebseite ist: <http://www.antikap.de>.

lutionär“ bezeichnende NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) ihre Chance. In einer Presseerklärung der JN vom März 2006 wird sogar erklärt, dass zukünftig „die Lösung der sozialen Frage und die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus das Hauptbetätigungsfeld“ sein muss.<sup>2</sup>

Diese Konzentration auf die Themen soziale Frage und Globalisierung lässt sich nicht nur in Deutschland beobachten. In fast allen westlichen Industriestaaten haben rechtspopulistische oder -extreme Parteien und Bewegungen auf die mit der globalisierten Weltwirtschaft einhergehenden Strukturveränderungen und (teilweise vermeintlichen) Sachzwänge reagiert, die in allen (west-)europäischen Gesellschaften zu Einschnitten im sozialen Netz, zum Abbau von Sozialleistungen und zum Verlust sozialer Sicherheiten geführt haben (vgl. grundlegend Betz 1994; Kitschelt 1995; Minkenberg 1998). Eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich bringen soziale Verwerfungen und Konflikte hervor, auf die Rechtsextremisten aufsatteln.

Rechtsextremisten reklamieren eine Deutungshoheit ihres „nationalen Sozialismus“ und verknüpfen die in diesem Sinne neu gestellte soziale Frage mit dem Thema der Migration, schüren rassistische Ressentiments vor allem gegen Einwanderer und fordern eine nationalistische Schließung gegenüber den mit der Globalisierung verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Öffnungs- und Liberalisierungstendenzen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir in der projektierten Studie auf der Basis von zwei qualitativen und explorativen Fallstudien die Entwicklung der extremen Rechten in zwei europäischen Ländern – Deutschland

---

<sup>2</sup> „‘Mitteldeutsche Aktionsplattform’ als konkretes Ergebnis einer Führungstagung gegründet“, Pressemeldung der Jungen Nationaldemokraten vom 23.3.2006 auf [www.npd.de](http://www.npd.de) und [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de) (19.4.2006).



und Großbritannien – seit 1990 vergleichen. Dabei sollen sowohl die theoretischen Debatten der extremen Rechten und ihre Thematisierung von sozialer Frage und Globalisierung als auch die praktischen Versuche von rechtsextremen Parteien und Bewegungen untersucht werden, an sozialen Protestbewegungen zu partizipieren und völkisch-nationalistische Politikkonzepte in den öffentlichen Diskurs zu tragen.

### *Rechtsextremismus im 21. Jahrhundert*

Am Anfang des 21. Jahrhunderts gehört Rechtsextremismus zur Normalität fast aller westlichen Demokratien. Im Gegensatz zur reichhaltigen Forschung zu Einzelphänomenen des Rechtsextremismus in Deutschland, besteht aber ein bedauerlicher Mangel an vergleichender Forschung. Darüber hinaus ist die vorhandene vergleichende Forschung bislang weitgehend eine vergleichende Erforschung der jeweiligen rechtsextremen Parteien. Schon Ende der 1980er Jahre forderte der Heidelberger Politikwissenschaftler Klaus von Beyme, dass das Studium von Rechtsextremismus nicht allein aus Parteien- und Wahlforschung bestehen dürfe, da so der gesamte politische Kontext dieses Phänomens nicht erfasst werden könne (vgl. von Beyme 1988). Es sind Studien wie die von Michael Minkenberg (1998) die mit einer komparativen, empirischen Mehrebenenanalyse diese Lücke schließen wollen.

Auf der Basis von Vorarbeiten wie denen von Minkenberg und anderen erhoffen wir mit dem Vergleich der rechtsextremen Szenen von Deutschland und Großbritannien hinsichtlich der sozialen Frage und Globalisierung Analyse- und Erklärungsansätze, die über eine reine nationale Betrachtungsweise hinaus reichen und internationale Tendenzen erkennbar machen. Althergebrachte eindimensionale Forschungsansätze sind immer weniger in der Lage das moderne Phänomen Rechtsextremismus

zu erklären, welches sich als „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ (Scheuch/Klingemann 1967: 12f.) festgesetzt hat.

Die Ziele eines politikwissenschaftlichen Vergleiches sind nach Lauth/Wagner (2002: 17):

- Beobachtungen zu beschreiben und zu systematisieren (Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zu finden, Zusammenhänge zu verstehen);
- Komplexität zu reduzieren und zu generalisieren (Bildung von Klassifikationen und Typologien);
- Hypothesen zu entwickeln und zu überprüfen (Theorie bilden und testen);
- Voraussagen zu treffen (am Modell Entwicklungen prognostizieren).

An diesen vier Zielen hat sich auch die vorliegende Studie im Vergleich des Rechtsextremismus in Deutschland und Großbritannien seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Frage und der Globalisierungskritik orientiert.

Auf den ersten Blick fallen bei der Untersuchung des Rechtsextremismus in Deutschland und Großbritannien eine Reihe von Unterschieden auf. Rechtsextremismus findet in den beiden untersuchten Ländern Deutschland und Großbritannien vollkommen unterschiedliche gesellschaftliche Kontextbedingungen vor. Des weiteren sind die rechtsextremen Szenen – was noch ausführlich zu zeigen sein wird – hinsichtlich ihrer Größe, ihrer Stärke, ihrer Mobilisierungskraft und ihrer Agitationsfähigkeiten grundlegend verschieden.

Doch gerade der asymmetrisch anmutende Vergleich des Rechtsextremismus in Deutschland und Großbritannien verspricht Erkenntnisgewinn entlang folgender Hypothesen:

Wir vermuten, dass in beiden Ländern trotz der oben dargestellten gravierenden Unterschiede und national geprägter und begrenzter Debatten, wie z.B. um „Peak Oil“ in Großbritannien, die Leit motive der rechtsextremen Bearbeitung der Themen soziale Frage und Globalisierung (bzw. „Globalismus“), weitgehend identisch sind. Wir gehen außerdem davon aus, dass für die extreme Rechte in beiden Ländern die soziale Frage und Globalisierung herausragende Kampf- und Kampagnenthemen für den Rechtsextremismus darstellen, die jeweils aus einem sehr ähnlichen ideologischen Verständnis heraus interpretiert und propagiert werden. Des weiteren nehmen wir an, dass rechtsextreme Parteien und Bewegungsorganisationen in beiden Ländern versuchen, öffentliche Akzeptanz zu gewinnen und dafür vermeintlich mehrheitsfähige Strategien wie eine „Ethnisierung des Sozialen“ betreiben. Nicht zuletzt fällt auf, dass die jeweils bedeutendsten rechtsextremen Akteure der zu untersuchenden Länder, NPD und BNP, seit Jahren eine rege Zusammenarbeit pflegen. Die NPD bezeichnete die BNP sogar als „Partnerorganisation“.<sup>3</sup>

Als Fragen formuliert: Ist die Bedeutung der Themen soziale Frage und Globalisierung tatsächlich für die extreme Rechte in den beiden untersuchten Ländern *trotz* der erheblichen Unterschiede der Kontextbedingungen und der Szenen gleich groß? Lassen sich hieraus allgemeine Aussagen zur Entwicklung (und möglicherweise Annäherung) des Rechtsextremismus in westlichen Industriegesellschaften machen?

#### *Die groupusculäre extreme Rechte*

Die u.a. von Klaus von Beyme zu Recht beklagte Verhaftung der vergleichenden Rechtsextremismusforschung in der Parteienforschung tragen wir mit der Einführung des Konzepts der groupuscules Rechnung.

---

<sup>3</sup> In einer NPD-Pressemitteilung vom 15.12.2004 unter [www.npd.de](http://www.npd.de).

Roger Griffin hat für das nicht-parteiliche, oftmals splitterhafte Spektrum den Begriff der „groupuscular right“ vorgeschlagen (Griffin 2003). Im Kontext der gegenwärtigen extremen Rechten seien diese groupuscules definiert als „intrinsically small political (frequently meta-political, but never primarily party-political) entities formed to pursue palingenetic (i.e. revolutionary) ideological, organizational or activist ends with an ultimate goal of overcoming the decadence of the existing liberal democratic system“ (Ebd.: 30). Obwohl sie autonome und fest geformte Einheiten sind, verfügen sie aber nur über eine kleine Zahl aktiver Mitglieder und minimale öffentliche Sichtbarkeit oder gar Unterstützung. Trotzdem könnten sie durch die Fähigkeit, sich relativ einfach mit anderen, vergleichbaren Einheiten zu verbinden, Einfluss und Bedeutung erlangen. In diesem Sinne bilden „groupuscules“ eine nicht hierarchische, führerlose und polyzentrische Bewegung mit fließenden Übergängen und ständig wechselnden Bestandteilen: „This ‘groupuscular right’ has the characteristics of a political movement and, in an age of relative political stability, is ideally adapted to the task of perpetuation revolutionary extremism, however utopian in pragmatic terms“ (Griffin 2003: 30).

Fabian Virchow (2004) hat das Konzept der „groupuscular right“ auf die deutsche rechtsextreme Szene übertragen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der bewegungsförmige und organisatorisch sehr heterogene deutsche Rechtsextremismus auf diese Weise besonders gut erfasst werden kann. Durch den Zusammenschluss in „Aktionsbüros“ und eine enge Arbeitsteilung kommt den groupuscules im deutschen Rechtsextremismus – aber auch darüber hinaus – eine hohe Bedeutung zu, der durch die Forschung oft nicht Rechnung getragen wurde. Es ist zum Verständnis des zeitgenössischen Rechtsextremismus unerlässlich, den zentralen Stellenwert der groupuscules zur Sicherung der Kontinuität, Entwicklung und Diversifikation der rechtsextremen Bewegung zu erkennen und analytisch einzubeziehen.

### *Die Studie*

Im nachfolgenden Kapitel II werden die rechtsextremen Szenen in Deutschland und Großbritannien im Detail dargestellt. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der zum Teil durch Fallbeispiele illustrierten Analyse der ideologischen Grundlagen, strukturellen Beschaffenheit und Mobilisierungs- und Agitationsstärke der jeweiligen Szenen.

In Kapitel III schließt sich eine eingehende Betrachtung der Bearbeitung und Instrumentalisierung der sozialen Frage durch Rechtsextremisten in beiden untersuchten Ländern an. Auch hier dienen eine Reihe von Fallbeispielen der praktischen Vertiefung der Analyse mit dem Ziel, sich den Themen, Kritiken und – gegebenenfalls – den Zukunftsalternativen der extremen Rechten anzunähern.

Als zweites zentrales Kampfthema des Rechtsextremismus wird in Kapitel IV dessen Globalisierungskritik in den Blick genommen. Wichtig ist es auch hier, die ideologischen Grundlagen der rechtsextremen Kritik, die Artikulation dieser Kritik und mögliche Alternativvorschläge aus beiden Szenen unter Zuhilfenahme von Fallbeispielen herauszuarbeiten und zu vergleichen.

Abschließend werden im Kapitel V die Erkenntnisse der Studie vergleichend zusammengeführt und im Lichte der oben formulierten Hypothesen analytisch erweitert. Dies umfasst eine Darstellung der sich vollziehenden Transnationalisierung der extremen Rechten.



## II Szenen

### *1. Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung*

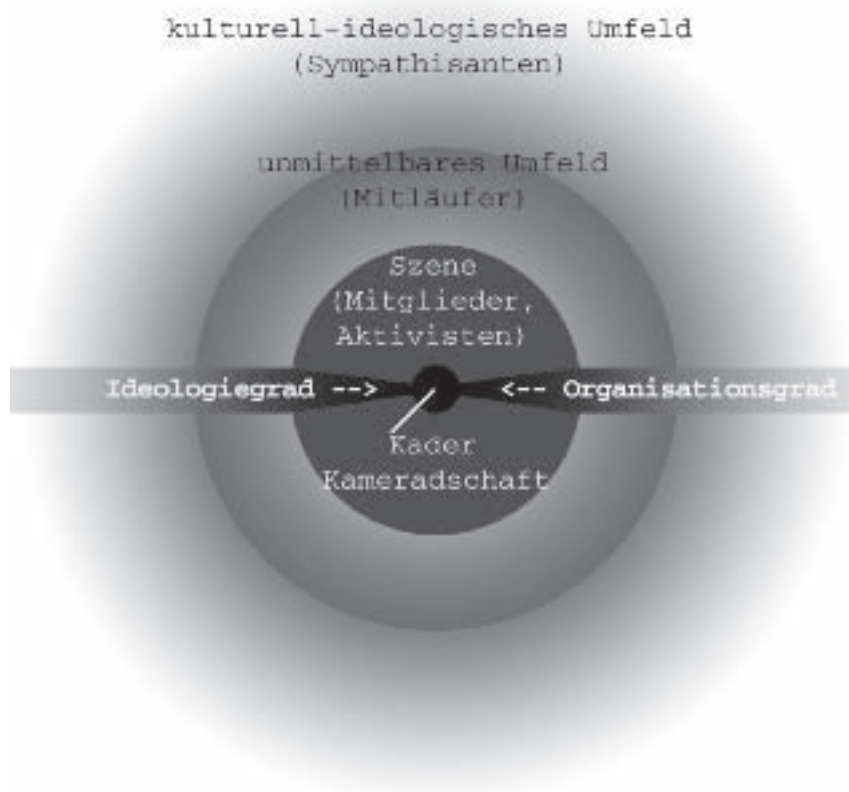
Die Frage, ob der Rechtsextremismus in Deutschland als soziale Bewegung bezeichnet werden kann, ist seit Jahren in der Politik- bzw. Sozialwissenschaft umstritten und wird kontrovers diskutiert (vgl. die Zusammenfassung der Kontroverse von Pfahl-Traughber 1999a). Schon 1992 fragte Hans-Gerd Jaschke „Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts?“ und rief damit ablehnende wie auch zustimmende Reaktionen hervor. Seither hat es eine Reihe von Diskussionsbeiträgen zu diesem Themenfeld gegeben. Die frühen 1990er Jahre waren durch eine Welle rechtsextremer Gewalt vor allem gegen „Fremde“ (oder genauer: als fremd Stigmatisierte), Minderheiten und politisch Andersdenkende gekennzeichnet, die zum Teil pogromartige Ausmaße annahm. Vor diesem Hintergrund beschrieb Jaschke die Lage im wiedervereinigten Deutschland als „sozialen Umbruch“, der vor allem durch die „Ethnisierung von Konflikten“ gekennzeichnet sei (Jaschke 1992: 1443). Im darauf folgenden Jahr präziserte er seine These und benannte eine Reihe von Indikatoren, die für die „Konstituierung einer sozialen Bewegung von rechts“ sprächen, so u.a. „das populistische Aufgreifen von Alltagsinteressen“, „eine weithin akzeptierte Thematik (Ausländer, innere Sicherheit, nationale Identität)“ und „dezentrale Strukturen bei hohem Vernetzungsgrad“ (Jaschke 1993: 110). Eine größere Zahl von Autoren bezog sich positiv auf diese Hypothese und formulierte sie weiter aus (vgl. z.B. Bergmann 1994; Bergmann/Erb 1994a; Bergmann/Erb 1994b; Leggewie 1994).

Wie Dieter Rucht (2002: 75) sehr richtig anmerkt, könnte die Frage, ob Rechtsextremismus eine soziale Bewegung sei, getrost ignoriert werden, wenn es hier lediglich um Begrifflichkeiten ginge. Der analytische Nutzen, der u.a. von Richard Stöss (1994: 53) eingefordert wurde, liegt unseres Erachtens schlicht darin, dass der zeitgenössische Rechtsextremismus gar nicht mehr anders verstanden werden kann. Schon vor über 15 Jahren forderte Klaus von Beyme, dass das Studium von Rechtsextremismus nicht allein aus Parteien- und Wahlforschung bestehen dürfe, da der gesamte politische Kontext dieses Phänomens so nicht erfasst werden könne (von Beyme 1988: 16). In der Tat sind die eher partikularen Ansätze der Parteien- und Wahlforschung oder der Jugend- und Gewaltforschung kaum in der Lage, das komplexe, heterogene und mittlerweile sich transnationalisierende Phänomen (vgl. Kap. V) voll zu erfassen. Selbstverständlich ohne einen wissenschaftlichen Alleinvertretungsanspruch formulieren zu wollen, stellt die Bewegungsforschung ein „fruchtbares Anregungs- und Analysepotential“ bereit, das „Chancen für eine stärker integrative Sichtweise und Interpretation des Rechtsextremismus“ bietet, ohne sich auf Kriterien wie legal/illegal oder parteiförmig/nicht parteiförmig zu beschränken (Rucht 2002: 84; vgl. für die Vielfalt der Ansätze in der Bewegungsforschung: Hellmann/Koopmans 1998).

Dieter Rucht, der noch 1996 (mit Ruud Koopmans) konstatierte: „Es existiert keine singuläre, alle heterogenen Erscheinungsformen umfassende rechtsextreme Bewegung. Allerdings gibt es Hinweise auf bewegungsförmige Elemente innerhalb des Rechtsextremismus, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger ausgeprägt sind“ (Koopmans/Rucht 1996: 284f.), revidierte diese Position 2002 weitgehend (vgl. Rucht 2002). Wie Rucht nachweist, erfüllt die gegenwärtige extreme Rechte in Deutschland in weiten Teilen die Kriterien einer sozialen Bewegung. So strebt die rechtsextreme Bewegung einen grundlegenden sozialen Wandel an und kann als ein – wenn auch z.T. grobmaschiges und löchriges – Netzwerk von Netzwerken beschrieben werden.



Orientiert man sich an dem von Rucht (Rucht 1994: 85 f.) vorgeschlagenen allgemeinen Modell der Zugehörigkeit zu einer sozialen Bewegung, so lassen sich auf der strukturellen Ebene verschiedene Segmente der Bewegung unterscheiden, die idealtypisch in konzentrischen Kreisen angeordnet sind. Auf den Rechtsextremismus übertragen wurde das Modell unter anderem von Gessenharter (1998a), grafisch veranschaulicht vom Zentrum Demokratische Kultur Berlin (vgl. Abb. 1)



**Abb. 1: Rechtsextremismus als soziokulturelles Alltagsphänomen (Die „ZDK- Zwiebel“)**

Demnach besteht die rechtsextreme Bewegung aus mehreren Schichten, die gemeinsam ein zusammenhängendes Ganzes bilden (vgl. Abb.1): In der Mitte, im Organisationskern der Bewegung, befinden sich die „*Bewegungseliten*“ bzw. die „*Kerngruppen*“. Hierzu gehören intellektuelle Kader, die Programme, Utopien, Rechtfertigungsschriften, Flugblätter etc. aber auch Handlungs- und Aktionskonzepte entwerfen, sowie „*Bewegungsunternehmer*“ und Kameradschaftsführer, die wichtige Organisations-, Leitungs- und Orientierungsfunktionen übernehmen. Am Beispiel des bekannten Neonazis Christian Worch hat Rainer Erb (2006) gezeigt, dass Bewegungsunternehmer sich meist aus langjährigen Angehörigen der Bewegung rekrutieren, die über ein großes Kontaktnetz verfügen und sich im Laufe der Zeit eine charismatische Stellung erarbeitet haben. Durch diese Kontakte, ihr (organisatorisches) Wissen und ihre anerkannte Leitungsfunktion sind sie in der Lage, der Bewegung Orientierung und neue Anstöße zu geben. Durch oftmals hohen zeitlichen und auch finanziellen Einsatz sind diese Bewegungsunternehmer stark in die Bewegung integriert und leben für und manchmal auch von der Szene, etwa im Fall von rechtsextremen Musikproduzenten und -versendern (vgl. Flad 2006).

Im zweiten Ring, der den Bewegungseliten am nächsten steht, befinden sich die *Basisaktivisten*, die regelmäßig an Demonstrationen und anderen Veranstaltungen teilnehmen, ihnen übertragene Aufgaben im Rahmen der Mobilisierung und Organisation von Veranstaltungen übernehmen (Plakate kleben, Bühne aufbauen, Musikanlage besorgen etc.). Die Basisaktivisten investieren ebenfalls einen großen Teil ihrer Zeit und teilweise auch beträchtliche Finanzmittel in die Aktivitäten der Bewegung. Die Aktivisten nehmen an Schulungen teil und engagieren sich, die Organisations- und Ideologiedichte ist hoch. Sie verfügen aber nicht über die herausgehobene Stellung der Bewegungseliten und können nur geringen Einfluss auf die ideologische Richtung der Bewegung und taktische, strategische oder organisatorische Entscheidungen nehmen. Im

— | | —

ritten Ring befinden sich *Unterstützer* der Bewegung, die sehr viel weniger Zeit und finanzielle Ressourcen in die Bewegung investieren. Sie nehmen nur gelegentlich an ausgewählten Aktionen teil und leisten vor allem symbolische Unterstützung etwa in der Form von Unterschriften auf einer Protesterklärung. Diese Gruppe bildet das „Mobilisierungspotential im engeren Sinne“. Rucht führt hierzu an: „Anders als Personen in den beiden innersten Kreisen sind sie kaum für *high risk*- bzw. Daueraktivitäten zu gewinnen. [...] Aus der Sicht der Bewegungseliten handelt es sich in doppeltem Sinne um eine kritische Gruppe: sie ist im Falle von Massenmobilisierungen quantitativ ausschlaggebend, jedoch schwer einzukalkulieren, da sie erst aufgrund besonderer Anstrengungen bzw. außergewöhnlicher Kontextbedingungen für Protestaktionen zu gewinnen ist“ (Rucht 1994: 86).

Im vierten und äußersten Ring befinden sich die *Sympathisanten* der Bewegung. Sie nehmen nicht oder nur in Ausnahmefällen an Aktionen der Bewegung teil, unterstützen die Bewegung aber ideell, etwa durch das Vertreten ihrer Positionen in Gesprächen usw. Trotz geringen Aktivierungs- und Mobilisierungsgrades lebt das Sympathisantenumfeld die rechtsextreme Alltagskultur aus, trägt die entsprechende Kleidung, hört rechtsextreme Musik und verhält sich eindeutig feindbildorientiert.

Wie für andere soziale Bewegungen gilt auch für die rechtsextreme Bewegung: „Das Mobilisierungsziel von instrumentell orientierten Bewegungskernen besteht darin, möglichst viele Personen aus den außen gelegenen Kreisen weiter nach innen zu bringen und neutrale ‚bystanders‘ zumindest in Sympathisanten zu verwandeln.“ (Rucht 1994: 86)

Die Akteure der einzelnen im Modell dargestellten Bewegungssegmente stellen ein Beziehungsgeflecht dar, bei dem die Interaktion nicht immer ohne Reibungen verläuft. Die aggressiv-erlebnisorientierte Skinheadszene verträgt sich nicht unbedingt mit den disziplinierten Politkadern der NPD, ein Jugendlicher mit White-Power-„T-Hemd“ muss sich

nicht in Kameradschaften organisieren wollen, teilt aber deren rassistisches Gedankengut. Insgesamt steigt die Ideologie- und Organisationsdichte an, je weiter man in den Kern vorstößt. Oder mit anderen Worten: Je näher sich ein Akteur am Bewegungskern befindet, desto größer ist die qualitative Mobilisierungsstärke.

Diesem komplexen Erscheinungsbild entsprechen die Strukturen, in denen sich das Phänomen Rechtsextremismus in Deutschland inzwischen darstellt. Mit der NPD, der DVU und den Republikanern gibt es drei Parteien, die zur extremen Rechten zu zählen sind und an Wahlen teilnehmen. Sie unterscheiden sich programmatisch, von ihrem öffentlichen Auftreten und Erscheinungsbild und sie richten sich an eine unterschiedliche Klientel. Mit den Freien Kameradschaften und ähnlich garteten groupuscules gibt es ein Angebot für aktionsorientierte Jugendliche, die politische Rebellion artikulieren wollen. Von Bewegungsteilnehmern werden darüber hinaus Fußballvereine gegründet, die Feuerwehr oder der Kleingärtnerverein im Dorf wird „unterwandert“, Bürgerinitiativen gegen Asylbewerberheime werden gegründet oder rechtsextrem dominierte freie Träger werden in der Jugendarbeit aktiv. Hinzu kommen jugendliche Cliques meist junger Männer, die diffus rechte, fremdenfeindliche und rassistische Ideologieelemente vertreten und einen Kult der Gewalt und Männlichkeit ausleben (vgl. dazu Kohlstruck/Münch 2006). So entsteht das Bild einer sozialen Bewegung von rechts.

Auf dieser Folie erfolgt hiernach eine knappe Darstellung des gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus.

## ***2. Deutschland***

Die Existenz rechtsextremer Organisationen gehört zu den Konstanten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland vgl. Dudek/Jaschke 1984a; Dudek/

Jaschke 1984b; Pfahl-Traughber 2000; Grumke/Wagner 2002 und Stöss 2005). So zog in einer ersten Welle rechtsextremer Wahlerfolge die Sozialistische Reichspartei (SRP) in der Anfangsphase der jungen Republik bis zu ihrem Verbot 1953 in die Landtage von Niedersachsen und Bremen ein, die 1964 gegründete NPD konnte in einer zweiten Welle in den Jahren 1966-69 in sieben Landtage einziehen,<sup>4</sup> scheiterte aber bei den Bundestagswahlen 1969 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Ende der 1980er Jahre kam es dann zu einer dritten Welle, in der die Republikaner bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, den Senatswahlen in Berlin und bei den Europawahlen 1987 Ergebnisse von über fünf Prozent der Stimmen erzielten. Seitdem kam es in den 1990er Jahren immer wieder zu Wahlerfolgen von Republikanern, der Deutschen Volksunion (DVU) und in jüngster Zeit auch der NPD bei Kommunal- und Landtagswahlen (vgl. Arzheimer 2004).

Betrachtet man das aktuelle Erscheinungsbild der extremen Rechten in der Bundesrepublik, dann dominieren also auf den ersten Blick die drei Parteien DVU, NPD und Republikaner. Mit insgesamt etwa 23.800 Mitgliedern organisierten sie 2004 aber nur noch ca. 58,5 Prozent der amtlich erfassten Rechtsextremen; 1999 waren es noch ca. 72 Prozent. Auch das sehr gute Abschneiden der NPD und der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen bzw. Brandenburg am 19. September 2004 kann nicht über die strukturelle Schwäche rechtsextremer Parteien in Deutschland hinweg täuschen. Bei den jüngsten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen konnte die NPD nicht annähernd an ihren Erfolg in Sachsen anknüpfen und verfehlte die 5-Prozent-Hürde deutlich. Die DVU, die erst gar nicht zu diesen Wahlen angetreten war und der NPD den Vortritt gelassen hatte, steht vollkommen unter dem Regime des Vorsitzenden Gerhard Frey. Folgen sind ein kaum ausgeprägtes Parteiinnenleben und rückläufige Mitgliederzahlen, was die DVU zu einer

---

<sup>4</sup> Bayern (1966), Baden-Württemberg (1968), Bremen (1967), Hessen (1966), Niedersachsen (1967), Rheinland-Pfalz (1967), Schleswig-Holstein (1967).

Phantompartei macht, die hauptsächlich zum Vertrieb von Freys Druck- und Medienerzeugnissen dient. Auch die Republikaner schnitten jüngst sehr schlecht bei Wahlen ab (Bundestagswahl 2002: 0,6 Prozent, Bundestagswahl 2005: 0,3 Prozent, Landtagswahlen 2006 in Sachsen-Anhalt 0,5 Prozent und in Rheinland-Pfalz 1,7 Prozent) und konnten ihre Sitze im baden-württembergischen Landesparlament nicht verteidigen.

Diese Entwicklung lässt sich aber keineswegs als ein Niedergang des Rechtsextremismus im Allgemeinen begreifen, lediglich seine Hauptträger, seine charakteristischen Strukturen und Aktionsformen haben sich verändert (vgl. dazu auch Klärner/Kohlstruck 2006 und Klärner 2006).

Neben dem traditionellen, parteiförmigen Spektrum des Rechtsextremismus hat sich in Deutschland seit den 1980er/1990er Jahren ein bewegungsförmiger Flügel gebildet, der mehrheitlich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen meist männlichen Geschlechts dominiert wird und heute weitgehend das Erscheinungsbild des organisierten Rechtsextremismus bestimmt. Man kann hier von einem deutlichen Umbruch sprechen, der durch eine Verjüngung und Dynamisierung sowie einen gravierenden Anstieg fremdenfeindlicher Gewalttaten geprägt war.

Im Folgenden werden wir kurz auf die Entwicklung der wichtigsten rechtsextremen Parteien in Deutschland (REP, DVU und NPD) und auf den nicht-parteilichen Teil des Rechtsextremismus, den wir als „groupuscules“ bezeichnen (siehe oben), eingehen.

## ***2.1 Parteiliches Spektrum (NPD, DVU, REP)***

### **2.1.1 Der Niedergang der Republikaner in den 1990er Jahren**

Gegründet wurde die Partei von Franz Handlos, Ekkehard Voigt und Franz Schönhuber, als Reaktion auf die von ihnen vermisste „geistig-mo-

ralischen Wende“ 1982 (Vgl. Jaschke 1993: 47 ff.). 1986 kam es zum ersten größeren Wahlerfolg der Republikaner, die bei den Landtagswahlen in Bayern 3 % der Stimmen erhielt. Weitaus größere Popularität erreichten sie durch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin 1989, bei denen sie 7,5 % erzielten. Die im gleichen Jahr stattfindenden Europaparlaments-Wahlen, schlossen die Republikaner mit 7,1 % ab.

1992 kam es erneut zu zwei herausragenden Wahlerfolgen. In Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen wurden 10,9 % und in Berlin bei den Kommunalwahlen 8,3 % erreicht.

Aufgrund interner Streitereien löste Dr. Rolf Schlierer 1994 den bisherigen Amtsinhaber Schönhuber - dieser hatte durch ein Treffen mit dem DVU-Vorsitzenden Frey gegen die Abgrenzungsbeschlüsse der Partei gegenüber rechtsextremen Organisationen verstoßen - als Parteivorsitzenden ab. Im darauf folgenden Jahr verließ Schönhuber die Partei.

1996 konnten die Republikaner in Baden-Württemberg mit 9,1 % erneut gut abschneiden, während sie in anderen Bundesländern nur sehr dürftige Wahlerfolge verzeichneten. Die Stimmenanteile in anderen Wahlen lagen zwischen zwei und vier Prozent. Bei den Bundestagswahlen 1998 erhielten sie nur 1,8 %. Im Jahre 2000 beteiligten sich die Republikaner nur an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und erreichten dort lediglich 1,1 % der Stimmen. Auch seither konnte die Partei keine nennenswerten Ergebnisse erzielen. In Baden-Württemberg erhielten die Republikaner bei den Landtagswahlen 2001 nur noch 4,4 % der abgegebenen Stimmen, was das Ausscheiden aus dem letzten Landesparlament bedeutete.

Ende der 1980er Jahre konnten sich die Republikaner für einige Zeit als großer „Hoffnungsträger“ auf der extremen Rechten etablieren. Die REP manövierten sich jedoch seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend in die Bedeutungslosigkeit, verstricken sich in interne Führungskämpfe, und selbst gelegentliche Wahlerfolge konnten diese Entwicklung nicht aufhalten (vgl. Neubacher 2001; Thomczyk 2001; Lepszy 2003 und Kock

2006). Sie verloren im Laufe der 1990er Jahre an Einfluss und öffentlicher Aufmerksamkeit. Nach der Absetzung ihrer charismatischen Führungsperson Franz Schönhuber im Oktober 1994 wurde die Partei von ihrem neuen, weit weniger charismatischen Vorsitzenden Dr. Rolf Schlierer endgültig in die Bedeutungslosigkeit geführt, was auch die stets fallenden Mitgliederzahlen von 23.000 im Jahr 1993 auf 7.500 im Jahr 2004 belegen (vgl. die Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz). Der am 27.11.2005 verstorbene Franz Schönhuber schrieb 1999 vorausschauend in einer Kolumne: „Aber schlechter hätte es nicht werden können, als es heute für die Republikaner ist. [...] Der durch den damaligen Pakt-Versuch ausgelöste und erfolgreich gewesene Putsch von 1994 erinnert mich an einen makabren Spruch aus der Welt der Ärzte und Krankenhäuser: ‚Operation gelungen, Patient tot!‘“<sup>5</sup>

### *2.1.2 Die Entwicklung der DVU – klassische Protestpartei und „Phantompartei“ der extremen Rechten*

1971 wurde die DVU als Verein gegründet und trat 1987 als DVU - Liste D erstmals als Partei auf. Als solche konnte sie in den 1990er Jahren mehrere spektakuläre Wahlerfolge erringen. So konnte sie 1992 mit 6,3% in den Landtag von Schleswig-Holstein einziehen und erreichte bei den Landtagswahlen 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9% und 1999 und 2004 in Brandenburg 5,3 bzw. 6,1% (Zur DVU vgl. Linke 1994; Elsässer 1998 und Holtmann 2002). Die DVU ist eine klassische Protestpartei, die mit dumpfen ausländerfeindlichen Parolen Ressentiments weckt und die Ängste der Bevölkerung vor einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation vor allem in Ostdeutschland für sich auszubeuten versucht. Sie verfügt über keine längerfristige Wählerbindung und auch nicht über charismatisches Führungspersonal. Innerhalb der extremen Rechten ist

---

<sup>5</sup> „Rechte, was nun?“, in: Nation & Europa, Oktober 1999; auf: [http://www.schoenhuber-franz.de/kolumnen/NE\\_2000\\_1999/rechte\\_was\\_nun.htm](http://www.schoenhuber-franz.de/kolumnen/NE_2000_1999/rechte_was_nun.htm) (27.2.2006).



die Partei sehr umstritten, da sie keine Basisarbeit betreibt und lediglich durch die enorme Finanzkraft ihres Vorsitzenden Gerhard Frey am Leben erhalten wird. Die Wahlerfolge der DVU in Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind umso erstaunlicher, als die ohnehin mit nur schwach entwickeltem Parteiinnenleben ausgestattete DVU auch in diesem Bundesland kaum vertreten war. Die Arbeit der DVU-Abgeordneten in den Parlamenten kann zudem in der Vergangenheit als dilettantisch bezeichnet werden (Vgl. Linke 1994: 42ff. und Holtmann 2002).

Die DVU kann nur wenige Erfolge, wie z.B. das sensationelle Ergebnis in Sachsen-Anhalt 1998 vorweisen. Das Ergebnis kann aufgrund der schwach ausgebildeten Parteistrukturen und der unzureichenden Parteipräsenz eher als Indiz für den Einfluss der Frey-Presse (Druckschriften und Zeitungsverlag GmbH) sowie von DVU-Massenpostwurfsendungen auf Teile der Bevölkerung und insbesondere auf Menschen mit rechts-extremen Einstellungsmustern gelten. Frey kann mit Hilfe seiner Pressezeugnisse und den damit angehäuften Finanzmitteln die DVU am Leben erhalten und versucht sich mit ihr neben seinen Publikationen, auch in Form einer Partei, im extremen rechten Lager zu etablieren. Die DVU stellt eine Art Phantompartei ihres unangefochtenen Bundesvorsitzenden und politischen Ideologen, Dr. Gerhard Frey dar. Darüber kann auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, dass die DVU seit Jahren allerdings mit fallender Tendenz von 26.000 im Jahr 1993 auf 11.000 im Jahr 2004 die mitgliederstärkste Partei der extremen Rechten in Deutschland ist (vgl. Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz).

#### *Volksfront von rechts – Konflikte zwischen „Realos“ und „Fundis“*

Neues Leben könnte der DVU allenfalls die seit 2004 ausgerufene „Volksfront von rechts“ einhauchen (vgl. Burger 2004; Kailitz 2005). Die Bildung einer „Volksfront von rechts“ wurde im September 2004 von

NPD, DVU und einem Teil der „freien Nationalisten“ ausgerufen. In einer als „Deutschland-Pakt“ bezeichneten Vereinbarung für die kommenden Wahlen wurde am 15. Februar 2005 durch die Vorsitzenden beider Parteien - Udo Voigt und Gerhard Frey – abgestimmt, dass beide Parteien bis zum 31. Dezember 2009 bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander antreten. Weiter wurde vereinbart:

- Die NPD tritt zur Bundestagswahl 2006 bzw. zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 an und wird dabei auch 15 Kandidaten der DVU aufstellen.
- Die DVU tritt zur Europawahl 2009 an. Dabei sollen auch sechs bis sieben Kandidaten, die der NPD angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden.
- Hinsichtlich der Landtagswahlen wurde vereinbart, dass die DVU in Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg, Thüringen und Brandenburg antritt.
- Bei allen übrigen Landtagswahlen bis 2009 kandidiert die DVU jedenfalls dann nicht, wenn die NPD zur Wahl antritt.

Diese großspurig angekündigte „Volksfront“ ist keine Liebesheirat. Es ist kein Geheimnis, dass weite Teile der Kameradschaftsszene eine dezidiert negative Meinung von der DVU haben, genauso wie umgekehrt. Doch auch zwischen den neuen Bündnispartnern DVU und NPD herrschte nicht immer eitel Sonnenschein und gerade das Verhältnis zwischen Gerhard Frey und der NPD kann schon seit der Gründung der NPD als gestört bezeichnet werden. In einem Beitrag in der 1999 veröffentlichten NPD-Festschrift „Alles Große steht im Sturm“ heißt es unfreundlich: „Damals mischte sich Frey, hauptsächlich mit seiner ‚National-Zeitung‘, massiv in die inneren Angelegenheiten der NPD ein, indem er beispielsweise den Ablauf von Bundesparteitagen, ja sogar Vorstandssitzungen hämisch kommentierte und Indiskretionen ausstrecte. So bezeichnete er

das NPD-Präsidium gerne als ‚das Syndikat‘ und versuchte, ihm nicht genehme NPD-Führungsmitglieder mit ihrer Vergangenheit im Dritten Reich unter Druck zu setzen“.<sup>6</sup>

Schon bei der Bundestagswahl 2005 kam es zu ersten Rissen in der „Volksfront“, als so genannte „Freie Nationalisten“ zum Boykott aufriefen.<sup>7</sup> Und dies, obwohl sich die NPD bemüht hatte, diese durch vermeintlich „antikapitalistische“ Parolen enger an sich zu binden (vgl. Kapitel III). Bereits jetzt wird von Seiten der Volksfront-Kritiker kaum mehr ein Blatt vor den Mund genommen: „Wir Nationale Sozialisten können nicht ernsthaft annehmen, daß unser Zukunftsentwurf Wirklichkeit wird, wenn wir ernsthaft für Figuren wie Frey, Schwerdt, Marx, Cremer, Voigt, Eigenfeld, Neubauer und den Abschaum von der DVU Wahlkampf machen. Das sogenannte demokratische Nationale Lager sieht im Moment wie ein Sammelbecken von gescheiterten Zivilversagern unterschiedlichster Couleur aus, deren gemeinsamer Nenner nur der Einzug in ein Parlament ist“.<sup>8</sup>

Diese Äußerung ist symptomatisch für einen grundlegenden Konflikt zwischen einem realpolitischen und einem fundamentaloppositionellen Flügel innerhalb des deutschen Rechtsextremismus. Konflikte zwischen „Realos“ und „Fundis“ sind typisch für soziale Bewegungen (vgl. dazu auch Klärner 2006: 64-67) und drehen sich meist um die Frage, ob die

---

6 Stephan Corbeau, „Die NPD und der Verleger Frey“, in Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm, 1999: 142.

7 Vgl. <http://www.wahlboykott.tk/> und [http://de.altermedia.info/general/national-sozialistischer-wahlboykott-060805\\_3344.html](http://de.altermedia.info/general/national-sozialistischer-wahlboykott-060805_3344.html) (1.3.2006). Hinter diesem Boykottaufruf vermutet das „Störtebeker-Netz“ den „Schutzbund Deutschland“ (<http://www.schutzbund-deutschland.de>).

8 [http://de.altermedia.info/general/national-sozialistischer-wahlboykott-060805\\_3344.html](http://de.altermedia.info/general/national-sozialistischer-wahlboykott-060805_3344.html). Gemeint sind: der DVU-Vorsitzende Frey, NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt, NPD-Fraktionsgeschäftsführer in Sachsen Peter Marx, der stv. NPD-Landesvorsitzende der NPD NRW, Claus Cremer, der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, NPD-Bundesgeneralsekretär Ulrich Eigenfeld und der Herausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation & Europa“, Harald Neubauer.

erwünschte radikale Umgestaltung der Gesellschaft am ehesten auf dem „Weg durch die Parlamente“ oder im „Kampf gegen das System“ erreicht werden können. Vor allem die NPD hat seit ihrer von Voigt betriebenen Annäherung an die rechtsextremen groupuscules diesen Konflikt inkorporiert. Dieser Konflikt kann vor allem in Zeiten der Erwartung unmittelbar bevorstehender Erfolge ruhiggestellt werden, bei ausbleibenden Erfolgen brechen die Spannungen aber innerhalb kürzester Zeit wieder auf. Genauso führen tatsächliche Erfolge, wie etwa der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag, zu gesteigerten Ansprüchen vor allem der „Fundis“, die ihren Teil der Macht und vor allem ein konsequentes Festhalten an den radikalen Utopien einfordern. Jede – auch nur vermeintliche oder symbolische – Anpassung der „Realos“ an das verhasste System wird unweigerlich als Verrat an den Idealen der Bewegung gewertet. Vor diesem Hintergrund sind alle Versuche einer Einigung des zerstrittenen rechtsextremen Lagers, sowie einer „taktischen Zivilisierung“ des Rechtsextremismus auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt.

### *2.1.3 Die Entwicklung der NPD in den 1990er Jahren*

Die 1964 gegründete NPD ist die älteste Partei des bundesrepublikanischen Rechtsextremismus, nach ihren Anfangserfolgen bei einer Reihe von Landtagswahlen Ende der 1960er Jahre konnte sie aber bis in die 1990er Jahre hinein nur eine Randexistenz führen, lange Zeit liefen Republikaner und DVU ihr bei Wahlen und bei den Mitgliederzahlen den Rang ab. Anfang der 1990er Jahre geriet sie in die tiefste Krise seit ihrer Gründung (vgl. zum Folgenden und grundlegend zur Geschichte der NPD: Hoffmann 1999). Nachdem die Wahlergebnisse im Jahr der Vereinigung durchweg enttäuschend und deutlich unter den Erwartungen geblieben waren, stand die Partei nicht nur politisch, sondern auch finanziell kurz vor der Pleite. Der langjährige Vorsitzende Mußnug übernahm dafür die

Verantwortung und trat von seinem Amt zurück. Gleichzeitig sorgte die neue und von NPD-Funktionären mit gegründete „Deutsche Liga“, die mit dem Ziel der Einigung der traditionell zerstrittenen extremen Rechten in Deutschland angetreten war, entgegen ihrer Zielsetzung für eine weitere Zersplitterung des rechtsextremen Lagers. Der im Juni 1991 neu gewählte Vorsitzende Günter Deckert konnte die Entwicklung nicht aufhalten und führte die NPD mit seiner programmatischen Fixierung auf Vergangenheitspolitik (insbesondere durch die Leugnung des Holocaust) weiter ins politische Abseits. Bei den Europawahlen 1994 erreichte die Partei nur noch 0,2% und war 1996 auf 3500 Mitglieder zusammengeschnitten (gegenüber dem Höchststand von 28000 Mitgliedern im Jahre 1969; vgl. Tabelle 1).

**Tabelle 1: Mitgliederentwicklung der NPD, 1980-2005**

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1980	7.200	1989	7.000	1998	6.000
1981	6.500	1990	6.500	1999	6.000
1982	6.000	1991	6.100	2000	6.500
1983	6.000	1992	5.000	2001	6.500
1984	6.100	1993	5.000	2002	6.100
1985	6.100	1994	4.500	2003	5.000
1986	6.100	1995	4.000	2004	5.300
1987	6.200	1996	3.500	2005	steigend
1988	6.400	1997	4.300		

Quelle: Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Im Zuge dieses Niedergangs kam es zu teilweise chaotischen Zuständen in einigen Landesverbänden und die Partei stand kurz vor der Auflösung. Mitte der 1990er Jahren konnte sie aber einen, angesichts der katastrophalen Entwicklung der Partei nach 1990 und angesichts ihrer geringen Mitgliederzahlen, überraschenden Einfluss- und Aufmerksamkeitsgewinn verbuchen (vgl. dazu auch Pfahl-Traughber 1999b und Jesse 2002). Dies hing in erster Linie mit der Absetzung des Vorsitzenden Günter Deckert und der Neuorientierung der Partei nach der Wahl von Udo Voigt zum neuen Parteivorsitzenden im März 1996 zusammen. Voigt nahm Abstand von der Revisionismuskampagne seines Vorgängers und öffnete die Partei für die Anhänger und früheren Mitglieder mittlerweile verbotener rechtsextremer Parteien und Vereine sowie der militanten, bislang unorganisierten jugendlichen rechtsextremen Subkultur v.a. der rechtsextremen Skinheads (vgl. oben Kap. II.2.1).

Die NPD erreichte dadurch eine verstärkte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte, die zusammen mit einer erneuten breiten öffentlichen Diskussion über rechtsextreme Gewalt im Jahr 2000 schließlich in der Forderung nach einem Verbot dieser Partei gipfelte. Das NPD-Verbotsverfahren scheiterte dann im März 2003 nachdem bekannt wurde, dass einige hochrangige Parteifunktionäre, deren Aussagen in den schriftlichen Begründungen der Verbotsanträge als Beweis für die Verfassungswidrigkeit der Partei zitiert wurden, als Verfassungsschutz-Quellen fungierten (vgl. Leggewie/Meier 2002 und Flemming 2003). Die Einstellung des Verbotsverfahrens und der mit diesem Verfahren verbundene Aufmerksamkeits- und Bekanntheitsgewinn konnte von der NPD zwar als Erfolg gewertet werden, die Enttarnung hochrangiger Zuträger in den eigenen Reihen und die Vermutung, es könnten sich noch mehr V-Leute an zentralen Stellen der Parteihierarchie verbergen, sorgte jedoch für eine länger andauernde Rat- und Orientierungslosigkeit bei Parteiführung, Mitgliedern und Sympathisanten. Von dieser Krise erholte sich die NPD

nur langsam. Einen ersten Achtungserfolg konnte sie dann aber 2004 mit 4,0% bei den Landtagswahlen im Saarland erzielen, um dann mit beachtlichen 9,2% in Sachsen zum ersten Mal seit Ende der 1960er Jahre wieder in einen Landtag einzuziehen (vgl. Tabelle 2):

**Tabelle 2: Stimmanteile der NPD bei Landtagswahlen seit 1990 (in Prozent)**

Schleswig-Holstein	1992: –	1996: –	2000: 1,0	2005: 1,9
Hamburg	1991: –	1993: –	1997: 0,1	2001: –; 2004: 0,3
Niedersachsen	1994: 0,2	1998: –	2003: –	
Bremen	1991: –	1995: –	1999: 0,3	2003: –
Nordrhein-Westf.	1995: –	2000: –	2005: 0,9	
Hessen	1991: –	1995: 0,3	1999: 0,2	2003: –
Rheinland-Pfalz	1991: –	1996: 0,4	2001: 0,5	
Baden-Württ.	1992: 0,9	1996: –	2001: 0,2	
Bayern	1994: 0,1	1998: 0,2	2003: –	
Saarland	1994: –	1999: –	2004: 4,0	
Berlin	1990: –	1995: –	1999: 0,8	2001: 0,9
Berlin-West	1990: –	1995: –	1999: 0,4	2001: 0,5
Berlin-Ost	1990: –	1995: –	1999: 1,6	2001: 1,6
Mecklenburg-Vorp.	1990: 0,2	1994: 0,1	1998: 1,1	2002: 0,8
Brandenburg	1990: 0,1	1994: –	1999: 0,7	2004: –
Sachsen-Anhalt	1990: 0,1	1994: –	1998: –	2002: –
Thüringen	1990: 0,2	1994: –	1999: 0,2	2004: –
Sachsen	1990: 0,7	1994: –	1999: 1,4	2004: 9,2

Quelle: Jesse 2005: 34.

In der Folge trat die Parteiführung wieder aggressiver in die Öffentlichkeit. Der Parteivorsitzende Udo Voigt etwa formulierte in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ als Ziel seiner Partei, „die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat“.<sup>9</sup> Außerdem bezeichnete er in demselben Interview Hitler als „großen deutschen Staatsmann“ und in einem Fernsehinterview das Holocaust-Mahnmal in Berlin als geeignetes Fundament einer „neuen deutschen Reichskanzlei“.<sup>10</sup> Die Erfolgswelle der NPD verebbte aber recht schnell und bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen Anfang 2005 wurden mit 1,9 bzw. 0,9% Ergebnisse erzielt, welche die hochgesteckten Ziele von Parteiführung und Anhängern enttäuschten. Bei den Bundestagswahlen am 18. September 2005 erreichte die NPD mit 1,6% zwar ihr bestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl nach 1969 (vgl. Tabelle 3), im polarisierten Lagerwahlkampf zwischen Union/FDP auf der einen und rot-grün auf der anderen Seite konnte sie sich aber nicht in das Licht der Aufmerksamkeit rücken. Außerdem war ihr mit der neu vereinigten Linkspartei.PDS eine Konkurrentin erwachsen, die den Einsatz für soziale Belange glaubhafter verkörpern konnte und über ein deutlich professionelleres Personal verfügte.

Die NPD ist heute sowohl eine klassische Wahlpartei als auch – im Tandem mit ihrer Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) – eine Bewegungsorganisation, „die als ihre Ziele diejenigen einer sozialen Bewegung identifiziert, sich für deren Einlösung einsetzt und interpretative frames für die Deutung von Problemen anbietet“ (Minkenberg 1998: 240). Dabei operiert, kooperiert oder konkurriert die NPD durchaus in einem multiorganisationalen Feld, zu dem auch informelle, dezentrale Gruppen gehören und das vor allem durch hohe symbolische

---

<sup>9</sup> Junge Freiheit, Nr. 40/2004, 24.9.2004.

<sup>10</sup> Report Mainz vom 4. Oktober 2004, „Nationale Bewegung“ - Rechte und Neonazis formieren sich neu. Manuskript online abrufbar unter: <http://www.swr.de/report/archiv/sendungen/041004/05/frames.html> {28.6.2005}.



**Tabelle 3: Ergebnisse der NPD bei Bundestagswahlen 1990 bis 2005  
(in Prozent)\***

	2005	2002	1998	1990
Schleswig-Holstein	1,0	0,3	0,2	0,3
Hamburg	1,0	0,2	0,1	0,3
Niedersachsen	1,3	0,3	0,1	0,3
Bremen	1,4	0,5	0,3	0,4
Nordrhein-Westfalen	0,8	0,2	0,1	0,2
Hessen	1,2	0,4	0,3	0,6
Rheinland-Pfalz	1,3	0,4	0,2	0,3
Baden-Württemberg	1,1	0,3	0,2	0,6
Bayern	1,3	0,2	0,1	0,2
Saarland	1,8	0,7	0,3	0,3
Berlin	1,6	0,6	0,4	0,1
Berlin-West	1,1	0,3	0,2	0,1
Berlin-Ost	2,3	1,1	0,8	0,1
Mecklenburg-Vorp.	3,5	0,8	1,0	0,3
Brandenburg	3,2	1,5	0,8	0,2
Sachsen-Anhalt	2,5	1,0	0,3	0,2
Thüringen	3,7	0,9	0,0	0,3
Sachsen	4,8	1,4	1,2	0,3
Bundesgebiet West	1,1	0,3	0,1	0,3
Bundesgebiet Ost	3,6	1,2	0,7	0,2
<b>Bundesgebiet</b>	<b>1,6</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>

\* Keine Teilnahme an der Bundestagswahl 1994.  
Quelle: Jesse 2005: 34.

Integration und gemeinsame kollektive Deutungsmuster gekennzeichnet ist (vgl. Ebd.). Wichtige Akteure der rechtsextremen Bewegung sind naturgemäß vor allem die Bewegungsorganisationen, aber auch die Gruppen der subkulturellen Milieus, wobei die Übergänge zumeist fließend sind. Außerdem sind auch Teile des parteilich organisierten Spektrums – auch über die NPD hinaus – Bewegungsteilnehmer der rechtsextremen sozialen Bewegung.

Schon seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre orientiert sich die NPD am „Drei-Säulen-Konzept“: Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente. Grundlage ist ein Strategiepapier, welches 1997 durch das „Amt Politik im Parteivorstand“ erarbeitet wurde und auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen „als für die Partei verbindlich fest-gelegt wurde.“ (Voigt 1999: 469). Der Schwerpunkt lag dabei ursprünglich auf dem „Kampf um die Straße“. Udo Voigt schrieb 1999: „Erst wenn wir den von uns eröffneten ‘Kampf um die Straße’ endgültig für uns entschieden haben, kann der ‘Kampf um die Parlamente’ mit der Aussicht geführt werden, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablieren, die dem Anspruch gerecht wird, eine wirkliche Alternative zum liberalkapitalistischen System der BRD zu sein“ (Ebd.: 470). Der „Kampf um die Straße“ findet seinen Ausdruck vor allem in zahlreichen von der NPD und „freien Nationalisten“ organisierten Demonstrationen. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass die NPD „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße erreichen kann“ (Apfel 1999: 360). Die NPD versteht sich dabei als Speerspitze einer sogenannten „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ (NAPO), ein 1998 auf dem „1. Tag des Nationalen Widerstands“ in Passau von Udo Voigt erstmals vorgebrachter Begriff (vgl. Voigt 1999: 471), der als Synonym für den „Nationalen Widerstand“ auf der Straße anzusehen ist und einen strategischen Gegensatz zu der als „internationalistisch“ ge-

schmähten „Außerparlamentarischen Opposition“ der Bewegung von 1968 formulieren soll. Somit hat sich die NPD – insbesondere seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – zu einer aktionistischen „Kampfpartei“ entwickelt. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag in Leinefelde (Thüringen) am 30./31. Oktober 2004 ergänzte der Parteivorsitzende Udo Voigt dieses Konzept um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“. Es sei eine Konzentration aller „nationalen Kräfte“ nötig. Dazu gehöre die Zusammenarbeit mit der DVU und den Neonazis, angestrebt sei die Einbindung weiterer rechtsextremistischer Gruppen und Einzelpersonen (siehe oben, Exkurs Volksfront). Auf einer Welle der Euphorie wurde sogar über einen Einzug in den nächsten Bundestag nachgedacht. Die NPD wollte anscheinend in Sachsen dafür eine Art „Präzedenzfall zur Machtübernahme“ schaffen. Aber wie u.a. der Chefredakteur der neurechten „Jungen Freiheit“, Dieter Stein, in einer österreichischen Szenezeitschrift zu bedenken gibt: „Dieser hysterische NPD-Tsunami hat manchen den Verstand und die Sinne benebelt“.<sup>11</sup>

Dabei sind für die Bedeutung des von der NPD forcierten Bündnisses nicht die absoluten Mitgliederzahlen relevant, sondern mehr die teilweise medienwirksam zelebrierte Zusammenarbeit mit und Unterstützung durch bekannte(n) Rechtsextremisten, u.a. die Unterstützungserklärung des ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden Schönhuber. Diese Unterstützung ist ein – kleiner – Baustein, mit dem die NPD versucht, das rechte „Schmuddel-Image“ abzulegen. Dies gelingt ihr jedoch vor allem in Westdeutschland nur sehr mäßig.

Zurzeit hat die NPD nahezu alle ihre personellen wie ökonomischen Ressourcen in Sachsen konzentriert. Ein Großteil der „Parteilite“ arbeitet für die NPD-Landtagsfraktion oder den Deutsche-Stimme-Verlag. Im

---

<sup>11</sup> Dieter Stein, „Die NPD als Symptom der Krise“, in: Die Aula, März 2005, S. 24.

scharfen Kontrast dazu verharren viele NPD-Landesverbände in der politischen Bedeutungslosigkeit, auch innerhalb der eigenen Partei.

Einen erheblichen Rückschlag im „Kampf um die Parlamente“ stellt der Austritt von drei Mitgliedern der sächsischen NPD-Fraktion im Dezember 2005 dar:

#### *Fallbeispiel Sächsische NPD-Aussteiger*

Am 17., 20. und 23. Dezember 2005 sind mit dem stellvertretenden sächsischen NPD-Landesvorsitzenden Mirko Schmidt, dem Landesvorstandsmitglied Klaus Baier und dem stellvertretenden sächsischen Landesvorsitzenden Jürgen Schön drei Mitglieder der NPD aus Fraktion und Partei ausgetreten.

Alle drei Abgeordneten erhoben anlässlich ihres Austritts schwere Vorwürfe sowohl gegen die Bundesführung der Partei wie auch gegen die Fraktionsführung im Sächsischen Landtag.

Schmidt begründete Pressemeldungen zufolge seinen Austritt mit menschlicher und politischer Enttäuschung über die Entwicklung innerhalb der NPD seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag im September 2004.<sup>12</sup> In einem Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ äußerte er nach seinem Austritt erhebliche Zweifel an der Kompetenz der NPD bei sozialen Themen. Auf die Frage „Das Wahlkampfthema Hartz IV war demnach nur ein Köder, um Protestwähler zu gewinnen?“ antwortete Mirko Schmidt: „Genau so ist das. Nach dem Einzug in den Landtag hat die NPD nicht mehr nationaldemokratisch, sondern nationalsozialistisch agiert.“ Und weiter: „Statt sich für die Interessen der Bürger setzt sich die NPD-Fraktion lieber für ein Viertes Reich ein.“<sup>13</sup>

---

12 Interview mit Mirko Schmidt in der Sächsischen Zeitung vom 19.12.2005.

13 Interview mit Mirko Schmidt in der Sächsischen Zeitung vom 19.12.2005.

Verantwortlich hierfür seien die Parteispitze um Udo Voigt sowie der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel und der Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx. Apfel degradiere die NPD-Abgeordneten zu Marionetten, die sich bei allen Entscheidungen stets dem Willen einer kleinen autoritären Führungsgruppe unterordnen müssten. Sie könnten ihr Mandat nicht frei ausüben.

Im gleichen Interview prangert Schmidt außerdem die mangelnden wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte der Partei an: „Wenn die Bundesrepublik wirklich einen Kurs fahren würde, wie ihn die NPD vorgibt, hätten wir fünf Millionen Arbeitslose mehr und würden uns weltweit isolieren.“

Auch Baier übte einer im Internet veröffentlichten Erklärung<sup>14</sup> vom 26. Dezember 2005 zufolge scharfe Kritik am Gebaren der Fraktionsspitze. So sei den Abgeordneten beispielsweise nicht mitgeteilt worden, wie die Fraktionsgelder verwandt werden oder nach welchen Kriterien die wissenschaftlichen Mitarbeiter eingestellt würden. Der Verdacht eines „Alimentierungsvereins“ liege sehr nahe. Wie Schmidt begründete auch Baier seinen Austritt darüber hinaus mit dem Ost-West-Konflikt innerhalb der sächsischen NPD und der Rückwärtsgewandtheit der Partei.

Schön erklärte seinen Austritt damit, die NPD habe es versäumt, eine „Vergangenheitsbewältigung“ zu betreiben. Die NPD-Abgeordneten Apfel und Gansel seien Vertreter des „Hitlerismus“.<sup>15</sup>

Der Parteivorsitzende Udo Voigt warf Schmidt in einer am 19. Dezember 2005 veröffentlichten Stellungnahme seinerseits „charakterlosen Verrat an der Partei und allen ehrenhaften Patrioten“ vor. Vorgebliche Spannungen zwischen „Wessis“ und „Ossis“ bezeichnete er als „klein-

---

14 <http://www.stoertebeker.net>; <http://www.wikingerversand.de>; <http://de.altermedia.info> (29.12.05)

15 „Da waren’s nur noch neun“, in: Leipziger Volkszeitung vom 24.12.2005.

geistige, verengte Sichtweise“. Die innere Geschlossenheit sei das Geheimnis des Erfolges der NPD, und diesen werde auch ein Mirko Schmidt nicht verhindern. Wie sehr jedoch der überraschende Parteiaustritt die NPD-Führung schockiert hat, zeigt u.a. die wüste Ausdrucksweise Voigts gegenüber Schmidt: „Obwohl dieser Mann bereits seit 1997 Mitglied und Funktionsträger der NPD ist, gibt er nun genau das von sich, was die ‘klugscheißerischen’ Rechtsextremismusforscher und selbsternannten ‘Antifaschisten’ schon lange mit immer weniger Erfolg zu verbreiten suchen. So können wir in den Systemmedien lesen, daß Herr Schmidt plötzlich erkannt hat, daß die NPD ‘nicht mehr nationaldemokratisch, sondern nationalsozialistisch agiert’.“<sup>16</sup>

Der Austritt von Baier sei, so die Fraktion in einer Erklärung unter dem Titel „Reisende soll man nicht aufhalten!“, zwar „eine menschliche Enttäuschung“, aber für die Fraktion kein Verlust, da er sich „ebensowenig wie Herr Schmidt in die politische Arbeit eingebracht hat“.<sup>17</sup>

Zum Austritt Schöns wird lediglich erklärt, er sei offenbar „aus falsch verstandener Nibelungentreue“ der Ansicht gewesen, mit Schmidt und Baier solidarisch sein zu müssen.<sup>18</sup>

Die NPD-Fraktion stellte im Januar 2006 eine Große Anfrage im Sächsischen Landtag zu einer von ihr vermuteten Einflussnahme des Verfassungsschutzes durch „verfassungswidrige Zersetzungsmaßnahmen“.<sup>19</sup> Des weiteren stellte der NPD-Abgeordnete Menzel vier weitere kleine Anfragen zur „Geheimdienstlichen Verwicklung des MdL Jürgen Schön“.<sup>20</sup>

---

16 „Vorsicht 2006: Der Feind schläft nicht!“, Presseerklärung auf [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 19.12.2005.

17 „Reisende soll man nicht aufhalten!“, Presseerklärung auf [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 21.12.2005.

18 „Abgeordneter Jürgen Schön aus NPD-Fraktion ausgetreten“, Presseerklärung auf [www.npd.de](http://www.npd.de) vom 23.12.2005.

19 Unter: [http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_dokumente/2006/GrAnfrageVS.pdf](http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_dokumente/2006/GrAnfrageVS.pdf) (27.2.2006).

20 [http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_dokumente/2006/Schoen1.pdf](http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_dokumente/2006/Schoen1.pdf); .../Schoen2.pdf; usw. (27.2.2006).

Die Austritte von Schmidt, Baier und Schön aus Fraktion und Partei trafen die NPD überraschend und führten zu Verunsicherung und Irritationen. Insbesondere deren Erklärungen, man habe sich aufgrund der neonazistischen Ausrichtung der NPD zu diesem Schritt entschlossen, könnten im Vorfeld der 2006 stattfindenden Landtagswahlen (u. a. Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern) die Wahlchancen von NPD (und DVU) deutlich schmälern. Gerade potenzielle Protestwähler könnten davon absehen, der NPD/DVU ihre Stimme zu geben. Auch die Äußerungen zur mangelnden sozialen Kompetenz der Partei, die der Wahrheit sehr nahe zu kommen scheinen, könnten der NPD Probleme bereiten, sich auch zukünftig in der Öffentlichkeit als Vertreterin der von sozialen Verfehlungen deklassierten deutschen Arbeiterschaft zu präsentieren. Die Austritte dürften sich auch negativ auf die Mitgliederentwicklung der NPD in Sachsen ausgewirkt haben. Für die Arbeit der Landtagsfraktion haben die Austritte auch erhebliche finanzielle Folgen, da der Fraktion für ihre Arbeit aus Landtagsmitteln über 2.000 Euro pro Monat und Abgeordneten zusteht. Darüber hinaus muss die Fraktion auch je einen Sitz in den Landtagsausschüssen abgeben.

Als Fazit kann gesagt werden, dass die NPD und deren Jugendorganisation JN Dreh- und Angelpunkt der deutschen rechtsextremen Bewegung sind und auf absehbare Zeit bleiben werden. Die NPD ist die einflussreichste und signifikanteste rechtsextreme Organisation in Deutschland, deren Bedeutung mit dem Wahlerfolg in Sachsen und dem damit verbundenen Zugang zu einer Vielzahl von Ressourcen noch gewachsen ist. Als einzige der rechtsextremen Parteien ist es der NPD einigermaßen gelungen, sich in den neuen Bundesländern zu etablieren, wenngleich einschränkend anzumerken bleibt, dass die günstige Situation der NPD in Sachsen für die Partei die Ausnahme und nicht die Regel ist. Nirgendwo ist die NPD ähnlich gut aufgestellt wie in Sachsen.

Unter der Führung des seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt wurde nicht nur ein ideologischer Kurswechsel forciert, sondern die NPD arbeitete nun auch enger mit rechtsextremen Skinhead-Gruppierungen, Kameradschaften und anderen neonazistischen Akteuren zusammen. Diese Zusammenarbeit drückt sich nicht nur in Aktionsbündnissen aus, die gemeinsam Demonstrationen vorbereiten und durchführen, es traten auch viele Aktivisten der Anfang/Mitte der 1990er Jahre verbotenen neonazistisch orientierten Gruppierungen der NPD/JN bei, was die modifizierte ideologische Ausrichtung der NPD förderte. Dass die Zusammenarbeit zwischen Partei und Kameradschaften, allen Differenzen zum Trotz, von den führenden Köpfen der Partei als wichtig angesehen wird, verdeutlichte schon Ende 2000 der NPD-Funktionär Frank Schwerdt: „So wichtig es ist, dass die Partei Bewegung braucht, so braucht die Bewegung auch Partei“.<sup>21</sup>

Durch ihre Öffnung gegenüber dem militanten, neonazistischen Spektrum war es der NPD möglich, nach und nach eine entscheidende Rolle innerhalb der rechtsextremen Bewegung einzunehmen. Vor allem in Sachsen gelang es ihr, mit einer aktivistischen und subversiven Strategie örtliche und regionale Zentren zu etablieren. Auf diese Weise konnte die Partei über Jahre hinweg eine Basis aufbauen, die sich letztendlich in Wählerstimmen umsetzte.

## ***2.2 Das nicht-parteiliches Spektrum (groupuscules) in den 1990er Jahren – neue Organisationsformen...***

Von dem erheblichen Aufkommen fremdenfeindlicher Gewalt und dem offenen Auftreten einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur Anfang der 1990er Jahre versuchten auch die militanten, hierarchisch strukturierten Neonazi-Organisationen aus Westdeutschland zu profitieren und

---

<sup>21</sup> Zit. nach o.A., „Gemeinsam kämpfen‘: NPD wird auch künftig mit freien Gruppen zusammenarbeiten“, in: Deutsche Stimme, 12/2000-01/2001, S.11.



Einfluss auf die noch unorganisierte Szene in der ehemaligen DDR zu gewinnen. Diese Versuche waren nur in Ansätzen erfolgreich, größtenteils entwickelten sich in Ostdeutschland eigenständige neonazistische und rechts-extreme Gruppierungen. Hinzu kamen seit 1992 eine Reihe von staatlichen Maßnahmen (v.a. Vereinsverbote) gegen neonationalsozialistische Gruppen, Vereine, Veranstaltungen und Einzelaktivisten (vgl. Pfahl-Traughber 1997). Als Reaktion darauf kam es in der Szene zu Diskussionen um eine Reorganisation der Mitglieder und den Aufbau alternativer Organisationsstrukturen. Ein Zusammenschluss in einer neuen Partei stellte sich aufgrund der damaligen Ereignisse als nicht erfolgversprechend dar. Zwei Haupttendenzen der Reorganisation ließen sich dabei feststellen: zum einen sammelten sich die Aktivisten der verbotenen Organisationen in der NPD und ihrer Jugendorganisation JN, zum anderen wurden „Freie Kameradschaften“ gebildet. Diese Kameradschaften stellten eine Weiterentwicklung der Organisationsform der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) um Michael Kühnen und Christian Worch dar (vgl. Grumke/Wagner 2002: 380ff.), die seinerzeit schon eine eher lockere Struktur aufwies und mit ihren zahlreichen Neben- und Vorfeldorganisationen vom Kern der „Bewegung“ ablenken sollte. Das Organisationsprinzip der „Freien Kameradschaften“ wurde 1996 von Neonazis um die Hamburger Christian Worch und Thomas Wulff formuliert und propagiert (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2000; Anonym 2001 und Röpke/Speit 2004). Mit dem Verzicht auf eine feste, angreifbare Organisationsstruktur (etwa in Vereinen) und der Propagierung von „freien“, informellen Strukturen sollte einerseits der Angreifbarkeit durch staatliche Organe vorgebeugt, andererseits die Vernetzung innerhalb der neonazistischen Szene unter Beibehaltung inhaltlich und organisatorischer Eigenständigkeit, vorangetrieben werden. Das Entstehen und die zunehmende Bedeutung neuer netzwerkartiger Organisationsformen sind charakteristisch für soziale Bewegungen (vgl. oben, Abschnitt soziale Bewegung).

Die im Frühjahr 1992 einsetzende „Anti-Antifa-Kampagne“ (vgl. Dietzsch/Maegerle 1996 und Mletzko 2001), gilt als wichtiger Vorläufer

auf dem Weg zur Entwicklung des Konzepts der Freien Kameradschaften. Die geplanten Maßnahmen gegen politische Gegner, womit nicht nur mutmaßliche antifaschistische Aktivisten gemeint waren, zeigten der Szene, dass gemeinsame Aktionen auch partei- und gruppenübergreifend möglich waren. Damit wurde eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Neonazi-Gruppen attraktiv. Dabei ging es nicht unbedingt um die Schaffung einer neuen, übergreifenden Organisation, als vielmehr um gemeinsame Aktionen und die Vernetzung der zersplitterten Gruppen und Aktivisten. Seit Mitte der 1990er Jahre bildeten sich vielerorts Kameradschaften und „Kameradschaftsbündnisse“, wie das Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland, das Aktionsbüro Thüringen etc., in denen sich verschiedene freie und autonome Kameradschaften situativ zu Aktionen zusammenschließen. Schwerpunkte der Aktivitäten der „Freien Kameradschaften“ sind die Veranstaltung von Aufmärschen und Demonstrationen, die Vernetzung der Szene über das Internet und Szene-Zeitschriften (wie etwa das mittlerweile nicht mehr existierende „Zentralorgan“) sowie weiterhin die Anti-Antifa-Arbeit, d.h. das Einschüchtern und Angreifen von politischen Gegnern. Gleichzeitig wurden von der reorganisierten Szene aber auch neue Aktionsformen und -felder aufgegriffen. Die „soziale Frage“ (vgl. Kapitel III), wie sie z.B. der Neonazikader Christian Worch oder Teile der NPD thematisieren, gehört ebenso zu den neuen Agitationsthemen wie die an verschiedenen Orten gestellte Forderung nach „nationalen Jugendzentren“.<sup>22</sup>

Punktuell, aber immer heftig umstritten, arbeiteten die sog. „Freien Nationalisten“ mit der NPD zusammen, etwa in der sogenannten „Volksfront“ von NPD, DVU und Freien Nationalisten (vgl. oben, Exkurs Volksfront von rechts).

---

22 Zur Forderung nach „nationalen Jugendzentren“ die Fotodokumentation einer Demonstration von 120 bis 150 Jugendlichen der rechtsextremen Szene am 4.12.2004 in Berlin, die für ein „nationales Jugendzentrum“ demonstrierten; <http://www.krasse-zeiten.de/foto.php?dir=nazi0412> {11.8.2005}. Dies war nicht die erste Demonstration dieser Art. Vgl. auch Klärner 2006.

*... und neue Aktionsformen*

Auf der Ebene der Aktionsformen lässt sich die Entwicklung verzeichnen, dass die organisierten und ideologisierten Anhänger der rechtsextremen Bewegung verstärkt zivile Protestformen wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen etc. propagieren und anwenden, um sich als respektable politische Kraft auf lokaler Ebene zu etablieren (vgl. Klärner 2006 und Klärner/Kohlstruck 2006). Damit einher geht der Versuch einer „taktischen Zivilisierung“ (Klärner 2006) der Szene. Diese Entwicklung ist Teil einer im Laufe der 1990er Jahre sich entfaltenden Dynamisierung und Professionalisierung der organisierten rechtsextremen Szene. Ein Beleg für die Dynamik der Szene sind die mittlerweile an fast jedem Wochenende stattfindenden Demonstrationen mit rechtsextremem Hintergrund (vgl. Tabelle 4 und Virchow 2006).

**Tabelle 4: Zahl der Aufmärsche von Rechtsextremisten von 1997 bis 2004**

<b>Jahr</b>	<b>Zahl der Aufmärsche*</b>	<b>Zahl der Teilnehmenden</b>	<b>Durchschnittliche Teilnehmerzahl (gerundet)</b>
1997	25	8.945	358
1998	46	20.960	456
1999	53	12.140	229
2000	70	20.070	287
2001	107	29.485	276
2002	84	22.045	262
2003	92	25.070	273
2004	102	28.387	278
<b>Gesamt</b>	<b>579</b>	<b>167.102</b>	<b>289</b>

\* Es wurden nur Aufmärsche mit mehr als 50 Teilnehmenden berücksichtigt.

Quelle: Virchow 2006: 76, durchschnittliche Teilnehmerzahl von den Autoren gerundet [T.G./A.K.]

Zudem hat sich eine eigene Ökonomie der Szene v.a. auf dem Bereich rechtsextremer Musik und Kleidung entwickelt (vgl. Archiv der Jugendkulturen 2001 und Flad 2006). Besonders deutlich lassen sich Dynamisierung und Professionalisierung auf dem Gebiet des Internet verfolgen. Viele rechtsextreme Organisationen, Vereinigungen, Kameradschaften etc. sind mit eigenen, teilweise professionell gestalteten WWW-Seiten im Internet vertreten. Dabei nutzen die Angehörigen der Szene die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten, die dieses Medium zur Verfügung stellt. Von der reinen Propaganda, über virtuelle Gesprächsforen, die Vernetzung und der Informationsaustausch über (verschlüsselte) E-Mails, bis zur Mobilisierung für Demonstrationen und Veranstaltungen über spezielle Netzseiten reicht das rechtsextreme Angebot (vgl. Schröder 1995; Nickolay 2000; Schröder 2001 und Pfeiffer 2002).

Mit steigender Dynamik war das nicht-parteiliche rechtsextreme Spektrum in den vergangenen Jahren zusätzlich in der Lage, ihre Anhängerschaft zu verbreitern und zahlenmäßig auszubauen.

Das neonazistische Potential<sup>23</sup> belief sich im Jahr 2004 auf rund 3.800 Personen und war damit nach einem deutlichen Rückgang wieder auf dem Stand von 1994 (vgl. Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz). Dies ist u.a. auf die aktionistische, für Jugendliche interessante Politikform der Neonazis zurückzuführen: Demonstrationen, Forderungen nach „nationalen Zentren“, die mit Hausbesetzungen einhergehen (wie z.B. in Kiel) sowie eine „Wortergreifungsstrategie“, also eine Teilnahme an Veranstaltungen politischer Gegner mit dem Ziel, diese zu stören und „umzufunktionieren“. Neonazis haben zudem ihre Agitation und Selbstdarstellung „modernisiert“. Sie thematisieren verstärkt aktuelle

---

23 Die heutige Neonazi-Szene steht in der Tradition des historischen Nationalsozialismus. Es wird teilweise an frühere programmatische Aussagen der NSDAP und an die sozial-revolutionären, antikapitalistischen Ziele des NSDAP-Flügels um die Gebrüder Strasser angeknüpft. Zu diesem Spektrum gehören vor allem die Kameradschaften.

politische Fragen, wie z.B. den Irak-Krieg oder die „soziale Frage“. Vornehmlich junge Neonazis bezeichnen sich selbst als „Autonome Nationalisten“. Sie propagieren einen „revolutionären“ Nationalsozialismus und einen völkischen Antikapitalismus. Strategisch, optisch und semantisch bedienen sie sich bei linksextremistischen „Autonomen“, einschließlich „schwarzer Blöcke“ und der Forderung nach militanten Kampfformen.

*Fallbeispiel: Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern*

Während die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen an den Rändern ausfranst, vollzieht sich in Mecklenburg-Vorpommern momentan das Gegenteil: Reihenweise treten vor den am 17. September 2006 stattfindenden Landtagswahlen Kader aus der Kameradschaftsszene in die Partei ein, die sie bis vor kurzem noch als „Systempartei“ bekämpft haben. Seit im November 2004 das Volksfront-Bündnis ausgerufen wurde, sind fast alle relevanten Führer der Kameradschaftsszene in die NPD eingetreten.

In fast allen Orten, in denen die NPD bei der Bundestagswahl im September 2005 auf mehr als zehn Prozent kam, können Kameradschaftsstrukturen vorausgesetzt werden. Hier griff das Volksfrontbündnis am deutlichsten.

Auch traten einige Vertreter der Kameradschaften zur Wahl an wie Tino Müller aus Ueckermünde, der in seinem Wahllokal in der Oststadt 21,8 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Er agiert hier seit Jahren mit seiner Kameradschaft und der Bürgerinitiative „Schöner Wohnen in Ueckermünde“. Mit dieser Initiative sammelte er im Jahr 2003 etwa 2000 Unterschriften gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheims. Diese Anzahl entspricht ziemlich genau dem Ergebnis bei der Bundestagswahl. Es ist ihm also über Jahre gelungen, eine Stammwählerschaft aufzubauen.

In Anklam erreichte die NPD unter ihrem Spitzenkandidaten Michael Andrejewski bei der Bundestagswahl 2005 ein Ergebnis von 9,8 Prozent, was ungefähr dem Ergebnis der Kommunalwahlen (1133 Stimmen = 8,0 Prozent) entspricht, jedoch durch die höhere Wahlbeteiligung ungefähr eine Verdoppelung der Wählerstimmen bedeutet.<sup>24</sup> Zu dem Erfolg der NPD trug auch bei, dass sie im Gegensatz zu den Bundestagsparteien einen sehr offensiven Wahlkampf führte. Es wurden mehrere Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt, es gab unzählige Informationsstände, die Kandidaten zogen von Haus zu Haus, suchten das direkte Gespräch mit den Wählern, griffen regionale Themen auf und problematisierten Hartz IV und Arbeitslosigkeit.

Ein Wahlkampf der etablierten Parteien fand in der gesamten Region Vorpommern kaum statt. Es gab, außer über Massenmedien, keine Kontakte zum Wähler. Regionale Themen spielten keine große Rolle. Während Bundespolitiker in vielen Kreisen durch Abwesenheit glänzten, ist die rechtsextreme Bewegung vor Ort aktiv, ansprechbar und bestens mit den örtlichen Problemen und regionalen Gegebenheiten vertraut.

Auch bei der Nachwuchsarbeit sind die im Bundestag vertretenen Parteien meist nur zweite Sieger. In ländlichen Kreisen wie Ostvorpommern und Uecker-Randow engagieren sich weit weniger junge Menschen in den Jugendorganisationen der Bundestagsparteien als in den örtlichen rechtsextremen Organisationen wie dem Heimatbund Pommern oder den diversen Kameradschaften. Es ist zu konstatieren, dass es den Neonazis gelungen ist, fast das komplette Potential aktiver junger Menschen dieser Generation an sich zu binden.<sup>25</sup>

---

24 Die Berechnung ergab für den Wahlvorschlag der NPD mehr Sitze (2) als Bewerber (1) auf dem Wahlvorschlag vorhanden waren. Demzufolge bleibt der übrige Sitz bis zum Ablauf der Wahlperiode im Jahr 2009 unbesetzt (vgl. [www.anklam.de](http://www.anklam.de)).

25 Vgl. Ernst Friedrich, „Rechte Volksfront auf dem Vormarsch“, in: Hamburger Abendblatt vom 4.1.2006.

### 3. *Großbritannien*

Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Österreich, Dänemark, Italien oder der Schweiz nehmen rechtsradikale, -extreme oder –populistische Parteien in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg nur eine marginale Stellung im Parteiensystem ein (vgl. Eatwell 2000 und Ignazi 2003). Im Gegensatz zu Deutschland kann hier auch nicht von einer rechtsextremen sozialen Bewegung gesprochen werden. Die extreme Rechte in Großbritannien hatte und hat immer mit dem Problem der Delegitimierung ihrer Positionen durch die Presse, die öffentliche Meinung und die etablierten Parteien zu kämpfen. Rechtsextreme oder gar neo-nationalsozialistische Ideen gelten in Großbritannien als unpatriotisch und aus dem Ausland importiert, da schließlich britische Soldaten im Zweiten Weltkrieg gegen Faschismus und Nazismus gekämpft hätten (vgl. Kushner 1994).

Bereits in der Zwischenkriegszeit, in den 1920er/30er Jahren konnte sich in Großbritannien im Gegensatz etwa zu Deutschland, Italien und Spanien keine faschistische Bewegung etablieren. Die von Oswald Mosley geführte, 1923 gegründete British Union of Fascists (BUF) konnte nach ihrem Mobilisierungshöhepunkt 1934, an dem die Partei ca. 50.000 Mitglieder zählte, nur in einigen Teilen Londons nennenswerte Resultate bei Wahlen verzeichnen, außerhalb Londons waren ihre Ergebnisse „desaströs“ (Thurlow 1998: 85). Die BUF stellte niemals eine Gefahr für die britische Demokratie dar, sondern allenfalls einen „kleineren Störfaktor“ („minor irritant“) für die Regierung (ebd.: 87). Sie wurde überdies im Mai 1940 verboten.

Als Erklärungen für das Scheitern des Faschismus in den 1920er/30er Jahren werden in der Literatur zwei Faktoren genannt, die auch in Hinsicht auf den relativen Misserfolg der zeitgenössischen extremen Rechten

in Großbritannien von Bedeutung sind: die Besonderheit der politischen Kultur in Großbritannien sowie strukturelle Gegebenheiten (vgl. zusammenfassend Ignazi 2003: 184 ff.). Die politische Kultur Großbritanniens ist demnach durch eine tief verwurzelte demokratische „Zivilgesellschaft“ und fest verankerte liberal-demokratische Institutionen gekennzeichnet. Toleranz, Humanismus, die Achtung vor dem Gesetz und pragmatische Werte und Zielsetzungen seien bestimmend für Gesellschaft und Politik des Königreichs. Zu den strukturellen Faktoren, die einen Erfolg oder gar eine Machtübernahme des britischen Faschismus verhindert hätten, werden die konstitutionelle Tradition, die Stärkung des nationalen Selbstwertgefühls durch den Sieg im Ersten Weltkrieg sowie die Abwesenheit einer „bolschewistischen Bedrohung“ genannt.

Neben diesen Faktoren werden für die Erfolglosigkeit der extremen Rechten nach 1945 weitere Einflüsse genannt (vgl. zusammenfassend wieder Ignazi 2003: 184 ff.):

Zu den wichtigsten gehört, dass der Faschismus nach der Niederlage des nationalsozialistischen „Dritten Reichs“ und des Mussolini-Regimes Italiens weitgehend diskreditiert war. Sowohl die National Front (NF) als auch die British National Party (BNP) werden der faschistischen Tradition zugerechnet und sind damit für weite Teile der britischen Bevölkerung inakzeptabel.

Als zweiter Grund wird die Schwäche und die Unfähigkeit der Führer der britischen extremen Rechten genannt. Diese zeichneten sich eher durch einen zerstörerischen und spalterischen Charakter aus und konnten keine Einheit herstellen.

Drittens wird der Konservativen Partei eine erfolgreiche Strategie zur Marginalisierung der extremen Rechten bescheinigt. Besonders die harte Linie von Margaret Thatcher in der Immigrationspolitik in den 1980er Jahren habe der NF das Wasser abgegraben.

Viertens habe eine starke antirassistische Bewegung, die Gegenmobilisierung migrantischer Communities und der liberalen Öffentlichkeit dafür ge-



sorgt, der extremen Rechten den Weg in den Mainstreamdiskurs zu verbauen und zur ihrer Delegitimierung beigetragen (vgl. dazu auch Copsey 2000).

Als letzter Grund für den Mißerfolg der extremen Rechten wird das englische Mehrheitswahlrecht genannt. Da in das nationale Parlament nur Kandidaten einziehen, die in einem Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnten, sind die Hürden für kleine Parteien sehr hoch.

Autoren wie Roger Griffin (Griffin 2002) gehen über diese konventionellen Begründungen für den Misserfolg rechtsextremer Parteien in Großbritannien hinaus und sprechen sogar vom „Mythos eines Landes der Mäßigung“. Zwar laufe „[e]ine Partei, die ganz offen rassistische Ressentiments anspricht, ... oder die einen Führer mit demagogischen Reflexen wählt, ... Gefahr, lächerlich gemacht oder als ‚völlig übertrieben‘ ignoriert zu werden“ (ebd.: 96), dennoch seien rassistische Einstellungen und Gewalt nicht weniger verbreitet als im Rest Europas. Ergebnisse aus den Eurobarometer-Umfragen 1997, 2000 und 2003 zeigen, dass in Großbritannien, wie in den übrigen Ländern Europas, fremdenfeindliche Einstellungen bei einer großen Minderheit verbreitet sind (vgl. Westin 2003, Coenders / Lubbers / Scheepers 2003a/b). Großbritannien liegt dabei aber eher im Mittelfeld. Darüber hinaus kam aber eine offizielle Kommission, welche die Umstände der rassistisch motivierten Ermordung von Stephen Lawrence im Jahr 1993 und die mangelhafte Aufklärungsarbeit der Polizei untersuchte, zu dem Schluß, dass es innerhalb der Polizei und anderer Behörden einen „institutionellen Rassismus“ gebe.<sup>26</sup> Ein von der Europäischen Kommission finanziert „Schattenbericht“ über „Racism and Race Relations in the UK“ (Isal 2002) zeigte weitere Facetten dieses „institutionellen Rassismus“ auf, der sich in den Bereichen Erziehungssystem, Beschäftigungs- und Wohnverhältnisse, Gesundheitssystem, Polizei, politische Repräsentation und im medialen Diskurs manifestiere. Ebenso weisen die Zahlen des britischen Innenministeriums im Zeitraum von

---

26 The Stephen Lawrence Inquiry 1999, <http://www.archive.official-documents.co.uk/document/cm42/4262/sli-00.htm> (Chapter Six) [4.3.2006]; Vgl. dazu auch die Sonderseiten des Guardian: Special Report: The Stephen Lawrence Case, online unter: <http://www.guardian.co.uk/lawrence/0,2759,179674,00.html> [4.3.2006].

2000 bis 2004 eine deutliche Steigerung rassistisch motivierter Straftaten von 25.116 auf 35.022 nach.<sup>27</sup>

**Tabelle 5: Rassistisch motivierte Straftaten in Großbritannien\***

Berichtszeitraum	Von der Polizei erfaßte Vorkommnisse mit rassistischem Hintergrund	Von der Polizei erfaßte schwere Straftaten mit rassistischem Hintergrund („racially aggravated offences“)	Straftaten gegen Personen	Straftaten gegen Sachen
2000-2001	53.092	25.116	20.355, davon 3.176 Fälle von Körperverletzung	4.761
2001-2002	54.370	30.084	23.602, davon 3.463 Fälle von Körperverletzung	6.482
2002-2003	49.078	31.035	25.539, davon 4.352 Fälle von Körperverletzung	5.496
2003-2004	52.694	35.022	29.441, davon 4.840 Fälle von Körperverletzung	5.581

\* Daten für England und Wales.

Quelle: Racist Violence in 15 EU Member States (2005), S. 146 (teilweise eigene Berechnung, A.K.).

Vor diesem Hintergrund ergibt sich nach Griffin das Paradox, „dass die britische politische Kultur durch ein tief sitzendes Element rassistischen Populismus’ gekennzeichnet ist, dem jedoch eine rechtspopulistische Partei fehlt“ (Griffin 2002: 102). Diese Spannung kann laut Griffin

27 Die absoluten Zahlen sind nicht mit denen aus Deutschland vergleichbar, da Großbritannien ein sehr viel genaueres Erfassungssystem hat und die Erfassung sich in Deutschland auf Straftaten mit explizit rechtsextremistischen Hintergrund beschränkt und damit ein engeres Definitionskriterium anlegt.

dadurch aufgelöst werden, „dass eine neue Form des versteckten Rassismus eingeführt wurde, die man ‚zentristischen Populismus‘ nennen könnte“ (ebd.). Als das „wichtigste parteipolitische Ventil für populistischen Rassismus“ sieht er dabei die Konservative Partei. Indem die Tories eine harte Linie in Fragen der Immigration oder der Einbürgerung vertreten und einzelne Abgeordnete immer wieder rassistische Signale an ihre Klientel senden, werde ethnozentristischen und offen rassistischen Parteien das Wasser abgegraben (vgl. ebd.: 102 ff.). Griffins Vorwurf trifft aber auch die Labour-Regierung, die seit ihrem Regierungsantritt 1997 die Einwanderungspolitik fortführe und damit die versteckte Xenophobie und den populistischen Rassismus, wie ihn etwa Massenblätter wie die „Sun“ vertreten, befriedige (vgl. ebd.: 105 ff.).

Fest steht, dass sich trotz der hier dargestellten negativen Kontextbedingungen in den 1990er Jahren eine rechtsextreme Szene in Großbritannien mit der British National Party als organisatorischem Zentrum verfestigen konnte.

### *3.1 Das parteiliche Spektrum*

Piero Ignazi beginnt seine Darstellung des Rechtsextremismus in Großbritannien mit dem Satz: „The extreme right in Great Britain has never experienced success“ (Ignazi 2003: 173).

Im Vergleich mit den Erfolgen von Parteien wie dem französischen Front National oder der Freiheitlichen Partei Österreichs trifft diese Einschätzung sicher zu, dennoch gibt es auch in Großbritannien mit der National Front und der British National Party zwei Parteien, die über eine jahrzehntelange, kontinuierliche Tradition verfügen und seit den 1970er Jahren bei Lokal- und Kommunalwahlen vereinzelt Wahlerfolge verbuchen konnten. Neben diesen beiden Parteien gibt es weitere Gruppierungen, die im nicht-parteilichen Spektrum des Rechtsextremismus angesie-

delt sind. Dabei handelt es sich um groupuscules (vgl. oben) wie z.B. Skin-head-Gruppen, aber auch um klandestine Terrorgruppen wie Combat 18.

Im Folgenden soll ein kursiver Überblick über die genannten Spektren erfolgen, wobei wir uns auf die wesentlichen Akteure des klassisch von Zersplitterung gekennzeichneten Rechtsextremismus begrenzen werden.

### *3.1.1 National Front (NF)*

Die National Front wurde 1967 gegründet und mit John Tyndall und Martin Webster von zwei Funktionären geführt, die seit den 1950er Jahren in verschiedenen rechtsextremen, bzw. neonazistischen Organisationen wirkten, welche aber alle weitgehend einflusslos blieben (vgl. Ignazi 2003: 177-182). Mit der NF hingegen führten sie die bis heute erfolgreichste rechtsextreme Partei der Nachkriegsära. So erreichten die zehn Kandidaten der National Front bei den landesweiten Wahlen 1970 durchschnittlich 3,6 Prozent der Stimmen und 1973 konnte die NF bei einer Nachwahl in West Bromich mit 16,4 Prozent das für lange Zeit beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei bei einer landesweiten Wahl erzielen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die NF ca. 14.000 Mitglieder, die sich zu einem großen Teil aus ehemaligen Anhängern der konservativen Tories rekrutierten und von deren „liberalen“ Haltung in der Immigrationsfrage enttäuscht waren. Die neu hinzugewonnenen Ex-Tory-Mitglieder wirkten mäßigend auf den Kurs der Partei ein und versuchten, diese vom proto-faschistischen Image zu lösen und ihr einen populistischen Anstrich zu geben. Ziel dieser Mäßigung war es, für breitere Wählerschichten attraktiv zu werden. Bei den landesweiten Wahlen 1974 erreichten die Kandidaten der NF allerdings mit durchschnittlich 3 Prozent der Stimmen angesichts der hohen Erwartungen ein enttäuschendes Ergebnis. In der Folge kam es zu einer Spaltung der Partei und den radikalen Kräften unter Tyndall gelang es, wieder Kontrolle über die Partei zu gewinnen. Diese Radikalisierung hatte bei Wahlen keine ne-

gativen Folgen, die Kandidaten der NF konnten vielmehr bei Lokalwahlen 1976 durchschnittlich 8,9 Prozent erreichen. Einer ihrer Kandidaten für den Stadtrat scheiterte in Leicester nur äußerst knapp. Die Partei stand damit kurz vor einem Durchbruch und konzentrierte sich ganz auf die landesweiten Wahlen von 1979. Dennoch kam es bei den Wahlen mit einem Ergebnis von 1,4 Prozent zu einem Debakel für die NF. Die Konservative Partei unter ihrer Vorsitzenden Margaret Thatcher war mit einem harten Kurs in der Immigrationsfrage und einer populistischen Rhetorik erfolgreich die NF zu marginalisieren. Der Versuch der NF, sich als Sprachrohr des „kleinen Mannes“ und entschiedene Kämpferin gegen eine unterstellte Überfremdung und für kulturelle Identität zu gerieren, war kläglich gescheitert.

**Tabelle 6: Wahlergebnisse der National Front bei den britischen Unterhauswahlen 1970-2005 und der Europawahl 1994**

Jahr	Kandidaten	Stimmen landesweit (absolut)	Stimmenanteil landesweit (in Prozent)	Durchschnittl. Stimmenanteil pro Kandidat (absolut)	Durchschnittl. Stimmenanteil in Wahlbezirken mit NF-Kandidat (in Prozent)
1970	10	11.449	0,04	1.145	3,6
Febr.1974	54	76.865	0,25	1.423	3,3
Okt. 1974	90	113.843	0,40	1.265	3,1
1979	303	191.719	0,63	633	1,4
1983	60	27.065	0,09	451	1,1
1987	-	-	-	-	-
1992	14	3.984	0,01	285	0,7
1994 (EW)	5	12.469	0,1	2.494	k.A.
1997	6	2.716	0,01	453	1,2
2001	5	2.484	0,01	497	1,5
2005	13	8.079	0,0	621	1,6

Quellen: Ignazi 2003: 178; <http://www.election.demon.co.uk/sum1994.html> für die Europawahl 1994, Wahlkreisergebnisse auf den Sonderseiten der BBC zur Wahl 2005,<sup>28</sup> eigene Berechnungen.

28 Vgl. [http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk\\_politics/vote\\_2005/constituencies/default.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/vote_2005/constituencies/default.stm) (9.3.2006).

Das Wahldebakel führte zu internen Streitigkeiten, Abspaltungen und wechselseitigen Ausschlüssen konkurrierender Fraktionen. In dessen Folge versuchte eine neue Generation militanter Neonazis das Konzept des „politischen Soldaten“ einzuführen, nach dem eine kleine Elite fanatischer Anhänger einen Widerstandskern darstellen sollte. Diese Radikalisierung und der „esoterische“ Charakter der Ideologie der NF Anfang der 1980er Jahre (vgl. Eatwell 1996) führte zu einer weiteren Marginalisierung. Bei den landesweiten Wahlen von 1983 konnte die NF nur noch 60 Kandidaten aufstellen, die durchschnittlich 1,1 Prozent der Stimmen erhielten. Weitere Spaltungen führten dazu, dass 1989 zwei Gruppierungen den Namen *National Front* für sich beanspruchten und die Organisation in die völlige Bedeutungslosigkeit geriet. 1992 erhielten die 14 Kandidaten der NF durchschnittlich 0,7 Prozent und 1997 waren es nur noch 6 Kandidaten, die durchschnittliche 1,0 Prozent erhielten. Eine Abspaltung der NF, die von Ian Anderson geführte *National Democratic Party* war nur unwesentlich erfolgreicher. Nach dieser Serie von Spaltungen und Wahlniederlagen ist die NF mittlerweile an ihrem Tiefpunkt angelangt und spielt heute praktisch keine Rolle in der britischen Politik. Allerdings sind eine Reihe von Kadern und Mitgliedern der NF weiterhin in rechtsextremen Organisationen aktiv, z.B. bei *Third Way*, der *International Third Position* und vor allem in der 1980 – ebenfalls als Abspaltung von der NF - gegründeten *New National Front*, die sich 1982 in *British National Party* (BNP) umbenannte. Nach dem faktischen Ende der NF stellt die *British National Party* heute die bedeutendste Partei des britischen Rechtsextremismus dar, auch wenn sie (noch) nicht die Erfolge der NF Anfang der 1970er Jahre übertreffen konnte.

### 3.1.2 *British National Party (BNP)*

Die *British National Party* wurde im Zuge der Abspaltungsprozesse von der NF Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre auf Betreiben des

rechtsextremen Multifunktionärs John Tyndall ins Leben gerufen und entwickelte sich nach dem Niedergang der NF zur bedeutendsten rechtsextremen Partei in Großbritannien (vgl. Ignazi 2003: 182 ff. und grundlegend Copsey 2004).

Ausgelöst wurde dieser Aufschwung im Herbst 1999 durch die Abwahl des langjährigen Vorsitzenden John Tyndall sowie die darauf folgende „Modernisierung“ der Partei und ihres Auftretens in der Öffentlichkeit durch den neuen Vorsitzenden Nick Griffin. Griffin (Jg. 1959) ist seit Jahren aktiv in der rechtsextremen Szene Großbritanniens, gehörte zu den Führungsfiguren der National Front und sticht als Cambridge-Absolvent aus der Riege rechtsextremer Aktivisten in Großbritannien deutlich hervor. Schon während seiner Studienzeit war Griffin in der NF aktiv gewesen und in den 1980er Jahren ein führender Vertreter der „political soldier“-Fraktion. Im Zuge des Niedergangs der NF betätigte er sich in anderen Klein- und Kleinstgruppen wie die „International Third Position“ (siehe unten) und produzierte das Journale „The Rune“. 1996 schloss Griffin sich der BNP an und wurde der bezahlte Herausgeber der parteinahen Zeitung „Spearhead“ (vgl. Eatwell 2004: 68ff.). In „The Rune“ schrieb er zu dieser Zeit weiter und äußerte sich teilweise in militanter Weise. So sprach er sich dafür aus, dass die britische Bevölkerung keine „post modernist rightist party“ wählen würde, sondern eine starke und disziplinierte Organisation „with the ability to back up its slogan ‚Rights for Whites‘ with well-directed boots and fists“ (zitiert nach: ebd.: 69).

1998 wurde Griffin zu zwei Jahren Haft auf Bewährung wegen Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt.<sup>29</sup> Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden richtete er die BNP aber nicht auf einen aggressiven Nationalsozialismus aus, sondern versuchte den französischen „Front National“ zu

---

<sup>29</sup> In 2005 wurde Griffin wiederum wegen der Aufstachelung zum Rassenhass angeklagt. Am 2. Februar 2006 wurde er jedoch frei gesprochen; die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt.

kopieren. Die Sprache wurde gemäßiger und die vorher von der Partei erhobene Forderung nach Ausweisung aller schwarzen Migranten wurde in den Hintergrund gerückt.

Neben dieser Mäßigung im öffentlichen Auftreten macht David Renton eine Verschiebung im öffentlichen Diskurs über Asylbewerber sowie die darauf folgenden Reaktionen der etablierten Parteien und der Polizei für die jüngsten Erfolge der BNP verantwortlich (vgl. Renton 2003: 77 ff.): Ende der 1990er Jahre seien Asylbewerber in das Licht der Aufmerksamkeit der englischen Presse geraten. Eine hochemotionale, übertriebene Berichterstattung habe vor einer „Invasion“ illegaler Migranten und der von ihnen ausgehenden Gefahr gewarnt. Auf diese Debatte habe die Labour-Regierung seit 1999 mit einer Reihe von Verschärfungen des Asylgesetzes reagiert und damit bestehende Ressentiments noch weiter verfestigt. Die BNP konnte von dieser erhöhten Aufmerksamkeit für eines ihrer zentralen Themen profitieren.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war es wiederum die BNP, die sich profilieren konnte: diesmal unter Ausnutzung der allgemeinen Hysterie und der gestiegenen Aufmerksamkeit für die muslimischen Migranten, die als potentielle Terroristen verdächtigt wurden (vgl. Renton 2003: 80 ff.). Weitere öffentliche Aufmerksamkeit konnte die BNP durch den Erfolg von Jean-Marie Le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 verbuchen, bei denen er als Kandidat des rechtsextremen Front National mit einem Ergebnis von über 16 Prozent der Stimmen in die zweite Runde gelangte. Daraufhin wurde einerseits erstmals in der britischen Boulevardpresse vor der Gefahr durch die BNP gewarnt (s. Abb. 2), gleichzeitig erschienen aber in der Mainstreampresse auch eher neutrale oder sympathisierende Berichte über Kandidaten der BNP, in denen diese ihre Ideen und Überzeugen darlegen konnten (vgl. Renton: 2003: 80). Gleichgültig in welcher Form die Thematisierung ver-



lief, die BNP rückte damit aus ihrer marginalen Stellung ins Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit und konnte ihre Parolen einem großen Publikum zu Gehör bringen.

**Abb. 2: Sun-Titel „Bloody Nasty People“**

Weiteren Auftrieb erhielt die BNP nach dem vermeintlichen Fund größerer Mengen des Giftes Ricin bei einer Gruppe von Asylbewerbern im Januar 2003.<sup>30</sup> Die britische Skandalpresse stürzte sich auf dieses Ereignis und schürte die Angst vor muslimischen Terroristen. In mehreren Städten des Landes kam es darauf hin zu Protesten gegen den Bau oder die Etablierung neuer Unterkünfte für Asylbewerber. Bei Lokalwahlen in Halifax konnte die BNP auf dem Höhepunkt der aufgeregten Debatte einen council seat gewinnen (Renton 2003: 81).



<sup>30</sup> Später stellte sich heraus, dass in einer Wohnung zwar chemische Komponenten gefunden wurden, die für die Herstellung von Ricin benutzt werden können und auch entsprechende Anleitungen zur Herstellung von Ricin und anderer Gifte gefunden wurden, von dem Gift selbst konnte aber nach eingehenden Untersuchungen keine Spuren festgestellt werden. (vgl. <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4433499.stm>). In den darauf folgenden Prozessen wurde lediglich einer der Tatverdächtigen zu einer Haftstrafe verurteilt, alle anderen Angeklagten wurden von den Vorwürfen freigesprochen.

In dieser Situation hatte der harte Kurs der Labour-Regierung in der Asylfrage einen gegenteiligen Effekt: anstatt die extreme Rechte zu marginalisieren wurden fremdenfeindliche Positionen im Mainstreamdiskurs legitimiert und die BNP konnte als originärer Vertreter derselben auftreten. Was Margaret Thatcher und den Tories noch 1979 gelungen war, nämlich den Souverän davon zu überzeugen, die wahre Sachverwalterin des Volkswillens und des „gesunden Volksempfindens“ zu sein, wurde der Labour-Regierung unter Blair – zumindest in der Ausländerfrage – nicht mehr abgenommen.

In ähnlicher Weise wie auf den Ricin-Fund reagierte die BNP auf die Anschläge in der Londoner U-Bahn vom 7. Juli 2005 (s. Abb. 3) und auf die Proteste radikaler Muslime in London gegen die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen.<sup>31</sup>

Abb. 3: BNP-Flugblatt „Islamic Terror“

**ISLAMIC TERROR LABOUR FAILURE**

Who is to blame for the 7/7 Massacre? Muslims extremists? No. It is Labour for their being in the country. Labour, the Tories and the Lib Dems - with a bit of help from the BBC!

Why? Because all the big names worked together to turn our once diverse country into an unrecognisable multicultural mess. Their policies have given us a mix of our own and other cultures and religions - and we are to blame for it. Muslim police don't spot the illegal, terrorist threats or the suicide bombers.

As it is, the Politically Correct establishment do anything when the voters break the law that has allowed hundreds of thousands of illegal immigrants to flood our country. They've already turned our schools into a melting pot and now they are now fighting against our boys at 11/9. The Blair & Co do nothing to stop them. How long before we see another 9/11?

How/Where? Each Point? How/Where? Nick Griffin?

British National Party leader Nick Griffin is being prosecuted by the Labour Party's Attorney General under an anti-free speech grouping ban which is "letting the truth be suppressed".

Nick Griffin wanted last year that British judges condemn those who call him "Blair" and that when they did they would suffer for their actions or be gagged for life. The prosecution claim this is a breach of the "hate speech ban" - but who has been prosecuted? About your case for your freedom of speech?

It's standing up for the right to speak the truth. We in the British National Party are speaking up for your freedom. We stand for the very survival of the democracy and British traditions for which generations of our people have died.

**DON'T GET MAD - GET EVEN**

Yes, I want to help the BNP's political struggle to defeat the speed and British democracy.

Name: \_\_\_\_\_  
Address: \_\_\_\_\_  
Postcode: \_\_\_\_\_

To: No: \_\_\_\_\_

Please send me more information about the BNP  
 I want to join the BNP and receive the BNP newsletter (B.C.P.A.)  
 I would like a donation of £... to help in the BNP's legal battle for Freedom. Please make every penny count for the British National Party.

2005 TD, P.O. Box 14, Welwyn, Herts, SG13 7YU  
TEL: 0474 757 502

**BNP**

[www.bnp.org.uk](http://www.bnp.org.uk)

Quelle: [http://www.bnp.org.uk/pdf\\_files/IslamicterrorA5.pdf](http://www.bnp.org.uk/pdf_files/IslamicterrorA5.pdf)

31 Vgl. in der BNP-Parteizeitung Voice of Freedom, August 2005, S. 3 (<http://www.bnp.org.uk/freedom/Vof63-3.pdf> [5.3.2006]).

Nick Griffin setzt folgerichtig weiter besonders auf die Themen Ausländer und Migration. In einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ vom Juni 2005 sagte der BNP-Vorsitzende, dass „anti-Weiße und anti-westliche Welteinstellungen“ mittlerweile die „besten Rekrutierungsargumente“ für die Partei seien.<sup>32</sup> Griffin geht also von einer tief liegenden latenten Fremdenfeindlichkeit in der britischen Bevölkerung aus. Auf Anfrage der „Deutschen Stimme“ nennt Griffin seine Positionen, die allesamt der typischen Palette rechtsextremer Programmatik entsprechen: „Gegen Massenzuwanderung, gegen politische Korrektheit und gegen Multikulti, insbesondere gegen die schleichende Islamisierung. Für ein wirtschaftliches System, das britische Arbeiter zuerst berücksichtigt, für ein wahres und unverfälschtes politisches System und für die Wiedererlangung unserer Freiheit und Souveränität, insbesondere gegenüber der EU.“<sup>33</sup>

Wie z.B. auch die NPD in Deutschland versucht die BNP von tatsächlich vorhandenen Ressentiments und/oder gesellschaftliche Verwerfungen zu profitieren und diese populistisch zu thematisieren. So habe die BNP ihr bestes Wahlergebnis in Ost-London erzielt, „wo es eine regelrechte Flut von Asylbewerbern gibt“.<sup>34</sup> Hoch interessant ist in diesem Zusammenhang auch die folgende Frage der „Deutschen Stimme“ an Griffin:

„DS: Im Herbst sind in der BRD Bundestagswahlen. Könntest Du der nationalen Opposition aufgrund Deiner Erfahrung im jetzigen Wahlkampf einige Anregungen geben. Was sollte sie tun, was vermeiden?“

Nick Griffin: Erwartet nicht zuviel von nationalen Wahlen [...] Findet Wege, die kommende landesweite Wahl als einen weiteren Schritt

---

32 Deutsche Stimme (Nr. 5, Juni 2005, S. 18) , eingesehen unter: <http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2005/Sites/06-05-Griffin.html> (15.1.2006).

33 Ebd.

34 Ebd.

für die danach kommenden wesentlich kleineren Wahlen zu nutzen, wo die Nationalisten ein echter Konkurrent sein können [...] Aber das Wichtigste von allem ist vielleicht, daß, wenn Überfremdung, Globalisierung und kulturelle Zersplitterung überall gleichmäßig fortgesetzt werden, wir von der BNP dagegen auf eine Bewegung setzen, die dem Volk die Hoffnung gibt, daß ihre kulturelle Identität und Traditionen erhalten bzw. wiedererlangt werden können.“

An diesem Zitat wird zweierlei deutlich. Zum einen bestätigt Griffin hier, was auch die erklärte „Volksfront“ in Deutschland versucht: sich relevanter und brennender Themen wie Migration, die soziale Frage oder Globalisierung anzunehmen und diese in einem völkischen Sinne unter Zuhilfenahme von im Mainstream kompatiblen Begriffen wie kulturelle Identität oder Tradition zu beantworten. Zum anderen wird die taktische Neuorientierung der BNP unter Griffin angesprochen. Während die Partei unter Tyndall vor allem auf die landesweiten Wahlen setzte und hoffte, auf diesem Weg ins Aufmerksamkeitslicht der Medien zu rücken, legte Griffin, ähnlich wie zum Beispiel die NPD in Sachsen, größeren Wert auf die lokale Basisarbeit. Über den Weg der lokalen Verankerung der Parteiaktivisten, ihr Engagement auf der Gemeindeebene sollte politische Legitimität und Glaubwürdigkeit erarbeitet werden.

#### *Die BNP bei Wahlen*

Weil das britische Wahlsystem strukturell die beiden großen Parteien, Labour und die Konservativen, bevorzugt, konzentrieren sich die kleineren Parteien traditionell auf die Kommunalwahlen. Bei den Unterhauswahlen konzentriert man sich auf einzelne, von den großen Parteien vernachlässigten Wahlkreise, in denen man größtmögliche Aufmerksamkeit erzielen kann.

Während die Wahlergebnisse in den 1980er Jahren größtenteils marginal blieben – 1983 erzielten ihre 53 Kandidaten durchschnittlich 1,3 Prozent der Stimmen – gab es in den 1990er Jahren allerdings einen kurzfristigen Aufschwung. In einer kommunalen Nachwahl konnte der Kandidat der BNP in Tower Hamlets, einem Stadtteil von Ost-London 20 Prozent der Stimmen gewinnen und 1993 wurde ein Kandidat in Millwall, einem Arbeiterbezirk in London mit 34 Prozent der Stimmen als Abgeordneter gewählt (vgl. Copsy 2004: 50-74). Diese Wahlerfolge wurden von einer Kampagne unter dem rassistischen Slogan „Rights for Whites“ („Rechte für Weiße“) begleitet (vgl. unten Fallbeispiel Tower Hamlets).

**Tabelle 7: Wahlergebnisse der BNP bei britischen Unterhauswahlen und Europawahlen (EW)**

Jahr	Kandidaten	Stimmenanteil landesweit (in Prozent)	Stimmenanteil landesweit (absolut)	Durchschnittlicher Stimmenanteil pro Kandidat (absolut)	Durchschnittlicher Stimmenanteil in Wahlbezirken mit BNP-Kandidat (in Prozent)
1983	54	0,05	14.621	271	0,6
1987	2	0,01	553	277	0,5
1992	13	0,02	7.005	539	1,2
1997	57	0,12	35.832	629	1,4
1999 (EW)	–	1,0	102.644	–	–
2001	33	0,18	47.129	1.428	3,9
2004 (EW)	–	4,9	808.200	–	–
2005	119	0,7	192.746	1.620	4,3

Quellen: Ignazi 2003: 178; Yonwin 2004: 7 f.; Taggart 2004; für 2005 Sonderseiten der BBC zur Wahl 2005<sup>35</sup>, Norris/Wlezien 2005: 677 und eigene Berechnung.

35 Vgl. <http://news.bbc.co.uk/1/shared/vote2005/html/scoreboard.stm> (9.3.2006).

Bei den folgenden Wahlen in den 1990er Jahren konnten einige weitere respektable Ergebnisse erzielt werden. Bei den Lokalwahlen von 1994 erreichten die 29 Kandidaten der Partei, die größtenteils in London und Umgebung antraten, durchschnittlich 8,4 Prozent. Fünf von ihnen erreichten mehr als 20 Prozent und der Kandidat in Newham erzielte sogar 33 Prozent. Allerdings wurde der 1993 gewählte Amtsinhaber in Millwall nicht wiedergewählt, obwohl er deutlich mehr Stimmen holen konnte als zuvor. Zusammen mit dem enttäuschenden Wahlergebnis von 1,4 Prozent bei den landesweiten Wahlen sorgte dieser Rückschlag für eine gedrückte Stimmung in der BNP. Ein Gefühl des Versagens machte sich in der Mitgliedschaft breit und die Attraktivität radikalerer Gruppierungen wie Combat 18 (siehe unten) wuchs (vgl. Ignazi 2003: 183 und Copsy 2004: 51 und 65 ff.).

Seit 1999 kann jedoch von einer Art zweiter Frühling der BNP gesprochen werden (vgl. Copsy 2004: 100-150; Renton 2003). Während die BNP bei den landesweiten Wahlen zum britischen Unterhaus nur sehr schwache Ergebnisse verbuchen konnte und weit davon entfernt blieb, einen Kandidaten in das britische Unterhaus zu entsenden, konnte sie bei Kommunalwahlen seit 1999 eine Serie von guten Ergebnissen erzielen und mit mehreren Kandidaten in Kommunalparlamente einziehen.

Bei den landesweiten Wahlen 2001 erreichten die 33 Kandidaten der Partei 47.129 Stimmen und damit 0,2% der insgesamt in Großbritannien abgegebenen Stimmen. Sieben Kandidaten allerdings erreichten über fünf Prozent der Stimmen und konnten damit das hinterlegte Pfand von 500 Pfund bewahren (vgl. Yonwin 2004: 5f.).<sup>36</sup> Bei den Lokalwahlen 2002

---

36 Das britische Wahlrecht sieht vor, dass Kandidaten bei einer Wahl ein Geldpfand hinterlegen, das sie im Fall des Überschreitens einer bestimmten Prozenzhürde wiederbekommen. Die Geldbeträge und Prozenzhürden sind unterschiedlich bei den verschiedenen Wahlen, im Fall der Unterhauswahlen liegen sie bei 500 Pfund und fünf Prozent. Damit sollen Spaßkandidaten („frivolous candidates“) abgeschreckt werden. Diese Regelung ist nicht unumstritten, da sie Kandidaten kleinerer Parteien und Unabhängige benachteiligt. Es gibt ernsthafte Bestrebungen, diese Regelung abzuschwächen und die Prozenzhürden zu senken.

erreichten die 67 Kandidaten der BNP 30.998 Stimmen in 26 Wahlbezirken),<sup>37</sup> sechs Kandidaten wurden gewählt, drei davon in Burnley (vgl. Young 2003: 3).<sup>38</sup>

**Tabelle 8: Ergebnisse der BNP bei Kommunalwahlen**

Jahr	Kandidaten	Stimmen insges. (absolut)	durchschnittl. Stimmenanteil pro Kandidat (absolut)	durchschnittl. Stimmenanteil pro Kandidat (in Prozent)	erzielte Mandate
2002	67	30.998	463	16,0	6
2003	217	101.378	467	17,2	13
2004	309	189.702	614	16,1	14

Quellen: Young 2003, Yonwin 2004 und eigene Berechnung.

Bei den Kommunalwahlen 2003 verstärkte die BNP ihre Bemühungen und schickte 217 Kandidaten in 71 Bezirken ins Rennen. 13 Kandidaten wurden gewählt und insgesamt konnte die BNP über 100.000 Stimmen gewinnen. Durchschnittlich erhielten die Kandidaten 17% der Stimmen (vgl. Yonwin 2004: 4). In Burnley gewann die BNP sieben Sitze dazu, hielt nun acht der 45 Ratssitze und stellte damit nach Labour die zweitgrößte Partei in dem Kommunalparlament.<sup>39</sup>

Bei den Kommunalwahlen vom 10. Juni 2004 konnte die BNP 14 Sitze gewinnen und damit die Gesamtzahl ihrer Ratssitze auf 21 erhöhen (vgl. Ebd.).<sup>40</sup>

37 Die Kandidaten erhielten durchschnittlich 16% der Stimmen bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 35% (vgl. Yonwin 2004: 3).

38 Bei dem Paper von Yonwin handelt es sich um eine erweiterte Fortschreibung dieses Titels, allerdings mit einigen Kürzungen im Text.

39 Vgl. die Resultate der Lokalwahlen 2003 unter <http://politics.guardian.co.uk/elections/tables/0,13008,947922,00.html> [10.2.2006] und die Berichterstattung der BBC: „BNP becomes Burnley’s second party“, unter: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/england/lancashire/2994563.stm> (1.3.2006).

40 Insgesamt gingen 309 Kandidaten in 59 Bezirken für die BNP ins Rennen. Die Partei kam auf 189.000 Stimmen und ihre Kandidaten erzielten durchschnittlich 16,1 Prozent der Stimmen. Die größten Erfolge erzielte die BNP 2004 in Bradford, wo sie vier Sitze gewinnen konnte, sowie in Calderdale und Epping Forest mit jeweils drei Sitzen. Vgl. die Resultate der Wahlen unter: <http://politics.guardian.co.uk/elections2004/tables/0,14549,1231654,00.html> [10.2.2006], sowie Mellows-Facer/Yonwin (2004).

Bei den Unterhauswahlen 2001 erreichten die 33 Kandidaten der BNP durchschnittliche 3,9 Prozent, zusätzlich traten noch fünf Kandidaten der NF an, die durchschnittlich 1,5 Prozent gewannen. Landesweit erreichte die BNP mit 47,129 Stimmen 0,18 Prozent der gesamten Stimmen, die NF blieb bei kaum messbaren 0,01 Prozent.<sup>41</sup> Allerdings gelang es sieben Kandidaten der BNP über fünf Prozent zu bekommen und damit das Wahlpfand („deposit“) zu sichern. Die besten Ergebnisse wurden in zwei Wahlkreisen in Oldham mit 16,4 und 11,2 Prozent, sowie in Burnley mit 11,3 Prozent erzielt (vgl. Yonwin 2004: 5f.).

Bei den Europawahlen 2004 konnte die BNP landesweit 4,9 Prozent der Stimmen gewinnen und damit ihr Ergebnis gegenüber den Wahlen von 1999 um 3,8% steigern (vgl. Taggart 2004).<sup>42</sup> Noch deutlicher fiel die Steigerung der Wählerstimmen aus, hier konnte die BNP ihr Ergebnis von 1999 mit 102.644 Stimmen fast verachtfachen und erreichte 808.200 Stimmen.<sup>43</sup> Bei diesen Wahlen konnte sie in ihrer Hochburg Burnley mit 16,7% ihren höchsten Stimmenanteil erzielen (vgl. Ebd.). Es wird deutlich, dass die BNP trotz des für sie ungünstigen Verhältniswahlrechts in ihren kommunalen Hochburgen außerordentlich gut abschneidet.

Nick Griffin erhebt im Rechenschaftsbericht seiner Partei an die vom britischen Parlament eingerichtete Wahlkommission schwere Betrugsvorwürfe: Ohne den „massiven Wahlbetrug, der von Offiziellen der Labour-Partei organisiert wurde“ hätte die Partei bei den Wahlen „einen oder zwei Sitze“ im Europäischen Parlament gewinnen können.<sup>44</sup> Eine

---

41 Vgl. Yonwin, S. 5 f. und „BNP sees increase in total votes“, [http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk\\_news/politics/vote\\_2005/frontpage/4519347.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/vote_2005/frontpage/4519347.stm). Ich habe keine direkte Referenz für die erzielten Wählerstimmen bei den Wahlen 2001...nur den BBC-Vergleich 2001-2005. Reicht uns das?

42 Detaillierte Wahlergebnisse nach Regionen unter: <http://politics.guardian.co.uk/elections2004/tables/0,14549,1234741,00.html> [10.2.2006].

43 Über die Fünf-Prozent-Hürde kam die BNP in den Regionen East Midlands, dem North East, North West, den West Midlands, Yorkshire & The Humber. Vgl. <http://politics.guardian.co.uk/elections2004/tables/0,14549,1234741,00.html> [10.2.2006].

44 Rechenschaftsbericht der BNP an die Electoral Commission, S. 1f. (British National Party Statement of Accounts for 2004, Online unter: <http://www.electoralcommission.org.uk/templates/search/document.cfm/13262> [10.2.2006]).



unabhängige Wahlkommission konnte diese vor allem gegen die Briefwahl gerichteten Anschuldigungen nicht bestätigen,<sup>45</sup> es gelang der BNP jedoch geschickt, dieses Thema propagandistisch auszuschlachten und sich als vom „Establishment“ benachteiligte, wahre Sachverwalterin des Volksinteresses darzustellen.

Bei den Unterhauswahlen 2005 erreichte die BNP mit 192.746 Stimmen absolut 0,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sie konnte ihr Ergebnis gegenüber den Wahlen von 2001 zwar um 0,5 Prozent steigern, blieb aber deutlich im Bereich der Splitterparteien.<sup>46</sup>

Laut Griffin baut die Partei auch zukünftig auf kommunale und regionale Wahlen, die wieder im Mai 2006 anstehen. Wie er der „Deutsche Stimme“ in einem Interview verriet, diene die Teilnahme an den Unterhauswahlen vordringlich dem Erhalt der Stammwählerschaft und der Gewinnung von Fähigkeiten, „die wir für die Zukunft nutzen können“. Dazu gehöre erstmalig der Eigendruck von „sechs Millionen Wahlkampfbrochüren auf eigens dafür gekauften Maschinen“.<sup>47</sup>

### *Die BNP heute*

Wie dargestellt, ist die BNP heute die zentrale rechtsextreme Organisation in Großbritannien. Trotz der unter Nick Griffin erzielten Erfolge und einem steten Anstieg der Mitgliederzahlen dürfen die Rekrutierungs-

---

45 The Electoral Commission, „Delivering democracy? The future of postal voting“, August 2004, S. 6 (online unter: <http://www.electoralcommission.org.uk/templates/search/document.cfm/10935> [10.2.2006]). Weiter zu den Betrugsvorwürfen: Isobel White, „Postal Voting and Electoral Fraud“, Online unter: <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/notes/snpc-03667.pdf> [10.2.2006].

46 Vgl. die Wahlergebnisse auf den Webseiten der BBC unter: <http://news.bbc.co.uk/1/shared/vote2005/html/scoreboard.stm> [10.2.2006].

47 Deutsche Stimme (Nr. 5, Juni 2005, S. 18), eingesehen unter: <http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2005/Sites/06-05-Griffin.html> (15.1.2006).

und Mobilisierungsfähigkeiten der BNP jedoch nicht überschätzt werden (vgl. auch Renton 2003: 83 f.). Mit knapp 8000 Mitgliedern, über die sie nach eigenen Angaben verfügt – einer Zahl die vom britischen Rechts-extremismuskforscher Nigel Copsey als realistisch eingeschätzt wird<sup>48</sup> – liegt die Partei aber immer noch deutlich unter denen der NF in ihren Hochzeiten. Hinzu kommt, dass es Anzeichen für eine hohe Fluktuation der Mitglieder gibt. So hätten angesichts ausbleibender Wahlerfolge bei Kommunalwahlen 40 Prozent der Mitglieder in Englands Süd-Westen ihre Mitgliedschaft nicht erneuert. Ähnlich sähe es auch in anderen Regionen aus.<sup>49</sup> Damit ist ihre Personal- und Aktivistenbasis zu schwach, um eine effektive Organisation aufzubauen und landesweit präsent zu sein (vgl. Renton 2003: 84).

**Tabelle 9: Mitgliederentwicklung der BNP<sup>50</sup>**

<b>Jahr</b>	<b>Mitgliederzahl</b>
1988	ca. 800-1.000
1990	ca. 1.000
1995	700
1999	1.353 <sup>51</sup>
2001	2.137
2002	3.487
2003	5.737
2004	7.916

Quellen: für 1988-1999 Copsey 2004: 42,44, 48, 67, 106; für 2001-2004: Rechenschaftsberichte der BNP an die Electoral Commission.<sup>52</sup>

48 E-Mail an die Autoren.

49 E-Mail von Nigel Copsey an die Autoren.

50 Erst mit der Einrichtung der Electoral Commission veröffentlicht die BNP seit 2001 regelmäßig Angaben über ihre Mitgliederzahlen. Die Zahlen für die Jahre davor beruhen meist auf Schätzungen aus antifaschistischen Kreisen.

51 Lt. Angabe der BNP-Parteizeitung Identity.

Neue Mitglieder konnten hauptsächlich in den Kernregionen, etwa in Burnley oder in Oldham, gewonnen werden. Ein Großteil der Aktivisten hat eine langjährige Neonazi-Karriere hinter sich, die teilweise bis in die 1970er Jahre zurückreicht. Massendemonstrationen, die mit denen des deutschen Rechtsextremismus am 1. Mai oder in Wunsiedel vergleichbar wären, kann die Partei nicht vorweisen. Zum „Red, White and Blue“-Festival, eine Lebenswelt-Veranstaltung vergleichbar mit dem Deutsche-Stimme-Pressfest, konnte die Partei 2003 aber immerhin 1.500 Personen mobilisieren.<sup>53</sup>

Eine „Volksfront“ nach deutschem Vorbild ist in Ermangelung relevanter Partner nicht in Sicht. Wie der folgende Abschnitt zeigen wird, ist auch das nicht-parteiliche Spektrum im Vereinigten Königreich qualitativ wie quantitativ schwach aufgestellt.

### *3.2 Nicht-parteiliches Spektrum (groupuscules)*

Neben der National Front und der British National Party, den beiden bedeutendsten Parteien des britischen Rechtsextremismus, besteht – ähnlich wie in Deutschland – ein Spektrum des nicht-partEIFörmig organisierten Rechtsextremismus. Zu den Gruppierungen der „groupuscular right“ in Großbritannien gehören etwa Blood & Honour und Combat 18.

---

52 Rechenschaftsbericht der BNP an die Electoral Commission, o.P. (British National Party, Statement of Accounts for the year ending 31 December 2002, Online unter: <http://www.electoralcommission.org.uk/templates/search/document.cfm/7920> [10.2.2006]); Rechenschaftsbericht der BNP an die Electoral Commission, S. 7 (British National Party; Statement of Accounts – Year ended 31 December 2003, Online unter: <http://www.electoralcommission.org.uk/templates/search/document.cfm/11522> [10.2.2006]); Rechenschaftsbericht der BNP an die Electoral Commission, S. 11 (British National Party; Statement of Accounts – Year ended 31 December 2004, Online unter: <http://www.electoralcommission.org.uk/templates/search/document.cfm/13262> [10.2.2006])

53 Vgl. Nick Lowles, „Red, White and Blue Festival ends up Black and Blue“, in: Searchlight, Sept. 2003, unter: <http://www.searchlightmagazine.com/index.php?link=template&story=33> (2.3.2006).

Mitte der 1980er Jahre versuchte die National Front vermehrt auf die englische Skinheadszene einzuwirken und organisierte als Gegenreaktion zu den vermehrt stattfindenden „Rock Against Racism“-Konzerten ihrerseits „Rock Against Communism“-Konzerte mit einschlägigen Bands wie „Skrewdriver“ und „No Remorse“. Aus den hieran Beteiligten erwuchs das maßgeblich vom Skrewdriver-Sänger Ian Stuart Donaldson geprägte Blood & Honour-Netzwerk, das sich seither durch die Verbreitung von neonazistischer Musik und der Organisation von (illegalen) Konzerten in der europäischen Neonazi-Szene einen legendären Ruf erwarb (vgl. Searchlight u.a. 2001; Dornbusch/Raabe 2002; Archiv der Jugendkulturen 2001; Menhorn 2001: S. 76-93; Grumke/Wagner 2002: 357ff.). In einem Donaldson zugeschriebenen Zitat heißt es: *„Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen, besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.“* (zit. nach Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (o.J.)).

Blood & Honour versteht sich auch heute als neonazistische Organisation, die über ihre Einbindung in die Naziskinheadszenen versucht, für diese Konzerte zu veranstalten und Tonträger mit entsprechenden politischen Inhalten zu vertreiben. Ganz im Geiste von Donaldson soll mit Hilfe von Musik neonazistische Ideologie unter Jugendlichen verbreitet werden. Ableger von Blood & Honour gibt es mittlerweile in vielen europäischen Staaten und in den USA. In Deutschland wurde die Organisation im September 2000 von Bundesinnenminister Schily verboten, es gibt aber deutliche Hinweise darauf, dass deren Mitglieder weiterhin aktiv sind.

Das politische Betätigungsfeld von Blood & Honour geht aber über die subkulturelle Dimension hinaus. Auf der Webpräsenz von B&H wird die hohe Bedeutung von Combat18 (C18), einer englischen Terrorgruppe,

innerhalb der Organisation deutlich.<sup>54</sup> C18 wurde 1992 als Schutztruppe und militanter Arm der BNP gegründet, radikalisierte sich in der Folgezeit aber und wandte sich vom parlamentaristischen Kurs Tyndalls hin zu einer aktionistischen Richtung, bei der Gewalt gegen die „Rassenfeinde“ eine große Rolle spielte (vgl. hierzu und zum Folgenden Copsey 2004: 65 ff.). Im Juni 1994 wurde dann mit der „National Socialist Alliance“ ein eigenständiger politischer Arm gegründet. C18 übte auf einen nicht unerheblichen Teil der Mitgliedschaft der BNP eine große Attraktion aus und Mitte 1995 gab C18 an, dass drei Viertel der jungen Londoner Aktivisten auf ihre Seiten gewechselt waren. Tyndall setzte sich nur halbherzig gegen diese Radikalisierungstendenzen zur Wehr, einerseits verurteilte er die Aktivitäten von C18 und schloss in einem Rundschreiben im Dezember 1993 deren Mitglieder aus, ohne allerdings diesen Beschluss ernsthaft durchzusetzen, auf der anderen Seite versuchte er, sich als hardliner darzustellen und lud etwa William Peirce, den Autor der „Turner Diaries“ und einen der geistigen Väter von C18, zu einer Parteiversammlung im November 1995 ein. Wichtiger noch war, dass es gelang Nick Griffin, der damals noch zu den Radikalen gehörte, in die BNP einzubinden. Griffin gelang es, einen Teil der C18-Anhänger wieder in die Partei einzubinden.

C18 werden u.a. die Nagelbombenanschläge von David Copeland in London 1999 zugerechnet. Copeland war Mitglied der BNP und wurde 1997 neben dem damaligen Parteivorsitzenden John Tyndall fotografiert. Im Jahr 1998 wechselte er zu einer kleinen Splittergruppe namens „National Socialist Movement“.<sup>55</sup> Nach internen Streitigkeiten verlor C18 aber an Einfluss und Mitgliedern. Graeme Atkinson, Autor des britischen Antifa-Magazins Searchlight, schätzt, dass C18 mittlerweile nur noch über 40 Aktivisten und etwa 40 Unterstützer verfügt.<sup>56</sup> Die Aktivitäten werden nun von einer Ableger-Organisation, der „Racial Volunteer Force“ weitergeführt.

---

54 Vgl. <http://www.skrewdriver.net/index2.html> (2.3.2006).

55 Vgl. den Bericht der BBC zu Copeland unter: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/781755.stm> (2.3.2006).

56 <http://www.xs4all.nl/~afa/alert/engels/combat18.html> [5.3.2006].

B&H-Anhänger sind auch verwoben mit einer anderen groupuscule, der „British People’s Party“ (BPP), die auf ihrer Webpräsenz den verstorbenen John Tyndall als ihren „spirituellen Führer“ bezeichnet.<sup>57</sup> In ihrer Selbstdarstellung wird die radikale Positionen deutlich, welche die BPP einnimmt, um sich vor allem von der BNP abzugrenzen. Als Gründe, sich der BPP und nicht der BNP anzuschließen, werden genannt: „1. We will never compromise our principles for the sake of trying to look „respectable“; 2. We will take the battle on to the streets, factories and estates and meet the enemy head on.“<sup>58</sup>

Mit der „White Nationalist Party“ (WNP) gab es seit Mitte 2002 eine weitere Partei der extremen Rechten. Sie entstand als Abspaltung der BNP und aus Protest gegenüber dem gemäßigten Kurs von Nick Griffin.<sup>59</sup> In einer auf der Webseite der WNP veröffentlichten Abrechnung wird diesem vorgeworfen, inkonsistent zu sein und wechselnde Ansichten zu zentralen Themen wie „Rasse und Immigration“ zu äußern.<sup>60</sup> Die Mitglieder der WNP schlossen sich Mitte 2005 der neugegründeten Nationalist Alliance an, die ebenfalls einen radikalen, rassistischen Kurs verfolgt.<sup>61</sup> Die Nationalist Alliance wurde von Mitgliedern der Spearhead Group gegründet. Spearhead war ein Magazin, das bis zu seinem Tod im Juli 2005 von John Tyndall maßgeblich geprägt wurde.<sup>62</sup>

Eine Gruppe, auf die die BPP positiv Bezug nimmt, ist „International Third Position“ (ITP). ITP wurde gegründet von Roberto Fiore, Nick Griffin und Derek Holland<sup>63</sup> im Sinne der Idee des „Politischen Solda-

---

57 Vgl. <http://www.bppuk.org> (2.3.2006).

58 <http://www.aryanunity.com/secretarymessage.html> (2.3.2006).

59 Homepage der Partei unter: <http://www.aryanunity.com/WNP/> [5.3.2006].

60 Vgl. <http://www.aryanunity.com/WNP/griffinfile.html> [6.3.2006].

61 Vgl. die Homepage der Nationalist Alliance unter <http://www.allnationalist.com/> [5.3.2006].

62 Vgl. <http://www.spearhead.com> (6.3.2006).

63 Roberto Fiore ist Führer der italienischen „Forza Nuova“. Im November 2003 schloss sich „Forza Nuova“ mit dem „Movimento Sociale - Fiamma Tricolore“ (MSFT) und der „Fronte Sociale Nazionale“ (FSN) zu einem Bündnis „Alternativa Sociale“ zusammen. Die drei Splitterparteien erhielten mit Alessandra Mussolini, Enkelin des „Duce“, eine prominente Frontfrau, die bei den Europawahlen 2004 in das Europa-Parlament einziehen konnte. Derek Holland war früher in der NF aktiv und schrieb mehrfach für das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ (vgl. z.B. <http://www.deutsche-stimme.de/Sites/03-02-Thema-mitte.html>; 11.3.2006), hat sich aber aus der aktiven Politik weitgehend zurückgezogen.

ten“. ITP fühlt sich den nationalrevolutionären Ideen der Gebrüder Strasser verpflichtet (vgl. dazu auch Döring 2006). Griffin verließ die Gruppe schon kurz nach der Gründung wieder, um sich später der BNP zuzuwenden und auch Holland scheint sich hier nicht mehr zu engagieren. ITP benannte sich 2001 in „England First“ um. Diese Gruppe ist wiederum interessant aufgrund ihrer Beteiligung an der „European National Front“ (vgl. Kap. V), deren Vorsitzender wiederum Fiore ist.<sup>64</sup> Aber über eine im hohen zweistelligen Bereich zu vermutende Anhängerschaft, einige kleinere Publikationen (u.a. „Final Conflict“<sup>65</sup>) und zahlreichen internationalen Kontakten hinaus kann ITP/England First keinen größeren Einfluss im britischen Rechtsextremismus entfalten.

Eine weitere Gruppierung der „groupuscular right“ in Großbritannien ist die „National Revolutionary Faction“ (NRF) (vgl. Macklin 2005). Die NRF wurde 1996 von Troy Southgate, einem Aktivist der „National Front“ gegründet. Sie vertritt einen „nationalen Anarchismus“, der sich aus radikal antikapitalistischen und anti-marxistischen Versatzstücken zusammensetzt. Ziel der „anarchistischen“ Agenda ist die Bildung autonomer ländlicher Gemeinschaften, die in einem dezentralen, pan-europäischen Rahmen zusammenarbeiten sollten. Die NRF positioniert sich „jenseits von rechts und links“ und versucht eine Synthese von Faschismus und Anarchismus herzustellen. Die NRF versucht Anschluss an jugend- und subkulturelle Strömungen zu gewinnen, etwa die Industrial- oder Heavy Metal Musikszene, sowie heidnische, esoterische oder satanistische Kreise.

Nicht im engeren Sinn zu den rechtsextremen groupuscules gehören die zahlreichen Hooligan-Gruppierungen in Großbritannien. Für das Gesamtbild sind sie dennoch wichtig, weil viele von ihnen offen rassistisch

---

64 Siehe <http://www.europeannationalfront.com> (2.3.2006).

65 <http://englandfirst.netfirms.com/My%20Web%20Pages/finalconflictmagazine.htm> (2.3.2006).

sind und Hooligans nicht nur an Schlägereien untereinander, sondern auch an rassistisch motivierten Ausschreitungen beteiligt sind.<sup>66</sup> So gehörten Mitglieder der Hooligan-Szene des FC Burnley zu den „Schlüsselfiguren“ bei den Unruhen in Burnley (Burnley Task Force Report: 262; s. auch unten Fallbeispiel Burnley).

Trotz der quantitativ hohen Zahl an rechtsextremen groupuscules in Großbritannien liegt hier insgesamt eine qualitativ sehr schwache Szene vor. Die vorgestellten Gruppen sind kaum miteinander vernetzt, stellen häufig Abspaltungen voneinander dar, deren Hauptvertreter ideologisch wie persönlich über Kreuz liegen. Von einer rechtsextremen sozialen Bewegung kann in Großbritannien nicht gesprochen werden.

#### ***4. Komparative Analyse***

Vergleicht man den Rechtsextremismus in Deutschland und Großbritannien, so lassen sich eine Reihe von Unterschieden, aber auch von Gemeinsamkeiten ausmachen.

In Deutschland gibt es eine stark ausdifferenzierte Szene mit drei Wahlparteien, die alle auf Länderebene in den 1990er Jahren Erfolge verbuchen konnten. Mit den Republikanern, der im historischen Vergleich nach wie vor erfolgreichsten Partei der extremen Rechten in der Bundesrepublik, gibt es eine populistisch orientierte Partei, die sich allerdings seit geraumer Zeit im Niedergang befindet. Die DVU hat als Phantompartei ihres Vorsitzenden Frey zwar einige spektakuläre Wahlerfolge erreicht und ist zur Zeit in den Landtagen von Brandenburg und Bremen

---

<sup>66</sup> Vgl. einführend Sir Norman Chester Centre for Football Research (Univ. of Leicester): Fact Sheet 6: Racism and Football, online unter: <http://www.le.ac.uk/footballresearch/resources/factsheets/fs6.html> [6.3.2006].



vertreten, sie verfügt aber kaum über lokale Verankerung und stellt eine typische Protestpartei dar. Mit der NPD hat sich seit Mitte der 1990er hingegen eine Partei entwickelt, der es in Ansätzen gelungen ist, Anschluss an die soziale Bewegung des Rechtsextremismus zu gewinnen und in Teilen Ostdeutschlands (v.a. in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) funktionierende lokale Strukturen aufzubauen.

Gleichzeitig und in großem Maße unabhängig von den Parteien gibt es starke bewegungsförmige Elemente. Gerade die flächendeckend vorhandenen Kameradschaften, Aktionsbüros, regionalen rechtsextremen Gruppierungen (*groupuscules*), die den radikalen oder fundamentaloppositionellen Flügel des Rechtsextremismus darstellen, sind stark politisiert, aktionistisch orientiert und haben seit den 1980er/1990er Jahren eine wachsende Bedeutung erfahren. Zusammen mit der Ausbildung einer jugendlichen, maskulin geprägten Jugendkultur haben diese Elemente wesentlich zur Dynamisierung des Rechtsextremismus in Deutschland beigetragen. Parteien und Bewegungselemente sind regional in ganz Deutschland vertreten, Schwerpunkte liegen aber in den ökonomisch deprivierten fünf neuen Ländern Ostdeutschlands.

In Großbritannien hingegen handelt es sich um eine weitgehend marginalisierte Szene, die personell und organisatorisch sehr viel schwächer ist als in Deutschland. Die National Front war lange Zeit die bedeutendste und erfolgreichste Partei der britischen extremen Rechte bezüglich der Mitgliederstärke und ihrer Wahlerfolge in den 1970er Jahren. Nachdem in den 1980er Jahren ein langsamer Niedergang einsetzte, die Partei mehrere Spaltungen erlebte und die übriggebliebenen Mitglieder sie mit einem radikalen Kurs ins Abseits trieben, ist sie heute allerdings fast bedeutungslos. In den 1990er Jahren trat die BNP die Nachfolge der NF an. Erste Wahlerfolge Anfangs der 1990er Jahre wurden allerdings immer wieder durch Radikalisierungstendenzen unter Tyndall verspielt. Erst

mit der Modernisierung unter Griffin, dem Bemühen um ein moderateres Auftreten und einen Kampf um Legitimität konnten wieder Erfolge bei Kommunalwahlen und eine Steigerung der Mitgliederzahlen erreicht werden. Die weiteren Kleinstparteien sind ohne Bedeutung.

Charakteristisch für die britische extreme Rechte ist, dass hier die bewegungsförmigen Elemente weitgehend fehlen. Rechtsextreme groupuscules sind in England nur in geringem Ausmaß vorhanden, kaum miteinander vernetzt und in Quantität und Qualität nicht mit den deutschen vergleichbar. Damit fehlt die in Deutschland vorhandene Aktivistenbasis und anstatt eines Miteinander arbeiten im Vereinigten Königreich groupuscules hauptsächlich gegeneinander – nicht selten als konkurrierende Abspaltung der Abspaltung. In Großbritannien können Rechtsextremisten sich hauptsächlich bei Wahlen hervortun, aber keine „Faschisierung der Provinz“ betreiben, wie sie Staud (2005) insbesondere für Ostdeutschland konstatierte (vgl. dazu auch Kapitel V). Hier ist der zur Bewegung gereifte Rechtsextremismus in Deutschland wesentlich erfolgreicher.

Bezüglich der Aktionsformen lassen sich ebenfalls Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Deutschland und Großbritannien feststellen. Eine mit dem deutschen Fall vergleichbare Welle fremdenfeindlicher und rechtsextrem motivierter Straf- und Gewalttaten mit Höhepunkt in den Jahren 1990-93 mit pogromartigen Ausschreitungen und die seitdem verbreitete rechtsextreme Alltagsgewalt mit Schwerpunkt in den neuen Bundesländern hat es in Großbritannien nicht gegeben. Gleichwohl gibt es auch in Großbritannien eine besorgniserregende Anzahl rassistisch motivierter Straf- und Gewalttaten. Terroristische Aktivitäten und Anschlagsvorbereitungen hingegen hat es in beiden Ländern gegeben, die Ausmaße und Folgen waren in Großbritannien deutlich größer. Generell gesehen blieben diese Tendenzen jedoch marginal und fanden keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Gerade in Deutschland wird diese Form politischer

Gewalt auch von der Szene selbst in großem Maße abgelehnt, da man sich dadurch die Zustimmung der Bevölkerung verbaue. Andere Formen militanter Aktionen (Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung, Gewalt gegen politische Gegner/Antifa etc.) werden von Teilen der Szene aber akzeptiert und zumindest für die frühen 1990er Jahre muss man von einer teilweisen Duldung und schweigenden Zustimmung von Gewalt gegen Ausländer (v.a. gegen Asylbewerber) in der deutschen Bevölkerung ausgehen.

Nach den gesellschaftlichen Gegenbewegungen zur rechtsextremen Gewaltwelle kam es aber zu Bestrebungen sowohl der NPD, als auch von Teilen der Kameradschaften und rechtsextremen Bewegungsunternehmen (vgl. Erb 2006), die Gewalt einzudämmen. Besonders seit dem Verbotsverfahren achtet die NPD darauf, sich von Gewalt zu distanzieren (vgl. Klärner 2006), was jedoch nicht immer bis in die letzte Parteiuntergliederung beherzigt wird.

Auch wenn vereinzelt Demonstrationen von Anhängern der BNP oder anderer rechtsextremer Gruppierungen in Großbritannien stattfinden, so gibt es dort keine mit der in Deutschland verbreiteten „Demonstrationspolitik“ (vgl. Virchow 2006) vergleichbare Frequenz und Qualität öffentlicher Aktionen. In Deutschland finden diese Demonstrationen beinahe wöchentlich z.T. in mehreren verschiedenen Orten in allen Teilen des Landes statt. Die Teilnehmerzahlen bewegen sich meist im Bereich von 150-400 Teilnehmern, einzelne Großereignisse (DS-Pressesfest; Rudolf-Heß-Marsch, Halbe, 1. Mai) ziehen aber bis zu 7.000 Teilnehmer an.

Ein Eindruck von der unterschiedlichen Stärke der beiden Szenen lässt sich auch anhand der Internetseiten gewinnen. Während die deutsche Szene mit zahlreichen, teilweise professionell gestalteten Seiten vertreten und überaus gut vernetzt ist, fallen viele britische Seiten durch ihr einfaches, fast schon dilettantisches Layout auf.

Hinsichtlich der Kontextbedingungen wurde oben bereits auf den wichtigen Faktor der unterschiedlichen Wahlsysteme hingewiesen. Das englische Mehrheitswahlrecht benachteiligt systematisch kleinere Parteien, während diese im deutschen Verhältnisrecht wesentlich bessere Chancen auf Repräsentation im parlamentarischen System haben. Neben diesem offensichtlichen Unterschied gibt es eine ebenso bedeutende Gemeinsamkeit in den Kontextbedingungen. Offen nazistische und faschistische Positionen sind in beiden Ländern gleichermaßen geächtet (zum Begriff der „sozialen Ächtung“ vgl. Stallberg 1996). In Großbritannien gelten sie als unbritisch, in Deutschland gehört der Kampf gegen den Rechtsextremismus aufgrund der deutschen Vergangenheit zur Staatsraison. Die Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland ist davon bestimmt, diesem „als Ideologie, als Organisation oder Bewegung ‚nicht noch einmal‘ die Macht zur Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu überlassen“ (Klärner/Kohlstruck 2006: 7). Da offen nationalsozialistische Positionen in beiden Ländern gleichermaßen aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen sind – und die beiden einflussreichsten Parteien in beiden Ländern, die BNP und die NPD Erfahrungen mit der Marginalisierung aufgrund zu extremer, meist vergangenheitsbezogener Positionen haben – gab es immer wieder Versuche, diese Positionen zu „modernisieren“, einen weniger aggressiven Sprachgebrauch zu übernehmen, sich im öffentlichen Auftreten zu mäßigen und damit Akzeptanz zu gewinnen. Diese Versuche einer „taktischen Zivildisierung“ sind aber immer wieder einer strukturellen, „doppelten Ambivalenz“ unterworfen (vgl. Klärner 2006: 64 ff.). Die Parteien und teilweise auch die Bewegungs-groupuscules müssen sich einerseits nach außen gemäßigt präsentieren und allzu radikale Parolen unterlassen, gleichzeitig müssen sie aber auch den Gestus der radikalen, nationalistischen Opposition aufrechterhalten und nach außen demonstrieren. Auf der anderen Seite gilt diese Gleichzeitigkeit von Mäßigung und Radikalität nach innen auch im Bezug auf die eigene Anhängerschaft, diese muss diszipli-

niert werden, um das Bild in der Öffentlichkeit nicht zu beschädigen, im selben Moment aber muss das radikale Umsturzversprechen, das diese Gruppierungen für ihre Anhänger attraktiv macht immer wieder nach innen, sozusagen im Geheimen kommuniziert werden. Diese doppelte Ambivalenz und die Gleichzeitigkeit von Mäßigung und Radikalität führt immer wieder zu kalkulierten Tabuverletzungen im öffentlichen Diskurs, die auch als Signale an den radikalen Flügel zu verstehen sind, und zu unkontrollierten Äußerungen von Anhängern und Funktionären. Ebenso führt die Unmöglichkeit Mäßigung und Radikalität gleichermaßen glaubwürdig zu vertreten immer wieder zu Spannungen und Unzufriedenheit in der eigenen Anhängerschaft.

Ein wichtiges Element in diesem Versuch Respektabilität zu gewinnen ist die Thematisierung der sozialen Frage. Sie dient als *master frame* bei dem Versuch, in der Bevölkerung Resonanz zu finden und anschlussfähig zu werden. Im folgenden Kapitel wird die Bedeutung und Instrumentalisierung der sozialen Frage durch die extreme Rechte in Deutschland und Großbritannien skizziert und verglichen.



# III Zentrale Themen (Teil 1): Die soziale Frage

## *1. Deutschland*

Schon seit geraumer Zeit bemüht sich das rechtsextreme Spektrum, die „soziale Frage“ mit seinen politischen Inhalten zu besetzen und sich als ‚Rächer der sozial Benachteiligten‘ zu stilisieren. Versucht wird von weiten Teilen der rechtsextremen Szene, einen nationalen oder völkischen Sozialismus zu popularisieren, der sich gegen den „bankrotten“ westlichen Parlamentarismus und eine „kapitalistische Plutokratie“ richtet. Auch der rechtsextreme Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen und kommt nur denen zugute, die als zum eigenen Volk gehörig akzeptiert werden.

Nicht zuletzt ist dies eine Reaktion auf die in Deutschland bestehende soziale Ächtung und der Versuch, Anerkennung und Legitimität zu gewinnen.

Ebenso heterogen wie seine Organisationsstruktur ist die Begriffslandschaft des Rechtsextremismus. Dies trifft auch auf die rechtsextreme Debatte der sozialen Frage zu. Es gilt also im Folgenden sich den zentralen Grundbegriffen zu nähern.

### *1.1 Grundbegriffe: Die „Ethisierung des Sozialen“*

Die Begriffsheterogenität im Rechtsextremismus lässt es nicht zu, allgemeingültige Aussagen zu zentralen Grundbegriffen zu machen. Die in

dieser Studie angebotenen Definitionen werden also nicht von der gesamten rechtsextremen Bewegung gleichermaßen vertreten und sind oft äußerst kontrovers.

Eine Annäherung an relevante Begriffe verspricht das „Kleine Lexikon der politischen Grundbegriffe“, das im über Partei- und Organisationsgrenzen hinaus äußerst beliebten „Taschenkalender des nationalen Widerstandes“ des Jahres 2006 enthalten ist.<sup>67</sup>

Europa wird hier als „verschleierte und beschönigende Bezeichnung für einen Lehnsstaat der ‚Westlichen Wertegemeinschaft‘ und des internationalen Kapitalismus“ beschrieben.<sup>68</sup> Ein Blick auf die weiteren Eintragungen verrät, was unter „westlicher Wertegemeinschaft“ und „internationalem Kapitalismus“ verstanden wird und was genau ideologisch hinter der Ablehnung dieser beiden Feindbilder steckt.

Kern der „westlichen Wertegemeinschaft“ sind demnach „Individualismus, Internationalismus, ‚Menschenrechte‘ sowie die Vorherrschaft der Wirtschaft und der Kapitalanleger, [...]“.<sup>69</sup> All dies wird strikt abgelehnt, da sowohl Individualismus, Internationalismus als auch die Menschenrechte, die wiederum als „wichtiger Hebel des Internationalismus zur Schaffung der ‚Einen Welt‘ unter Zerstörung gewachsener kultureller und ökonomischer Strukturen“<sup>70</sup> bezeichnet werden, allein dazu angehtan seien, Nationen und Völker zu vernichten. In diesem Sinne geht es Rechtsextremisten, wenn sie zu sozialen Themen auf die Straße gehen oder eine Kampagne gegen „Hartz IV“ starten, nicht vordringlich um Solidarität in einem sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Sinne. Unter Solidarität wird im „Kleinen Lexikon der Grundbegriffe“ eindeu-

---

67 Hier und im Folgenden: „Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006“, hrg. vom Deutsche Stimme-Verlag, Riesa, ohne Seiten (siehe: <http://www.ds-versand.de>).

68 Ebd., Eintrag „Europa“.

69 Ebd., Eintrag „Westliche Wertegemeinschaft“.

70 Ebd., Eintrag „Menschenrechte“.



tig die „Bereitschaft eines Volkes zur Volksgemeinschaft sowie die enge Bindung als nationale Kampf- und Tatgemeinschaft“<sup>71</sup> verstanden. Dass dieser Volks-, Kampf- und Tatgemeinschaft nur Deutsche im Sinne des *ius sanguinis* angehören, kann im Rechtsextremismus als Konsens gelten. Auch das Verständnis von Gleichheit schließt hieran an, wenn die Idee von der Gleichheit des Menschen von Geburt an als „Irrlehre“<sup>72</sup> bezeichnet wird, denn unter anderem der „Gleichheitsgedanke“ sei „heute noch eine Gefahr für die Errichtung eines Volksstaates“.<sup>73</sup>

Völkisch ist folgerichtig auch der Kapitalismusbegriff. Beklagt wird, dass „die Kapitalkonzentration bei einigen weltweit tätigen Multis“ das „Dasein freier Völker“<sup>74</sup> gefährde; in diesem Sinne ist Antikapitalismus die Verteidigung der Volksgemeinschaft vor den volkszersetzenden und internationalistischen „Multis“. Vertreten wird ein „nationaler Sozialismus“, der den „Ausgleich zwischen Markt und Plan“ sucht: „Nicht mit dem Ziel des Klassenkampfes, sondern der Klassenbeseitigung muß der Sozialismusbegriff aus nationalistischer Sicht wieder als annehmbarer Begriff besetzt werden“.<sup>75</sup>

Im rechtsextremen Begriffsuniversum hängen alle oben genannten Begriffe aufs Engste zusammen und werden – völkisch aufgeladen – gegen die Bundesrepublik im Einzelnen und eine offene, pluralistische Gesellschaft im Allgemeinen in Stellung gebracht. Wie dies zu geschehen hat, führte jüngst das Mitglied der des sächsischen Landtages und des NPD-Bundesvorstandes, Jürgen Gansel,<sup>76</sup> sehr klar aus. Gansel, seit Jahren einer der wenigen öffentlich theoretisch denkenden Rechtsextremisten und Mitbegründer der so genannten „Dresdner Schule“ (vgl. dazu Ramelsber-

---

71 Ebd., Eintrag „Solidarität“.

72 Ebd., Eintrag „Gleichheit“.

73 Ebd., Eintrag „Marxismus/Kommunismus“.

74 Ebd., Eintrag „Kapitalismus“.

75 Ebd., Eintrag „Sozialismus“.

76 Zu Gansel siehe: [http://npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_startseiten/abgeordnete.html](http://npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/abgeordnete.html). (4.3.2006).

ger 2005), der „Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation“, stellt in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ klar: „Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitterböse Gegenwart“.<sup>77</sup>

Der NPD-Kader fährt unverblümt fort:

Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – „Wir Deutschen oder die Fremden“, „Unser Deutschland oder das Ausland“ – und untermauern wir den Schlachtruf „Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung“ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.<sup>78</sup>

Um wirkungsvoll „deutsche Interessen“ vertreten zu können sei es unerlässlich, eine „Ethnisierung des Sozialen und damit eine klare Trennung von Eigenem und Fremdem“ voran zu treiben.<sup>79</sup>

Gansels Einlassungen stehen weitgehend im Einklang mit dem NPD-Parteiprogramm. In der Einleitung heißt es: „Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht.“ Zwar werden im Programm immer wieder Begriffe wie soziale Gerechtigkeit oder Sozialpolitik verwendet, diese beziehen sich aber ausschließlich auf „die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen“.<sup>80</sup> In diesem Sinne propagiert die NPD

---

77 Interview mit Jürgen Gansel unter dem Titel „Hartz IV und Verausländerung ist heute“, in: Deutsche Stimme, Februar 2006, S.8.

78 Ebd.

79 Ebd.

80 Parteiprogramm der NPD, S.5, 10 (Webversion auf: <http://npd.de/medien/pdf/parteiprogramm.pdf>).

eine „raumorientierte Volkswirtschaft“, die im Parteiprogramm einen eigenen Unterpunkt belegt, aber weitgehend nebulös bleibt.<sup>81</sup> Typisch sind Allgemeinplätze folgender Art: „Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen. [...] Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft.“<sup>82</sup> Klar ist, dass Volkswirtschaft hier begrifflich und ideologisch nicht von Volksgemeinschaft zu trennen ist und damit zwangsläufig ausgrenzend wirkt. Unklar bleibt jedoch, auf genau welchen Raum sich diese „raumorientierte Volkswirtschaft“ bezieht.

Interessanterweise stellt Horst Mahler fest, dass der „im NPD-Programm enthaltene Abschnitt ‚Die raumorientierte Volkswirtschaft‘ [...] die Handschrift meines Freundes Reinhold Oberlercher (er wurde zu SDS-Zeiten der ‚Dutschke von Hamburg‘ genannt)“ trage.<sup>83</sup> Oberlercher selbst vertritt einen „nationalmarxistischen“ Ansatz, den er in Schulungen doziert und weiter entwickelt.<sup>84</sup>

Mit pseudo-sozialistischen Parolen wollen aber vor allem Neonazis an DDR-Erfahrungen anknüpfen und sich als „revolutionäre Organisation“ etablieren, die den „Steuermissbrauch der Superreichen“ bekämpft und sich als „Schicksalsgemeinschaft der Opfer des Kapitalismus“ versteht. Die nicht parteigebundenen Neonazis basteln indes weiter an ihren „antikapitalistischen“ Positionen. In einem Papier „Grundsätze eines sozialistischen Nationalismus“ des Kampfbunds Deutscher Sozialisten (KDS) wird eine „nationale Sozialbewegung von rechts“ beschworen, „die drauf

---

81 Vgl. Ebd., Kapitel 5.

82 Ebd.

83 Brief von Horst Mahler vom 26.7.1999 unter <http://www.deutsches-kolleg.org/wnd/dokumente/991214.pdf> (11.3.2006).

84 Vgl. den Seminarbericht der „Deutschen Akademie“ unter: <http://www.die-kommenden.net/dk/wiso/da1.htm> (11.3.2006).

und dran ist, der Linken die Kompetenz für die soziale Frage und den Alleinvertretungsanspruch auf den Antikapitalismus zu entwenden“.<sup>85</sup> Im ersten von insgesamt sieben Grundsätzen heißt es hier im typischen KDS-Duktus: „Im Zeitalter der Globalisierung ist nicht die internationale Linke, sondern die nationale Rechte die wahre antikapitalistische Kraft, die dem internationalen Kapital Grenzen setzt, um den Nationalstaat als sozialen Schutzraum zu erhalten und auszubauen“.<sup>86</sup>

Auf der Folie der oben genannten begrifflichen Basis bilden Kampagnen aller Art den Kern der rechtsextremen Agitation zur sozialen Frage. Im Folgenden wird dies anhand von ausgewählten Beispielen verdeutlicht.

### *1.2 Kampagnen zur sozialen Frage*

Die Strategie von Rechtsextremisten, sich an Protestbewegungen anzuhängen, ist nicht neu. So versuchte die Szene erfolglos, sich u.a. an Demonstrationen von Globalisierungskritikern und gegen den Irak-Krieg zu beteiligen und diese mit ihren Inhalten zu besetzen. Mit den Anti-Hartz-Protesten seit dem Jahr 2004 deutet sich allerdings sowohl hinsichtlich der Mobilisierungsstärke als auch der Resonanz in der (ostdeutschen) Bevölkerung eine neue Qualität an. Auf der eigens von Rechtsextremisten eingestellten Webseite <http://keine-agenda2010.de> soll der Protest koordiniert werden. Hier heißt es im nationalsozialistischen Duktus: „Deutsche Arbeiter der Faust und der Stirn – steht auf und leistet aktiven Widerstand!“ Abrufbar sind Demonstrationsberichte mit Bildern sowie herunterladbare Flugblätter, u.a. mit dem Aufruf „Jetzt nationaler Sozialismus!“ (vgl. unten Fallbeispiel „Keine Agenda 2010“).

---

<sup>85</sup> „Grundsätze eines sozialistischen Nationalismus“, auf: <http://www.kds-im-netz.de/wetter/antikapi/inhalt.htm> (11.1.2006).

<sup>86</sup> Ebenda.

In einer Presseerklärung vom 09. August.2004 rief z. B. die NPD ausdrücklich dazu auf, an den so genannten „Montagsdemonstrationen“ teilzunehmen. Wessen Geistes Kind die rechtsextremen Trittbrettfahrer waren, zeigten u.a. von der NPD veröffentlichte Einlassungen. Gefordert wurde hier, den „Volkszorn auf die Straße“ zu tragen und „gemeinsam für ein nationales und soziales Deutschland“ zu kämpfen. Eigene Vorschläge der NPD erschöpften sich in Forderungen nach „Schutzzöllen für im Ausland produzierte Waren“ und „die Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimat“. In einem „Für unsere Kinder: Hartz kippen!“ überschriebenen Faltblatt der NPD hieß es vollmundig: „Wir garantieren, dass es in Deutschland binnen zwei Jahren nicht einen Deutschen mehr gibt, der arbeitslos ist, wenn in unserem Land endlich wieder Politik für das eigene Volk gemacht wird.“<sup>87</sup> „Schnauze voll? Wahltag ist Zahntag“, titelte die Wahlkampf-Ausgabe der „Sachsen-Stimme“ der NPD. Und in einem Faltblatt mit dem Titel „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“ fanden sich erst Fakten und Argumente der Sozialverbände, und zum Schluss hieß es: „Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche.“

In einer Pressemeldung vom Juli 2005 feierte sich die NPD sich unter dem Motto: „Ein Jahr Montagsdemonstrationen, mit der Losung ‚Weg mit Hartz IV - Das Volk sind wir!‘“ selbst.<sup>88</sup> Auch die NPD hätte sich „trotz massiver Hetze und versuchter Ausgrenzung bei den Montagsdemonstrationen behauptet“ und „erfolgreich ihre politische Selbständigkeit bei den Montagsdemonstrationen verteidigt“. In der Folge werden rund ein Dutzend Beteiligungen an diversen Montagsdemonstrationen zwischen August 2004 und Juli 2005 aufgezählt, bei denen die Partei „gegen die Enteignungspolitik im Gefolge des Hartz-IV-Gesetzes“ eingetreten sei.

---

87 Vgl. auch Thorsten Stegemann, „Eine junge, dynamische Partei...“, auf: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18146/1.html> vom 23.8.2004.

88 Vgl. die Pressemeldung unter: [http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad\\_id=7&cmsint\\_id=1&detail=81](http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=81) (4.3.2006).

Unter dem Datum des 21. Januar 2005 steht die erstaunliche Eintragung „Die Stadt Eisenach will die Montagsdemonstrationen alle 14 Tage der NPD überlassen“. Tatsächlich hatten in Eisenach im Januar 2005 zwei Veranstalter zum selben Termin den Marktplatz für eine „Montagsdemonstration“ gegen die Hartz IV-Gesetze beansprucht<sup>89</sup> und zwar ein von linken Gruppierungen getragenes „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ und ein Bündnis von Freien Kameradschaften und NPD. Da beide sich auf das Recht der Erstanmeldung beriefen, entschied die Stadtverwaltung den Marktplatz im wöchentlichen Wechsel jeweils einem der Veranstalter zu überlassen. In einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Meiningen wurde der Stadtverwaltung Recht gegeben. Es sei „ein schonender Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen herbeizuführen. (...) Diese Abwägung hat die Antragsgegnerin [die Stadtverwaltung Eisenach, die Verf.] in rechtlich nicht zu beanstandender Weise getroffen“.

Der Eisenacher Oberbürgermeister, Gerhard Schneider, begrüßte dem Bericht von EisenachOnline zufolge die Entscheidung: „Es zeigt, dass die Stadtverwaltung auch in solch wichtigen Fragen, die die Grundrechte betreffen, sorgfältig prüft und entscheidet“. Äußerungen von Vertretern des „Bündnisses gegen Sozialkahlschlag“, dass die Stadt „ihren Ermessensspielraum für Neofaschisten auslegt“ seien unzutreffend und unterstellten der Stadtverwaltung rechtsradikale Tendenzen: „Die Verwaltung handelt eben nicht politisch, und schon gar nicht zugunsten radikaler Tendenzen, sondern wir sind an das Gesetz gebunden. Das sollte man akzeptieren und beachten, statt uns dafür zu beschimpfen.“

---

89 Vgl. hier und zum Folgenden den Bericht des Nachrichtenportals EisenachOnline unter: <http://www.eisenachonline.de/news/2005.01.21-09552> [8.3.2006], den Leserbrief von Fritz Hofmann (Eisenacher Bündnis gegen Sozialkahlschlag) unter: <http://www.eisenachonline.de/news/2005.01.24-09555>, den Protestbrief der Koordinierungsgruppe der „Bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung“ unter: <http://www.bundesweite-montagsdemo.com/00000095b60c90e01/00000095b60b61f06/00000095e80056c01.html>, sowie einen Bericht der Kameradschaft Eisenach auf dem rechtsextremen Nachrichtenportal Störtebeker-Netz unter: <http://www.stoertebeker.net/archiv/050105.html> [alle Zugriffe: 8.3.2006].

Gegen diese Begründung des Oberbürgermeisters lässt sich formal wenig einwenden, selbstverständlich gelten grundgesetzliche Garantien wie die Demonstrationsfreiheit auch für Rechtsextremisten, solange diese sich selbst an Recht und Gesetz halten.<sup>90</sup> Allerdings offenbaren diese Äußerungen aber auch ein mangelndes Problembewusstsein, da sich an den Demonstrationen auch einschlägig bekannte Neonazis wie der u.a. wegen der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss vorbestrafte Patrick Wieschke maßgeblich beteiligten. Außerdem waren die Demonstrationen Teil der Volksfront-Strategie. So konnten laut einem auf den Seiten des Störtebeker-Netzes veröffentlichten Berichts der „Kameradschaft Eisenach“ während einer Kundgebung am 3.1.2005 „mehrere Unterschriftslisten der DVU/NPD gegen den EU-Beitritt der Türkei gefüllt werden“.<sup>91</sup>

Parallel zu NPD und DVU mobilisierten auch die rechtsextremen groupuscules der „Freien Nationalisten“ gegen Hartz IV. Der einschlägig bekannte bayerische Rechtsextremist Gerd Ittner schrieb in einem Aufruf vom 08. August 2004: „Jetzt heißt es für uns, diese EINMALIGE GELEGENHEIT entschlossen und mit ganzer Kraft zu nutzen. Wir dürfen das Feld nicht dem Gegner, den Feinden und Totengräbern Deutschlands und des Deutschen Volkes überlassen! Wir selbst müssen uns an die Spitze dieses beginnenden Volksaufstandes stellen [...]“.<sup>92</sup> Mit diesem überhöhten Anspruch versuchten Rechtsextremisten zu führenden Kräften des Protests zu werden. Dies gelang aber nur bedingt, wie die folgenden Fallbeispiele verdeutlichen.

---

90 Für eine ausführliche Erörterung des Themenkomplexes Versammlungsrecht und Rechtsextremismus vgl. Leist 2003.

91 <http://www.stoertebeker.net/archiv/050105.html> [8.3.2006].

92 Gepostet auf [www.freier-widerstand.net/forum](http://www.freier-widerstand.net/forum) im August 2004 (Hervorhebung im Original)

*Fallbeispiel: Die Kampagne „Keine Agenda 2010“*

Im April 2004 startete das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM) eine Kampagne gegen die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder verabschiedeten „Agenda 2010“ und die damit verbundenen, unter dem Begriff „Hartz IV“ bekannt gewordenen Arbeitsmarktreformen. Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen, Flugblattaktionen und die Einrichtung mehrerer Aktionsseiten im Internet (z.B. <http://www.keine-agenda2010.de> und <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>) waren Teil dieser Kampagne.

Bei dem NSAM handelt es sich um einen überregionalen, losen Zusammenschluss von „Freien Kameradschaften“ aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Das NSAM dient dabei als Organisations- und Vernetzungsplattform und spielt eine wichtige Rolle für die Mobilisierungsfähigkeit der Kameradschaftsszene in Ostdeutschland. Eine koordinierende Funktion übernimmt dabei der „Nationale Medienverbund“ mit Sitz in Wolgast, welcher auch für die regelmäßige Herausgabe rechtsextremer Periodika wie z.B. „Der Insel Bote“ und „Der Fahnenträger – Rundbrief für nationale Sozialisten“ auf der Insel Usedom verantwortlich zeichnet.<sup>93</sup> Ziel ist offenbar die verstärkte Schaffung von Unterorganisationen, die im Vorfeld der Neonazikameradschaften vor Ort auf die Bevölkerung Einfluss nehmen sollen, ohne dass sofort der ideologische (neonazistische) Hintergrund deutlich wird. Hierzu gehören die so genannten „Bürgerinitiativen Schöner Wohnen“ in Ueckermünde bzw. in Wolgast, deren Aktivitäten sich jeweils gegen die Einrichtung von Asylbewerberheimen richteten.

---

<sup>93</sup> Vgl. Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern, Jahresbericht 2004, S. 34f. (Onlinefassung).



Die Agenda-2010-Kampagne des NSAM begann am 3.4.2004 mit einer Demonstration in Neubrandenburg unter dem Titel „Nein zur Agenda 2010 - Ein neues System bietet neue Möglichkeiten!“ an der etwa 350 Angehörige der rechtsextremen Szene teilnahmen.<sup>94</sup> Die Demonstration wurde von einem großen Polizeiaufgebot und mehreren GegenDemonstrationen begleitet. In einer gemeinsamen Pressemitteilung der „Mecklenburgischen“ und der „Pommerschen Aktionsfront“ zu dieser Auftaktveranstaltung gingen diese nicht inhaltlich auf die Demonstration und das damit verbundene Thema ein.<sup>95</sup> Stattdessen lamentierten sie über „betrunkene Jugendliche die inhaltslose Parolen brüllten und ‚mutig‘ Hintern und Geschlechtsteile darboten, andere die Eier und Flaschen warfen[,] um sodann die Flucht zu ergreifen, stadtbekannte Gewalttäter, die sich in Sicherheit wähnten und Demonstrationsteilnehmern Schläge androhten“. Auch das angeblich zögerliche Einschreiten der Polizei und Schikanen durch die Stadtverwaltung wurden in der Erklärung beklagt. Schon im Vorfeld der Demonstration hätten Lehrer gegen die Demonstration „gewettert“ und seien „bei Kritik, dass es sich durchaus um eine gute Sache handle[,] denn die Demo richte sich gegen die Agenda 2010 und die betreffe schließlich jeden“ verstummt. In der Erklärung wird das Bild einer ausgegrenzten Minderheit gezeichnet, die in der Öffentlichkeit geächtet ist und ihre politischen Vorstellungen nicht in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen kann: „[E]ine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen des nationalen Sozialismus“ finde nicht statt und werde „mit Hetze und Lüge umgangen“.

Die Demonstrationen fanden vor allem in den fünf ostdeutschen Bundesländern statt – Versuche von Aktivisten, sich mit der sozialen Frage hervorzutun, gab es jedoch im ganzen Bundesgebiet. Demonstrationen

---

94 Ebd., S. 37

95 Vgl. den Text der Erklärung unter: <http://www.keine-agenda2010.de/Berichte%20Dateien/Berichte2004-04-03a.php> [22.1.2006].

und Protestkundgebungen wurden so z.B. auch in Kiel, Herne und in Hamburg durchgeführt. In Herne nahmen bei der dritten Veranstaltung dieser Art nach Angaben der Veranstalter „rund 60 Nationalistinnen und Nationalisten“ teil.<sup>96</sup> Schon bescheidenste Erfolge werden aufgeblasen und zum Fanal, wenn schon nicht des eigenen Durchbruchs, so doch zumindest für den Niedergang des politischen Gegners, stilisiert. So heißt es in der Erklärung, dass „der Gegenprotest diesmal sehr gering“ gewesen sei, „es befanden sich nur rund 40-50 Gegendemonstranten hinter der Absperrung. Ein klares Zeichen dafür, dass sowohl Antifa als auch Linke Bürgerzusammenschlüsse [sic!] nichts mehr mobilisieren können (...) Zudem war die heutige Nationale Kundgebung mehr als doppelt so gut besucht als die von der MLPD. Am 27.11.2004 fand eine „Mahnwache und Infoaktion für deutsche Arbeitsplätze“ in Hamburg statt. An dieser Aktion vor einem Arbeitsamt nahmen etwa 15 Personen teil, die ein Transparent mit einem verunglückten Reimversuch mit sich führten: „Arbeit nur das Volk ernährt, wenn sie von Deutschen für Deutsche geschaffen wird.“<sup>97</sup>

Die Teilnehmerzahl der aus dieser Kampagne erwachsenen über 60 kleineren und größeren Protestaktionen lag zwischen einem Dutzend und maximal 400 Personen.<sup>98</sup> Sie fanden größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit, begleitet von Gegendemonstrationen und starkem Polizeiaufgebot statt. Oftmals führten die Demonstrationsrouten durch menschenleere Industriegebiete am Rande der Stadt.

Zusätzlich zu den eigenen Veranstaltungen versuchten Rechtsextremisten aber immer wieder, sich an den Protestaktionen von gewerkschaftlicher Seite zu beteiligen. In Nordrhein-Westfalen etwa wurden die

---

96 Vgl. die Erklärung unter <http://www.keine-agenda2010.de/Berichte%20Dateien/Berichte2004-11-07a.php> [22.1.2006].

97 Bilder der Aktion unter: <http://www.keine-agenda2010.de/Bilder%20Dateien/Hamburg2004-11/index.php> [22.1.2006].

98 Vgl. eine Übersicht aus Sicht der Veranstalter auf den Seiten <http://www.keine-agenda2010.de/Berichte.php> und auf <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de/>, den Seiten der Thüringer Freien Kameradschaften.

Teilnahmen von Rechtsextremisten an Demonstrationen in Dortmund (09.08.2004 und 16.08.2004), Bochum, Köln und Lüdenscheid (alle 16.08.2004) bekannt. Anders als in den neuen Bundesländern, wo sich Rechtsextremisten zum Teil in Demonstrationen integrieren bzw. sogar an deren Spitze setzen konnten (wie in Magdeburg, Gotha oder Suhl), blieben in Nordrhein-Westfalen Rechtsextremisten aber entweder passive Zaungäste, oder sie wurden wie in Dortmund des Demonstrationen zuges verwiesen. Eine taktisch begründete Besonderheit bildet die vom NPD-Kreisverband Steinfurt organisierte Mahnwache vor der Agentur für Arbeit in Rheine am 16.08. Diese wurde von einer Privatperson angemeldet, um Probleme mit der Polizei oder Antifa-Gruppen zu vermeiden. Damit wurde eine Empfehlung von der rechtsextremen Webseite 'Störtebeker-Netz' umgesetzt: Eigene Aktionen müssten „nicht unter Parteinaamen geschehen. Vielmehr empfehlen sich eigens dafür eingerichtete Initiativen, bei denen Begriffe wie sozial und Hartz IV im Vordergrund stehen sollten“.<sup>99</sup>

Auf den Internetseiten „keine-agenda2010.de“ finden sich zahlreiche Demonstrationsberichte und Bilder von Aktionen, Texte aus etablierten Regionalzeitungen, in denen über die Protestaktionen berichtet wird, ein Terminkalender, Flugblätter im PDF-Format, sowie unter dem Punkt „Alternative“ ein Positionspapier, in dem für einen „neuen Staat“ geworben wird. In diesem Papier wird in typischem rechtsextremem Duktus gefordert, „[d]en Teufelskreis aus Globalisierungsgefängnis, Zinskapitalismus, Selbsthass [...] zu durchbrechen“. Weiter wird der „kontinuierliche Abbau der Ausländerbeschäftigung“, der Aufbau eines „vom Staat geschaffenen Arbeitsdienst[es], welche[r] dem Wohl der Volksgemeinschaft dienen soll“ gefordert, sowie der „Großeinsatz“ dieses „Arbeitsdienstes“, „[u]m die wirtschaftliche Struktur Mitteldeutschlands anzugliedern“. Die Passage schließt mit der für eine Gruppierung, die den Arbeitsmarkt nach

---

<sup>99</sup> Vgl. auch Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, „Instrumentalisierung der Proteste gelingt nicht“ auf: <http://www.im.nrw.de/sch/728.htm> (4.3.2006).

ethnischen Kriterien strukturieren will, paradox anmutenden Formulierung „Abstammung ist nichts – Leistung und Können alles!“.<sup>100</sup>

Der Schwerpunkt der Internetseiten liegt eindeutig auf der Dokumentation der eigenen Aktivitäten, der Verbreitung von Propagandamaterialien für Aktivisten und der Bekanntmachung von Demonstrationsterminen. Daneben werden auch Argumentationshilfen für Aktivisten angeboten, in denen die Position der Bundesregierung zu Hartz IV der von „keine-agenda2010.de“ gegenübergestellt wird.<sup>101</sup>

Unter den „Verweisen“ sind Links auf die rechtsextreme Zeitschrift „Unabhängige Nachrichten“, die Parteizeitung der NPD „Deutsche Stimme“, sowie auf Sonderseiten zu Hartz IV von nord- und ostdeutschen neonazistischen Internetprojekten wie dem „Widerstand Nord“ (<http://www.widerstandnord.com>) zu finden, was den Volksfrontgedanken hier nahe legt. Die Seiten von „keine-agenda2010.de“ sind relativ aufwendig gestaltet und wurden bereits über anderthalb Jahre relativ kontinuierlich aktualisiert.

Die Thüringer Dependance im Internet verlinkt derweil zu zahlreichen groupuscules und führt sehr genau Protokoll über den Kampagnenverlauf im Bundesland mit Bildern und Berichten.<sup>102</sup> Gerade hier wird die Bewegungsförmigkeit und der netzwerkartige Charakter des heutigen Rechtsextremismus in Deutschland überdeutlich. Die Betonung direkter Aktionen – zum Beispiel Demonstrationen –, das Agieren mit modernen Mitteln und einer aktuellen Ästhetik sowie das gezielte Einwirken auf den Alltag von Zielgruppen, macht diese Bewegung gerade für junge Menschen attraktiv.

---

100 Vgl. <http://www.keine-agenda2010.de/Alternative.php> (4.3.2006).

101 Vgl. <http://www.keine-agenda2010.de/Informationen%20Dateien/info2004-09-07a.php> [22.1.2006]. Die Autoren von keine-agenda2010.de beziehen sich auf die von der Bundesregierung betriebene Anzeigenkampagne, die unter dem Titel „Hartz IV – Fakten statt Vorurteile“ in zahlreichen Tageszeitungen veröffentlicht wurde und die Positionen der Regierung erläuterte.

102 Vgl. <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de> (4.3.2006).

Doch die wichtigste Bewegungsorganisation NPD reklamiert für sich auch im ausgerufenen „Kampf um die Straße“, bei dem die soziale Frage zentral ist, die Führungsrolle. Dem Parteivorsitzenden Udo Voigt ist es zweifellos gelungen, der Partei ein nach außen modernes zeitgemäßes

**Abb. 4: Logo „Nein zur Agenda 2010“**

Quelle: <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>



Profil zu geben. Unter seiner Führung fand eine Umkehr statt, weg von allzu plumpen ausländerfeindlichen, antisemitischen und revisionistischen Parolen zu einer Auseinandersetzung mit sozialen Problemen, die die Menschen im Alltag bewegen. Voigt machte dies in einem Interview mit der neurechten Zeitung „Jungen Freiheit“ kurz nach dem Wahlerfolg in Sachsen 2004 deutlich: „Im übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern ihre Alltagsprobleme, wie etwa Hartz IV.“ Und weiter: „Die NPD ist bestrebt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich geistig befinden.“<sup>103</sup> Um sich aber weiterhin als Protestpartei gegen Hartz IV profilieren zu können, ist es für die NPD unerlässlich, dass sie mit der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung um die „Agenda 2010“ weiterhin in den Medien präsent ist. Nachdem die allgemeine Empörung in der Bevölkerung aber abgeklungen war und die Berichterstattung sachlicher wurde, zeigte sich, dass die NPD von sich aus nicht in der Lage ist

<sup>103</sup> Interview mit Udo Voigt, in: Junge Freiheit Nr. 40/2004 vom 26.9.2004, online unter <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm> [3.1.2006].



**Abb. 5:** DVU-Plakat „Sauerei Hartz IV“

Quelle: <http://www.dvu.de>

Themen zu setzen. Alle Versuche der NPD, die Mobilisierung mit dem Thema Hartz IV aufrecht zu erhalten, scheiterten.

Unterdessen agitierte auch die DVU im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2004 in Brandenburg mit Plakaten und Flugblättern gegen die „Sauerei Hartz IV“ (siehe Abb. 5) als „das Gemeinschaftswerk einer Größten Koalition aller Zeiten (GRÖKOZ)“. Mit dieser Rhetorik zog die DVU mit sechs Abgeordneten (71.047 Stimmen = 6,1 Prozent) wiederum in den Landtag ein.

Unter den in diesem Abschnitt geschilderten ideologischen Vorzeichen durchziehen sozialdemagogische Parolen traditionell auch die jährlichen rechtsextremen Demonstrationen zum 1. Mai.

Unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn! Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre!“ nahmen so an der rechts-extremen 1.Mai-Demonstration im Jahre 2004 nach Polizeiangaben rund 2.300 (gegenüber 1.300 in 2003) Personen teil. Unter den Teilnehmern

befanden sich neben dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt und seinem Stellvertreter Holger Apfel auch führende Vertreter verschiedener, der Volksfront von rechts zuzurechnender groupuscules sowie Vertreter befreundeter ausländischer Organisationen.

Wie eine Autorengruppe um Dieter Rucht in einer Studie zum 1. Mai in Berlin herausgearbeitet hat, ist nicht die politische Botschaft an das allgemeine Publikum, sondern die Selbstvergewisserung einer politischen Gemeinschaft wichtigster Zweck des Protesttages 1. Mai (vgl. Rucht 2003). Der 1. Mai sei für die Teilnehmer eben kein langweiliges, sich stupide wiederholendes Ritual von Protest und Krawall. Die jeweiligen Gemeinschaften bräuchten den 1. Mai, um eine eigene Identität zu schaffen, zu stärken und sich abzugrenzen gegen „Rivalen“. Deshalb sei – unabhängig von der politischen Ausrichtung – jede 1.-Mai-Veranstaltung aufgeladen mit Symbolen.

So verwundert es nicht, dass die NPD für den 1. Mai 2006 – im Vorfeld der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern – eine Kundgebung unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ in Rostock angekündigt hat.

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden: Die Bevölkerung – verstanden als „Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft“ – soll von Rechtsextremisten unter Berufung auf einen rechtsextrem gewendeten Solidaritätsbegriff gegen die „volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung“ in Stellung gebracht werden. Beispielhaft sind Parolen wie „Sozialismus ist braun“ und „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national“, die aufgrund der politischen Kultur und Geschichte besonders in den neuen Bundesländern auf Resonanz stoßen. Die Rechtsextremisten stellen einer pluralistischen Gesellschaft die Konzeption einer „Volksgemeinschaft“ entgegen und verknüpfen soziale Fragen unter

der Flagge eines „nationalen Sozialismus“ mit fremdenfeindlichen und völkischen Vorstellungen.

*Fallbeispiel: Angebliche Unterwanderung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) durch Rechtsextremisten*

Mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen ist eine der zentralen Prioritäten der NPD. Dieses Ziel wurde 2005 übererfüllt durch die in der deutschen Medienlandschaft breit diskutierte Frage, ob die NPD die neu gegründete Listenverbindung aus WASG und PDS zu unterwandern versuche.<sup>104</sup> Die NPD plante nach eigenem Bekunden durch eine gezielte Unterwanderung der WASG das angestrebte Linksbündnis PDS und WASG zu diskreditieren und scheitern zu lassen. Sowohl der NPD-Vorsitzende Udo Voigt als auch der bekannte Neo-Nazi und NPD-Neukader Thomas Wulff riefen zur aktiven Einflussnahme von Rechtsextremisten auf die WASG auf. So heißt es in einer Erklärung von Volksfrontler Wulff unter der Überschrift: „Nationale Sozialisten hinein in die WASG!“, die im Internet veröffentlicht ist: „Geht jetzt noch stärker rein in die WASG-Gruppen. Ihr werdet merken, viele von denen denken so wie wir.“<sup>105</sup>

Erkenntnisse über eine tatsächliche Unterwanderung der WASG von rechts liegen bis heute nicht vor. Zudem erscheint eine aktive Einflussnahme von Rechtsextremisten auf die WASG, wie sie von führenden NPD-Mitgliedern propagiert wird, auch äußerst unwahrscheinlich.

Ansätze zu einer so genannten „Querfront“ sind, wenn überhaupt, auf die ideologische Ebene und einen kleinen Teil der extremen Rechten beschränkt. Knotenpunkte sind hier Antiamerikanismus, Antiglobalisierung, Antikapitalismus, Antiimperialismus und die Gegnerschaft zur

---

<sup>104</sup> Vgl. exemplarisch die Berichte des WDR (<http://www.wdr.de/themen/politik/parteien/wasg/050627.jhtml>) und der Tagesschau (<http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4466820,00.html>).

<sup>105</sup> <http://www.eine-bewegung-werden.de/aktuelles.htm#wasg>.



freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Stichwort: „Systemopposition“). Über diese Punkte wird noch weiter im folgenden Kapitel IV zu sprechen sein.

Gleichwohl dürfte der Versuch der Schaffung eines „Volksbündnisses zwischen rechts und links“ ein untauglicher Versuch bleiben. Für extreme als auch radikale Linke stellt der Faschismus das Feindbild schlechthin dar, der Kampf gegen ihn ist die Grundlage der politischen Arbeit eines jeden Linken. Dieses politische Selbstverständnis kann auch für die Mitglieder der WASG gelten.<sup>106</sup>

Die WASG sieht sich derzeit als Strömung, in der ein breites linkes Spektrum gemeinsam versucht, inzwischen aufgehobene soziale Standards der Vergangenheit neu wirksam werden zu lassen. Des weiteren ist den Funktionären der WASG als auch der PDS sehr wohl bewusst, dass auch nur der Verdacht rechtsextremer Unterwanderung äußerst abschreckend auf ihr potentiell Wählerklientel wirken würde.

#### *Fallbeispiel: Wahlen 2004/2005*

Rechtsextreme Parteien konnten bei den jüngsten Wahlen u.a. von einer diffusen Protesthaltung gegen „Hartz IV“ profitieren und vereinzelt Wahlerfolge feiern. Bei der Kommunalwahl in Sachsen am 13. Juni 2004 erzielte die NPD nicht zuletzt dank des zentralen Wahlkampfthemas „Hartz IV“ zahlreiche Mandate in Kreistagen, Stadträten und in Gemeinde- und Ortsvertretungen. In Dresden zog unter Führung der NPD das ‘Nationale Bündnis Dresden’ mit 4,0% in den Rat der Landeshauptstadt ein. Spektakulär war der Stimmenanteil von 21,1% in Königstein. Das Wahlergebnis wurde von der Partei als „nationaler Paukenschlag“ bewertet.

---

<sup>106</sup> Vgl. z.B. die Erklärung „Die Wahlalternative und der Rechtsradikalismus in Deutschland“ der beiden WASG-Vorstandsmitglieder Joachim Bischoff und Björn Radke.

Am 19. September 2005 trat die DVU in Brandenburg als einzige rechtsextreme Partei zur Landtagswahl an, am gleichen Tag bei der Wahl in Sachsen nur die NPD (vgl. oben Exkurs „Volksfront von rechts“).<sup>107</sup> Im Ergebnis erzielte die NPD in Sachsen 9,2% der Stimmen (12 Mandate), die DVU in Brandenburg 6,1% (sechs Mandate).

Bei der Landtagswahl in Sachsen überschritt die NPD in 24 von 60 Wahlkreisen die 10%-Marke. Wahlanalysen<sup>108</sup> haben ergeben, dass die NPD überproportional von Jung- und Erstwählern, Personen mit niedrigem Bildungsabschluss sowie von Arbeitern und Arbeitslosen gewählt wurde. 60% der befragten NPD-Wähler gaben an, die Partei aus Protest gegen „Hartz IV“, und 36%, sie wegen der Ausländerthematik gewählt zu haben. Den größten Zugewinn an Stimmen (etwa 65.000 = 55 % der NPD-Stimmen) erhielt die NPD aus dem Bereich der Nichtwähler. Ein weiterer Grund für den Erfolg der NPD dürfte darin liegen, dass es ihr in Sachsen gelungen ist, feste Strukturen aufzubauen und ihre Politik in die „Mitte der Gesellschaft“ zu tragen. Hier hat es die NPD geschafft, ihre Außenseiterrolle zu verlassen. Auch in finanzieller Hinsicht ist das Wahlergebnis in Sachsen für die Partei wegen der damit verbundenen Wahlkampfkostenerstattung und der öffentlichen Gelder für die Fraktionsarbeit, die für den Aufbau von Organisations- und Kommunikationsstrukturen verwendet werden, ein Erfolg.

Eine Analyse des Wahlverhaltens von Infratest-Dimap zeigt große Gemeinsamkeiten zwischen der Wählerschaft der DVU in Brandenburg und der NPD in Sachsen auf. In Sachsen erreichte die NPD gerade bei den Arbeitslosen und den unter 30-Jährigen eine gegenüber dem Gesamtergebnis doppelt so große Zustimmung. DVU- und NPD-Anhänger beklagen

---

107 Zusätzlich gelang es der NPD in Sachsen durch eine „Umarmungstaktik“, den Wahlantritt der ‚Republikaner‘ zu verhindern. Unmittelbar vor dem Ende der Ausschlussfrist für die Anmeldung der Wahlvorschläge für die Landtagswahl zog die sächsische Landesvorsitzende der ‚Republikaner‘ die bereits eingereichte Kandidatenliste zurück und trat etwas später in die NPD ein.

108 Wahlanalysen der Forschungsgruppe Wahlen auf <http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Wahlanalysen> und von Infratest Dimap unter [http://www.infratest-dimap.de\[3.1.2006\]](http://www.infratest-dimap.de[3.1.2006]).

überdurchschnittlich häufig Probleme am Arbeitsmarkt, sie äußern sich besonders kritisch zur wirtschaftlichen Situation in ihren Bundesländern und verstehen sich mehrheitlich als Verlierer der deutschen Einheit. Bei nicht wenigen ihrer Wähler ist aber ebenso ein sehr ambivalentes Verhältnis zur Demokratie erkennbar. So bezeichnen 50 Prozent der NPD-Anhänger und 44 Prozent der DVU-Sympathisanten die Demokratie als keine so gute Regierungsform.<sup>109</sup> Generell kam beiden Parteien bei der Ansprache von Protestgefühlen und Statusängsten entgegen, dass große Bevölkerungsteile ihnen gegenüber nur geringe Berührungsängste zeigten und mit den von ihnen transportierten Themen durchaus sympathisierten. Während jeder fünfte Sachse und jeder vierte Brandenburger NPD bzw. DVU als normale demokratische Parteien betrachten, erklärt in beiden Ländern etwa jeder zweite Wahlberechtigte, NPD und DVU würden zumindest die Dinge beim Namen nennen. Unter diesen Umständen konnten NPD und DVU erfolgreich vor allem ehemalige Nichtwähler, aber auch frühere CDU-Wähler für sich gewinnen. Darüber hinaus fanden beide Parteien erheblichen Zulauf unter Erstwählern und hier wiederum unter jungen Männern. Die DVU wurde in Brandenburg von jedem sechsten männlichen Wähler zwischen 18 und 21 Jahren gewählt, die NPD in Sachsen sogar von jedem Vierten.<sup>110</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass beide Parteien sich als Protestwählerpartei profilieren und gleichzeitig ihre ideologisch gefestigte Stammwählerschaft mobilisieren konnten. Ein Abtun der Wahlentscheidung für DVU und NPD als unideologische Protestreaktion oder Abreagieren real erlittener Deklassierungen lässt sich derweil empirisch nicht belegen und verkennt die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungsmustern in der Bevölkerung. Eine Analyse der Forschungsgruppe

---

109 Vgl. die entsprechenden Erhebungen bei Infratest Dimap unter <http://www.infratest-dimap.de> [3.1.2006].

110 Vgl. Ebd.

Wahlen zeigte beispielsweise, dass in Brandenburg 88% der DVU-Wähler und in Sachsen sogar 96% der NPD-Wähler in den in Deutschland lebenden Ausländer eine „Überfremdungsgefahr“ sehen.<sup>111</sup>

Die Gründe für den Erfolg der beiden rechtsextremen Parteien lagen aber vor allem im externen Faktor einer weit verbreiteten Empörung über die Einführung der „Hartz IV“-Gesetze. Ohne das Scheitern der etablierten Parteien, einem erheblichen Teil der Bevölkerung die Notwendigkeit des Umbaus der Sozialsysteme glaubwürdig zu vermitteln und Perspektiven für die von Perspektiv- und Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Bevölkerungsschichten aufzuzeigen, hätten NPD und DVU aus eigener Kraft niemals diesen Wahlerfolg erlangt. In Sachsen kam als interne Erfolgsbedingung die kontinuierliche Aufbauarbeit der NPD in diesem Bundesland hinzu. Der NPD-Landesverband Sachsen ist der mitgliederstärkste und seit Jahren wurden dort gezielt lokale Strukturen aufgebaut. Der Sitz der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ wurde im Jahr 2000 ins sächsische Riesa verlegt und die fähigsten Kader der NPD wurden nach Sachsen geschickt. Die DVU hingegen führt traditionell von der Parteizentrale bzw. dem Parteivorsitzenden Frey finanzierte Wahlkampf-Materialschlachten mit Unmengen von „Schnauze voll“-Plakaten und „Gegen die da oben“-Postwurfsendungen durch, mit denen sie trotz der dünnen Personaldecke vielerorts als die präsenteste Wahlalternative wahr genommen wird. Vor dem Hintergrund dieser Kombination aus tatsächlichen politischen Problemlagen und der massiven Präsenz (NPD) bzw. des massiven Materialeinsatzes (DVU) ist es verständlich, dass sich Rechts-extremisten der sozialen Frage nach Kräften bedienen und in der Lage waren, sich für ihren völkisch gefärbten Antikapitalismus auch vereinzelt Gehör zu verschaffen.

---

111 Siehe die Analysen der Forschungsgruppe Wahlen auf <http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Wahlanalysen> [3.1.2006].

*Fallbeispiel: NPD-Kampagne in Leipzig-Volkmarsdorf*

Seit Ende der 1990er Jahre setzt die NPD verstärkt auf örtlich begrenzte Kampagnen in bestimmten Kommunen, Städten oder Stadtteilen, bei denen lokale Probleme thematisiert werden.

Ein Beispiel dafür ist eine Flugblattaktion im Leipziger Stadtteil Volkmarisdorf, die unter dem Motto „Kein Chinatown in Leipzig“ stand.<sup>112</sup> Das Gründerzeitviertel Volkmarisdorf gilt als wirtschaftliches und soziales Problemgebiet in Leipzig. Ein Drittel der Wohnungen steht leer und die lokale Infra- und Wirtschaftsstruktur ist nur schwach entwickelt. 13 Prozent der Bewohner sind Ausländer, ein Anteil der doppelt so hoch liegt wie im Leipziger Durchschnitt, wegen der günstigen Mieten ist das Viertel aber auch bei Studenten beliebt.<sup>113</sup> Die prekäre soziale Situation in Volkmarisdorf wird auch durch den hohen Anteil der NPD-Stimmen deutlich. Bei den Landtagswahlen 2004 erzielte die NPD dort mit 14,5 Prozent ihr bestes Ergebnis in Leipzig, das noch deutlich über dem Landesdurchschnitt von 9,2 Prozent lag.

Um die Abwärtsentwicklung des Stadtteils zu stoppen, wurden im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ von der Stadtverwaltung im November 2005 mehrere Projektideen vorgestellt.<sup>114</sup> Zu diesen Projektideen gehörte unter dem Titel „Internationales Quartier Ost“ auch der Entwurf einer neuen Handels- und Ladenzone in einem als „Block 99“ bezeichneten Areal, für die auch ausländische Klein- und Mittelständler angeworben werden sollten.

---

112 Vgl. dazu auch den Bericht von Michael Bartsch: Die NPD hat's gern ramschig und deutsch, in: die tageszeitung, 3.1.2006, S. 5.

113 Vgl. dazu Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen: Ortsteilkatalog 2004, S. 238; Online abrufbar unter: [http://www.stadt-leipzig.de/imperia/md/content/12\\_statistik-und-wahlen/lz\\_otk04.pdf](http://www.stadt-leipzig.de/imperia/md/content/12_statistik-und-wahlen/lz_otk04.pdf) [5.1.2006].

114 Bereits seit dem Februar 2000 wurde im Leipziger Osten zu dem Volkmarisdorf gehört mit dem Aufbau eines Stadtteilmanagements begonnen. Vgl. dazu die Projekthomepages [http://www.volkmarisdorf.de/projekte\\_1.html](http://www.volkmarisdorf.de/projekte_1.html) und <http://www.leipziger-osten.de/> sowie eine Zwischenbilanz (Stand 2002) des Programms unter <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/zwischenbilanz/2-leipzig.phtml> [5.1.2006].

Nachdem eine Lokalzeitung unter der Überschrift „Kriegt Leipzig seine China-Town?“ die Pläne öffentlich bekannt gemacht hatte, machte auch die NPD diesen Plan für die Aufwertung des Viertels in einer Landtagsdebatte zum Thema. In einem Antrag zur „Verhinderung einer von der Stadt Leipzig angestrebten Bildung eines überwiegend von Ausländern bewohnten Ghettos im ‚Block 99‘ im Ostteil der Stadt“<sup>115</sup> wurde die Staatsregierung aufgefordert, „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die von der Stadt Leipzig angestrebte Bildung eines überwiegend von Ausländern bewohnten Ghettos (einer ‚China-Town‘ bzw. eines ‚Klein-Arabien‘ und ‚Klein-Moskau‘) (...) zu verhindern“. Als Begründung wurden die Krawalle in Frankreich angegeben:

„Die schweren, insbesondere von Maghrebinern und Schwarzafrikanern verursachten Krawalle, die Anfang November 2005 ganz Frankreich erschütterten, haben zum wiederholten Male gezeigt, daß die Bildung von Parallelgesellschaften, die der Mehrheitsgesellschaft kulturell, religiös und ethnisch fremd sind, eine schwere Gefahr für den inneren Frieden eines jeden Landes darstellen. Darüber hinaus ist die Forcierung von Zuwanderung in eine Stadt mit über 20 Prozent Arbeitslosigkeit auch aus ökonomischen und sozialen Gründen strikt abzulehnen.“<sup>116</sup>

In seiner Rede in der Landtagsdebatte am 8. Dezember 2005 über diesen Antrag polemisierte der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel weiter gegen die Pläne zur Aufwertung des Viertels. Man könne „sich schon jetzt lebhaft ausmalen, welchen Fortgang dieses Projekt nehmen wird [...]“. Das Viertel werde „nach und nach von Ausländern majorisiert, nach einiger Zeit wird es erste Berichte über Schutzgelderpressungen und Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern geben. Am Ende wird

---

115 Sächsischer Landtag, Drucksache 4/3533 vom 23.11.2005; vgl. [http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_dokumente/2005/drs\\_3533\\_china\\_town.pdf](http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_dokumente/2005/drs_3533_china_town.pdf).

116 Ebenda.

sich die Polizei nicht mehr in das Gebiet trauen und die Multi-Kulti-Fanatiker werden das Scheitern ihres Projekts wort- und tränenreich bejammern“.<sup>117</sup>

Die Pflege in der Bevölkerung nicht selten vorhandener Vorurteile ohne Belege betrieb auch der NPD-Abgeordnete Winfried Petzold. In derselben Debatte sprach er von der „Schaffung eines Ausländerghettos“ und einer „erzwungene[n] Multikulturalisierung des Leipziger Ostens“, die „potentielle Mieter und Wohnungskäufer dort mit Sicherheit abschrecken“ würde. Petzold stellte die Pläne der Stadt Leipzig als eine gezielte Strategie von „Apologeten eines multikulturellen Leipzig“ dar, die „offensichtlich mal wieder auf die altbekannte Salami-Strategie“ setzen, um „durch einen schleichenden Prozeß Fakten zu schaffen, die dann irgendwann das Prädikat irreversibel angeheftet bekommen“. Petzold geriert sich im Folgenden als in für Rechtsextremisten typischer Manier als Anwalt der sozial Schwachen – wenn diese sozial Schwachen Deutsche sind: „Ausgerechnet der sozial schwache Leipziger Osten soll also eine Zukunft als multikulturelle Großsiedlung vor sich haben. Nach der Integrationsfähigkeit und der Integrationsbereitschaft der heute dort lebenden, eher einkommensschwachen Unter- und Mittelschichten wird erst gar nicht gefragt“.<sup>118</sup>

Der Kampfbegriff von rechtsextremer Seite in dieser Debatte ist wie so häufig „Multikulti“. Ein Blick in den Eintrag „Multikulturell“ im oben

---

117 Rede des Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel vom 8.12.2005 zum NPD-Antrag „Verhinderung einer von der Stadt Leipzig angestrebten Bildung eines überwiegend von Ausländern bewohnten Ghettos im ‚Block 99‘ im Ostteil der Stadt Leipzig“ (Drs. 4/3533) – Teil 1; Online abrufbar unter: [http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_fraktion/2005/081205\\_teil1\\_rede\\_des\\_fraktion.html](http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_fraktion/2005/081205_teil1_rede_des_fraktion.html) [4.1.2006].

118 Rede des Abgeordneten Winfried Petzold vom 8.12.2005 zum NPD-Antrag „Verhinderung einer von der Stadt Leipzig angestrebten Bildung eines überwiegend von Ausländern bewohnten Ghettos im ‚Block 99‘ im Ostteil der Stadt Leipzig“ (Drs. 4/3533) – Teil 2; Online abrufbar unter: [http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_fraktion/2005/081205\\_teil2\\_rede\\_des\\_abgeordn.html](http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_fraktion/2005/081205_teil2_rede_des_abgeordn.html) [4.1.2006].

bereits zitierten „Kleinen Lexikon der politischen Grundbegriffe“ öffnet den Blick auf den vollen ideologischen Hintergrund bzw. die wahre Stossrichtung der NPD-Kampagne. Hier heißt es, die Vorstellung eines Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen „missachte das Recht eines Volkes, in seinem Lebensraum ausschließlich seiner eigenen Überlieferung und Lebensgestaltung Raum zu geben und bereitet der Wahnvorstellung von der ‚Einen Welt‘ den Boden“. In diesem Sinne ist eine Ansiedlung in einem völkischen Sinne nichtdeutscher Menschen im angestammten deutschen Lebensraum Leipzig-Volkmarsdorf nicht nur eine Missachtung des Volkes, sondern auch schon lokal die Wegbereitung des verhassten Globalismus (vgl. hierzu Kapitel IV). Weiter heißt es im „Kleinen Lexikon“: „Nationalisten lehnen die Zusammenschließung fremder Kultur- und Volksteile in die Nationalkultur ab“. <sup>119</sup> Erst unter Berücksichtigung dieser monistischen Weltsicht ist es zu verstehen, dass die Pläne um den „Block 99“ für Rechtsextremisten viel mehr sind, also die bloße kommunale Ansiedlung einiger ausländischer Betriebe. Wer die Welt so sieht, kann nicht einfach „woanders hinziehen“ oder den Sachverhalt ignorieren, denn es geht um nicht weniger als einen lokalen kultur- und volkszersetzenden Akt.

Dass die NPD sich mit Volkmarsdorf auf eine ihrer Hochburgen stützt und gerade dort präsent bleiben will, zeigte sich in der Ausweitung der Kampagne im Stadtteil selbst. Unter Bezugnahme auf die Krawalle des Winters 2005 in den französischen Vororten verteilte die NPD Anfang Dezember nach eigenen Angaben 50.000 Flugblätter mit dem Titel „Kein ‘China-Town’ im Leipziger Osten“ in Volkmarsdorf. <sup>120</sup> Dort heißt es wieder im Sinne der oben ausgeführten Ideologie: „Wehret den Anfängen!

---

119 „Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006“, hrg. vom Deutsche Stimme-Verlag, Riesa, ohne Seiten (siehe: <http://www.ds-versand.de>), Eintrag „Multikulturell“.

120 So die Einlassungen einer Pressemitteilung mit dem Titel „NPD-Fraktion gegen Ghettobildung in sächsischer Großstadt“ vom 6.12.2005: [http://www.npd-sachsen.de/npd\\_sa\\_info/presse/2005/061205\\_weder\\_\\_china-town\\_\\_noch.html](http://www.npd-sachsen.de/npd_sa_info/presse/2005/061205_weder__china-town__noch.html).



Ganz gezielt sollen Krisenherde geschaffen werden, um im Sinne der Globalisten Völker aufeinander zu hetzen.<sup>121</sup> „Globalisten“ gelten als verschworene Gruppe übermächtiger Globalisierungsbefürworter, die angeblich eine planvoll gesteuerte Vernichtung von Kulturen, Traditionen und Werten anstreben (vgl. hierzu genauer das Kapitel IV).



**Abb. 6: NPD-Infoblatt „Chinatown Leipzig“**

Quelle: [www.npd-fraktion-sachsen.de](http://www.npd-fraktion-sachsen.de)

Einen Brand in einer chinesischen Textilhandlung nimmt das neurechte Wochenblatt „Junge Freiheit“ (JF) Ende 2005 zum Anlass, um unter der Überschrift „Eine Parallelgesellschaft vom Reißbrett“ über den Leipziger „Block 99“ zu berichten.<sup>122</sup> Zutreffend beschreibt die JF die Pläne des

<sup>121</sup> Das Flugblatt ist online abrufbar unter: [http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_dokumente/2005/chinatown\\_infoblatt.pdf](http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_dokumente/2005/chinatown_infoblatt.pdf) (Stand: 10.2.2006).

<sup>122</sup> Harald Fournier, „Eine Parallelgesellschaft vom Reißbrett“, Junge Freiheit Nr. 52/05-1/06 v. 23./30.12.2005, S. 4.

„nach der Wende aus Westdeutschland nach Leipzig gezogenen [Leiter des Amts für Stadterneuerung] Gerkens“ als „ein gefundenes Fressen“. In der Tat kann die NPD hier ihr gesamtes Arsenal an Ressentiments gegen Ausländer, „Multikulti“ und „Wessis“ in Anschlag bringen. Ängste vor „Überfremdung“, durch Ausländer wie eine Seuche eingeschleppte Kriminalität und das Beschwören der Unmöglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit Ausländern per se führt in das Zentrum rechtsextremer, völkischer Ideologie. Dass diese Ressentiments von einem nicht kleinen Teil der Bevölkerung geteilt werden, haben zahlreiche Studien der Einstellungsforschung gezeigt, zuletzt die Forschungsreihe „Deutsche Zustände“ (Heitmeyer 2002-2006).

## ***2. Großbritannien***

Auch in Großbritannien hat sich die extreme Rechte – schon seit den 1970er Jahren – verstärkt der sozialen Frage angenommen. Stärker noch als in Deutschland ist hier der Diskurs rassistisch und antisemitisch geprägt. Die Frontlinie wird hier zwischen der weißen, in England geborenen Bevölkerung und der farbigen, aus den ehemaligen Kolonien des britischen Empire gezogen.

Die Ideologie und das politische Programm der National Front war bei ihrer Gründung Ende der 1960er Jahre nationalistisch, rassistisch und von einem starken Antisemitismus durchdrungen (vgl. zum Folgenden Ignazi 2003: 181 f. und Fielding 1981). Die NF vertrat einen biologisch und genetisch begründeten Rassismus, der zwischen höher- und minderwertigen Rassen und Nationen unterschied. Die höherwertigen Rassen seien in ihrer dominierenden Stellung ständig von den unterlegenen Rassen bedroht, die größte Bedrohung ginge dabei von den Juden aus, die den Finanzmarkt kontrollierten, Migration, Liberalismus, Kommunismus etc.

förderten, um „britische Werte“ und die Vorherrschaft der weißen Rasse zu unterminieren. Das faschistische Erbe der NF wurde während der 1970er Jahre etwas zurückgedrängt, vor allem um mit einem gemäßigeren Kurs auch enttäuschte Konservative anzusprechen. Der Antisemitismus wurde zurückgestellt und durch verbale Angriffe gegen schwarze Immigranten ersetzt. Mitte der 1980er Jahre, nach der Spaltung der NF kam eine „dritte Generation“ von Rechtsextremisten an die Macht (u.a. Nick Griffin, der spätere Führer der BNP), die sich wieder den ideologischen Ursprüngen der NF zuwandten und einen zunehmend radikaleren antikapitalistischen Kurs verfolgten. Mitte der 1980er Jahre wurden dann etwa die Bergarbeiter während ihres langen Streiks unterstützt. Ideologisch wurden Positionen des „linken“ Nationalsozialisten Otto Strasser und des antimodernen, faschistischen Intellektuellen, dem Italiener Julius Evola, aufgegriffen. Die Forderung nach einer „Rückkehr zur Natur“, die Verdammung der Stadt als Hort physischer und moralischer Entartung, die Ablehnung der Nuklearenergie und die Forderung nach einem Austritt aus der NATO gehörte zu den Hauptpositionen der NF in dieser Zeit. 1987 kam es zu einer weiteren Spaltung, in deren Folge ein Flügel weiter einen antikapitalistischen, strasseristischen, rassistischen und antisemitischen Kurs verfolgte, während eine kleinere Gruppe um Griffin sich dem Konzept des „politischen Soldaten“ zuwandte, der seinen Idealen treu bleiben, durch beispielhafte Taten auffallen und sich auf die Entscheidungsschlacht vorbereiten sollte (vgl. dazu auch Eatwell 1996).

### *2.1 Grundbegriffe: „British workers first!“*

Das was im Kapitel 1.1 über die Begriffslandschaft des deutschen Rechtsextremismus ausgeführt wurde, gilt auch für den britischen: Begriffe sind nicht szeneweit einheitlich definiert und es lassen sich daher keine allgemeingültigen Aussagen zu zentralen Grundbegriffen machen.

Fest steht jedoch, dass traditionell eine enge Verknüpfung der sozialen Frage mit denen der Rasse und Abstammung im britischen Rechtsextremismus stattfindet. Im Folgenden soll eine Annäherung an die Begrifflichkeiten des britischen Rechtsextremismus im Hinblick auf die soziale Frage stattfinden.

Ein Blick auf den ersten Absatz des „Mission Statements“ der BNP zeigt sehr deutlich, welchem Bevölkerungsteil diese sich verpflichtet fühlt – und im Umkehrschluss, welchem nicht:

The British National Party exists to secure a future for the indigenous peoples of these islands in the North Atlantic which have been our homeland for millennia. We use the term indigenous to describe the people whose ancestors were the earliest settlers here after the last great Ice Age and which have been complemented by the historic migrations from mainland Europe. The migrations of the Celts, Anglo-Saxons, Danes, Norse and closely related kindred peoples have been, over the past few thousands years, instrumental in defining the character of our family of nations.<sup>123</sup>

Tatsächlich ähnelt der erste Satz den „14 Words“ des amerikanischen Rechtsterroristen David Lane, die im weltweiten Neonazismus mittlerweile den Status eines Glaubensbekenntnisses erlangt haben: „We must secure the existence of our people and a future for White children“ (vgl. Grumke 2001).

Auf dieser ideologischen Basis vertritt die BNP eine „British workers first!“-Programmatik.<sup>124</sup> In diesem Zusammenhang wird eindeutig gefordert, Arbeitsstellen bevorzugt an Briten zu vergeben und eine Rück-

---

123 „Mission“ der BNP auf: <http://www.bnp.org.uk/mission.htm> (5.3.2006).

124 Vgl. hier und im Folgenden: <http://www.bnp.org.uk/policies/policies.htm> (5.3.2006).

führung von Ausländern in „their lands of ethnic origin“ vorzunehmen, damit sie nicht weiter den britischen Arbeitsmarkt belasten. Sozialdemagogisch verknüpft die BNP des weiteren die Notlage gesellschaftlicher Gruppen wie z.B. Rentnern, wenn sie fordert: „pensioners before asylum seekers!“. Es kann also den weißen britischen Rentnern erst dann wieder gut gehen, wenn die Zuwanderer Großbritannien wieder verlassen haben. Ähnlich verhält es sich, wenn weitere Ressentiments geschürt werden in der Kritik der BNP an der britischen Entwicklungshilfe. Unter der Überschrift „FOREIGN AID - time to spend our money on our own people!“ wird angekündigt: „We will link foreign aid with our voluntary resettlement policy, whereby those nations taking significant numbers of people back to their homelands will need cash to help absorb those returning“. Weiße Briten werden des weiteren – laut BNP Dank der verfehlten Regierungspolitik – als Bürger zweiter Klasse bezeichnet, deren Interessen nur noch von der BNP wahrgenommen werden. Ähnlich argumentieren auch deutsche Rechtsextremisten.

In gleicher Weise verfährt ein Artikel mit dem Titel „The Cancer of Liberalism“, wenn hier soziale Verfehlungen einem nebulösen „liberal social engineering“ zur Last gelegt werden:

Communities where harmony once reigned, where poverty was the norm but crime was not, where doors were left unlocked, where people bent over backwards to help each other out, have disappeared. These places are now festering heaps of crime and resentment, where nasty people rule and nice people can't do anything about it because the establishment won't help them. That's the price of liberal social engineering. A price paid in the blood of the British people.<sup>125</sup>

---

125 „The Cancer of Liberalism“, unter: [http://www.bnp.org.uk/articles/cancer\\_liberalism.htm](http://www.bnp.org.uk/articles/cancer_liberalism.htm) (5.3.2006).

Ähnlich wie im deutschen Rechtsextremismus hängen hier alle Begriffe aufs Engste zusammen und werden – völkisch aufgeladen – gegen die Regierung im Einzelnen und eine offene, pluralistische Gesellschaft im Allgemeinen in Stellung gebracht. Die gesellschaftliche, ökonomische und soziale Krise, die in schillernden Farben gemalt wird, ist geradezu Voraussetzung für die rechtsextreme Propaganda und wird in allen Punkten auf Immigration, Multikulti und das „System“ an sich zurückgeführt. Die soziale Frage wird deutlich der Abstammungs- und Identitätsfrage untergeordnet. Dies wird auch deutlich durch die Zusammenfassung des Wahlmanifests der BNP, wo es heißt:

Es ist „our commitment to ensure that these islands in the North Atlantic remain our homeland for all time and that all economic and social structures, institutions and legislation must be built or developed around the fundamentals of ensuring the freedom and security of our people and maintaining our unique cultural and ethnic identity“.<sup>126</sup>

## *2.2 Kampagnen zur sozialen Frage*

Der weitgehenden Delegitimierung rechtsextremer und neo-nazistischer Positionen im öffentlichen Diskurs Großbritanniens - vor allem zu Lasten von NF und BNP – versuchte vor allem die BNP entgegenzutreten. Unter Nick Griffin, der die soziale Ächtung des Rechtsextremismus und offen faschistischer Positionen in Großbritannien als größtes Hindernis für eine Etablierung seiner Partei erkannt hatte, wurde eine teilweise Modernisierung der Partei vorangetrieben. Die Sprache wurde gemäßiger, vergangenheitsbezogene Themen wie die Holocaustleugnung und die rassistischen Positionen wurden – ähnlich wie in Deutschland - in den

---

<sup>126</sup> BNP, General Election Manifesto 2005, unter: <http://www.bnp.org.uk/candidates2005/manifesto/manfcon.htm> (5.3.2005).

Hintergrund gerückt. Die im Parteiprogramm der BNP enthaltene Forderung nach der „zwangsweisen Ausweisung“ („compulsary repatriation“) wurde von Nick Griffin öffentlich zurückgenommen, stattdessen setzte man auf eine „freiwillige Rückkehr“ („voluntary repatriation“) (vgl. Copsey 2004: 73, 89 f.). Zu dieser Modernisierung der Partei und der strategischen Neuausrichtung zählt auch die Verlagerung der Aktivitäten auf die Gemeindeebene. Tyndalls BNP setzte vor allem auf die Teilnahme an den britischen Parlamentswahlen, ohne größere Erfolge. Erst mit der Orientierung auf lokale Schwerpunkte und kommunale Probleme konnten Wahlerfolge verzeichnet werden. Vereinzelt seit Anfang der 1990er und verstärkt seit der Amtsübernahme von Nick Griffin versuchte die BNP, mit lokalen Kampagnen zu sozialen Themen, welche die Nachbarschaften beschäftigten, Anerkennung und Legitimität zu erwerben.

In dieser Hinsicht stellten die Wahlerfolge der BNP in verschiedenen Wahlbezirken des Ost-Londoner Stadtteils Tower Hamlets und die damit verbundene Kampagne „Rights for Whites“ anfangs der 1990er Jahre einen Wendepunkt dar (vgl. Copsey 1996; Eatwell 1998 und Copsey 2004: 50-74). Bereits im Mai 1990 konnte der BNP-Kandidat Steve Smith im Wahlbezirk Holy Trinity 9,71 Prozent (absolut: 290 Stimmen) und im Juli 1990 in einer Nachwahl im Wahlbezirk Park 8,4 Prozent (absolut: 130 Stimmen) gewinnen. Die BNP konzentrierte daraufhin ihre Aktivitäten auf bestimmte Wahlbezirke im Londoner East End und konnte sich bei einer lokalen Nachwahl im Oktober 1992 als nicht zu unterschätzende Kraft präsentieren: Ihr Kandidat Barry Osborne erreichte dabei 20 Prozent der Stimmen (absolut: 657 Stimmen) im Wahlbezirk Millwall. 1993 wurde schließlich der BNP-Kandidat Derek Beackon mit 34 Prozent (1480 Stimmen) zum local councillor im selben Bezirk gewählt. Mit diesem Wahlerfolg wurde zum ersten Mal seit den 1970er Jahren wieder ein Kandidat einer rechtsextremen Partei in ein Lokalparlament gewählt. Bei den Wahlen zum Stadtrat 1994 erzielte die BNP schließlich mit nur acht

Kandidaten 7,0 Prozent (absolut: 4.140 Stimmen) bei einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung von 53,6 Prozent und wurde damit zur drittstärksten Partei nach Labour und den Liberaldemokraten, die mit 50 bzw. 47 Kandidaten angetreten waren. In den vier Wahlbezirken (Millwall, Holy Trinity, St. James' und St. Peter's), in denen die BNP angetreten waren, erreichten ihre Kandidaten zwischen 20 und 27 Prozent.<sup>127</sup> Wie und unter welchen Kontextbedingungen war ein solcher (lokaler) Erfolg möglich?



**Abb. 7: Karte der Londoner Bezirke**

Quelle: <http://www.londontown.com/restaurants/images/boro/Tower-Hamlets.gif>

<sup>127</sup> Detaillierte Wahlergebnisse von Tower Hamlets unter: <http://www.election.demon.co.uk/thbc/thbc.html> [17.12.2005].





**Abb. 8: Karte des Londoner Stadtteils Tower Hamlets**

Quelle: <http://www.towerhamlets.gov.uk/images/maps/oldwards.gif>

*Fallbeispiel: „Rights for Whites“*

Tower Hamlets ist, wie viele andere städtische Viertel, von den Folgen der De-Industrialisierung gekennzeichnet und gehört zu den ärmsten Stadtteilen in Großbritannien (vgl. dazu Copsey 1996: 126 ff.). Die Arbeitslosigkeit lag Anfang der 1990er Jahre bei ca. 20 Prozent und die Versorgung mit städtischem Wohnraum stellte ein großes Problem dar. Etwa ein Drittel der 170.000 Einwohner waren Angehörige ethnischer Minderheiten, drei Viertel davon aus Bangladesh. Die weiße Bevölkerung sah sich außerdem einer demographisch negativen Entwicklung gegenüber, während die migrantische Bevölkerung schnell wuchs. Diese

Situation sorgte vor allem bei der weißen Bevölkerung für Ängste vor einer Auflösung gewachsener sozialer Beziehungen und stellte nach allem Ermessen einen entscheidenden Faktor für den Erfolg der BNP dar, einer Partei, die es geschickt versteht, sich als Sachverwalter für die Interessen der weißen Bevölkerung zu gerieren. Dennoch müssen weitere Faktoren berücksichtigt werden.

Nigel Copsey (1996: 127 f.) vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass die BNP in der Zeit vor dem Wahlerfolg in Tower Hamlets die Akzeptanzschränke und die Delegitimierung ihrer Positionen überwunden, und in einem mehrstufigen Prozess, der von externen und internen Entwicklungsdynamiken bestimmt war, Legitimation auf der lokalen Ebene erworben hat. Während zahlreiche Beobachter vor allem externe Faktoren wie die Arbeitslosigkeit, die Folgen der De-Industrialisierung, soziale Deprivation etc. in dem entsprechenden Stadtviertel für den Wahlerfolg hervorheben, sind veränderte Taktik und Praxis der BNP in Tower Hamlets nur unzureichend beachtet worden (ebd.: 125 f.). Als externer Faktor ist die Politik der in Tower Hamlet regierenden Liberaldemokraten zu nennen, die versuchten, die Ressentiments ihrer Wählerschaft gegenüber den ethnischen Minderheiten anzusprechen, etwa indem sie den Eindruck erweckten, die „lokale“, d.h. weiße Bevölkerung bei der Wohnungsvergabe gegenüber den Einwanderern zu bevorzugen. Durch das Ausspielen der rassistischen Karte im Wettbewerb um Wählerstimmen öffnete sich aber der legitime politische Raum für die Positionen der BNP (Copsey 1996: 129 und 131 ff.).

Letztlich entscheidend für den Wahlerfolg war aber eine veränderte Taktik der BNP, sich spontanen lokalen Protesten der Bevölkerung anzuschließen und sich dann systematisch mit der Kampagne „Rights for Whites“ als legitime Vertreter der Interessen der weißen Bevölkerungsmehrheit zu präsentieren. Diese Initiative ging von den lokalen Aktivisten

aus. Während die Führung der BNP in den 1980er Jahren nur sehr zurückhaltend auf der lokalen Ebene agierte und eher auf die landesweiten Wahlen und die damit verbundene Möglichkeit konzentrierte, Wahlspots im britischen TV zu senden, wurde Anfang der 1990er Jahre eine neue Strategie lokalen Engagements gewählt: „The aim was to neutralize the Nazi ‚smear‘ by local contact and to construct some semblance of local political legitimacy by clearly substantiating a social conscience“ (Copsy 1996: 130 f.).

Der Beginn des lokalen Engagements der BNP in Tower Hamlets stellte die Beteiligung von ca. 50 Parteiaktivisten an einem Protestmarsch von 300 weißen Einwohnern im Februar 1990 dar, die sich versammelten nachdem ein weißer Schüler von einer Gruppe asiatischer Jugendlicher angegriffen und erstochen wurde. Daraufhin wurden zahlreiche Flugblätter, Aufkleber und Exemplare der Parteizeitung „British Nationalist“ an die lokale Bevölkerung verteilt (Ebd: 129 f.). Nach den ersten kleinen Wahlerfolgen in den Wahlbezirken Holy Trinity und Park im Jahr 1990 initiierte die BNP Proteste gegen die Schließung eines Kindergartens. Eine Initiative, die von den betroffenen Müttern begrüßt wurde. Durch dieses lokale Engagement konnte die BNP schrittweise ihre Außenseiterstellung überwinden.

Die regierenden Liberaldemokraten reagierten auf diese Entwicklung wiederholt damit, selbst das Thema „Rasse“ anzusprechen, etwa indem ein lokaler Abgeordneter öffentlich verkündete, man habe keinen Platz mehr für Immigranten oder indem Labours Politik der „positiven Diskriminierung“ in Flugblättern angegriffen wurde. Die BNP konnte sich, nachdem wiederum der Raum legitimer politischer Äußerung für rassistische Ressentiments geöffnet war, darauf konzentrieren, den Liberaldemokraten vorzuwerfen, sie würden trotz ihrer verbalen Radikalität und ihrer angeblichen Bevorzugung der weißen Bevölkerung diese verraten und etwa bei der Wohnungsvergabe weiterhin die Einwanderer aus Bang-

ladesh bevorzugen (Ebd.: 133). Diesen Wettbewerb der Ressentiments konnte vorerst nur die BNP gewinnen.

Nach dem Wahlerfolg des BNP-Kandidaten Derek Beackon bei den Kommunalwahlen 1993 setzte allerdings eine großangelegte Kampagne von Gewerkschaften und antirassistischen Initiativen ein. Diese sorgten für eine erhebliche, landesweite Aufmerksamkeit und es gelang, weite Teile der Bewohnerschaft, vor allem Angehörige der ethnischen Minderheiten, zu mobilisieren. Bei den nächsten Wahlen 1994 konnte Beackon zwar die Zahl der absoluten Stimmen geringfügig steigern, der Labour-Kandidat allerdings konnte sein Ergebnis gegenüber dem Vorjahr verdoppeln und damit den Sitz von Beackon zurückerobern. Ausschlaggebend dafür war die um über 22 Prozent gestiegene Wahlbeteiligung.<sup>128</sup> Ein weiterer – interner – Faktor für den Misserfolg der BNP in Tower Hamlets in der Folgezeit waren die daraufhin ausbrechenden Fraktionskämpfe (vgl. dazu Copsey 2004: 66-74). Von dem Wahlerfolg 1993 wurden vor allem aggressive und aktionistisch orientierte junge Männer angezogen, die schnell mit dem moderaten Auftreten im Rahmen der „Rights for Whites“-Kampagne unzufrieden waren und sich eher vom Aktionismus und radikalem Anspruch von Combat 18 (siehe unten) angesprochen fühlten. Bereits hier kam es zu ersten Brüchen zwischen den Anhängern eines um politische Respektabilität und lokale Akzeptanz werbenden „Realo“-Flügels und den Vertretern des radikalen „Fundis“-Flügels, der darin einen Verrat an den eigenen Idealen sah. Da Parteiführer Tyndall – und interessanterweise zu dieser Zeit auch der Newcomer Nick Griffin – eher auf Seiten des fundamental-oppositionellen Flügels standen, konnte sich der moderate Flügel nicht durchsetzen.<sup>129</sup>

---

128 Vgl. Unite Against Fascism Conference, Strategies to stop the BNP, Briefing Paper #4, 26 Feb 2005, Online unter: <http://www.uaf.org.uk/resources/0502EVPaper4.pdf> [13.3.2006].

129 Weiterführend zu aktuellen Tendenzen der extremen Rechten in London, auf die wir hier nicht weiter eingehen können: vgl. „The Far Right in London – a challenge for local democracy?“ Published by The Joseph Rowntree Reform Trust, Water End (York) 2005, unter: [http://www.jrrt.org.uk/Far\\_Right\\_REPORT.pdf](http://www.jrrt.org.uk/Far_Right_REPORT.pdf) [13.3.2006].

### *Fallbeispiel: Oldham*

Der Aufschwung der BNP und erste Wahlerfolge in Oldham, im Nordwesten Englands begannen in den Jahren 2000/01. Drei Faktoren bildeten dafür die Voraussetzung (vgl. Copsey 2004: 124 f.): 1.) die Aktualität des Asylthemas und die Politisierung des Themas „Rasse“ im Mainstream-Diskurs, 2.) die moderatere Ausrichtung der BNP und 3.) das „Graswurzel“-Engagement von BNP-Aktivisten in einzelnen Kommunen. Eine neue Qualität und neue Impulse bekam die Partei insbesondere nach den Unterhauswahlen 2001, bei denen Nick Griffin mit 16,4 Prozent der Stimmen in Oldham West eines der besten Ergebnisse einer rechtsextremen Partei bei einer britischen Parlamentswahl erzielte. Dem spektakulären Wahlerfolg war eine Serie von Ereignissen vorausgegangen, in denen die BNP in Oldham an Aufmerksamkeit und lokaler Glaubwürdigkeit gewinnen konnte.

Anfang 2001 sorgten mehrere Aktionen der Polizei im nordwestenglischen Oldham, einer Region, in der die BNP mittlerweile eine starke lokale Basis etabliert hat, für eine weitere Verschärfung und einen deutlichen Aufschwung der BNP (Vgl. Copsey 2004: 125 ff. und Renton 2003). Basierend auf der Aussage von Eric Hewitt, Chef der Polizei von Oldham, dass die Zahl rassistischer Vorfälle dramatisch angestiegen sei und über 60 Prozent der Opfer Weiße seien, hatte die Lokalpresse seit Januar 2001 mehrere Berichte über den Anstieg rassistisch motivierter Gewalt asiatischer Jugendgangs gegenüber der weißen Bevölkerung gebracht und damit den Eindruck ständig präsenter „rassistischer Spannungen“ erweckt: „The city’s white population was led to believe that it was the victim of an Asian race ‚mafia‘. But many Asians believed that they suffered much greater injustices, such as higher unemployment, worse schools and housing“ (Renton 2003: 79).

BNP und NF ergriffen in dieser Situation die Initiative, verteilten Unmengen an Flugblättern und organisierten zwischen Februar und Mai 2001 mehrere Demonstrationen und Aufmärsche, die auch durch die mehrheitlich von Asiaten bewohnten Stadtteile führten. In Anlehnung an die „Rights for Whites“-Kampagne der frühen 1990er Jahre in Tower Hamlets demonstrierten im Februar 2001 BNP-Aktivisten für „Equal Rights for Oldham Whites“. Während die NF aber ein deutlich aggressiveres und provozierenderes Verhalten an den Tag legte, versuchte BNP-Führer Griffin sich zwar einerseits als Verteidiger der „Rechte von Weißen“ in Oldham zu profilieren, sich gleichzeitig aber auch vom gewalttätigen Extremismus der NF zu distanzieren: „Griffin was keen to raise the temperature but the BNP had dropped the confrontational ‚march and grow‘ tactics of the past“ (Copsey 2004: 127). Die BNP ging subtiler vor, in der bereits angespannten Situation hängten BNP-Anhänger am „St. George’s Day“ (23. April), dem englischen Nationalfeiertag, St. George’s-Flaggen an Lampenmasten über die Straße, in der Gewissheit, dass die Stadtverwaltung sie wegen Behinderung des Verkehrs wieder entfernen würde (vgl. ebd.). In den Leserbriefspalten der Lokalzeitungen wurde diese Aktion der Verwaltung heftig kritisiert und heizte die Atmosphäre weiter an. Zum gleichen Zeitpunkt erklärte Griffin, er würde bei den kommenden Unterhauswahlen in Oldham kandidieren, eine Ankündigung, die zu diesem Zeitpunkt für große Publizität in der Lokalpresse sorgte.

Ende April liefen dann 450 Fußballhooligans des Stoke City FC in einem von Asiaten bewohnten Viertel Amok, woraufhin die Spannungen in den folgenden Wochen eskalierten und es immer wieder zu Ausschreitungen und Gewalttaten kam. Sie wurden teilweise von Anhängern der NF aus Birmingham und London initiiert (Copsey 2004: 127). Die Situation wurde durch das ungeschickte Vorgehen der Polizei weiter verschärft. Laut einem Beobachter legte sie ein wenig hilfreiches Verhalten an den Tag: „When white crowds gathered, the police allowed them to

march through Asian areas. When Asian crowds gathered, the police acted to disperse them“ (Renton 2003: 79). Die Spannungen stiegen und am 26. Mai kam es dann zu aufrührerischen Zuständen, nachdem sich Gruppen weißer Jugendlicher, unter ihnen Anhänger von Combat 18, der BNP und rassistische Fußballhooligans in mehreren Pubs in Oldham versammelten, um die asiatische Bevölkerung zu provozieren. Diese Erwartung wurde nicht enttäuscht und mehrere hundert asiatische Jugendliche versammelten sich im Zentrum eines von Pakistanern bewohnten Viertels und randalierten (Copsey 2004: 128). Die Situation geriet nach und nach außer Kontrolle und es kam zu Ausschreitungen, bei denen junge Asiaten begannen, Molotowcocktails auf die Polizei zu werfen und Autos anzuzünden. Erst in den Tagen danach flaute die Gewalt langsam ab.

BNP-Führer Griffin spielte bei diesen Ereignissen eine wichtige Rolle und versuchte durch geschicktes Taktieren, einerseits die Ressentiments der weißen Bevölkerung für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren, auf der anderen Seite versuchte er sich aber auch vom gewalttätigen Extremismus der NF abzusetzen. Seine Rolle während der Unruhen am 26. Mai ist nicht geklärt, er befand sich vor einem der Pubs, musste aber den Ort verlassen, nachdem er von zwei Führungsfiguren von Combat 18 bedroht wurde (vgl. Copsey 2004: 129).

In den darauf folgenden Interviews mit der lokalen, nationalen und internationalen Presse grenzte Griffin sich deutlich von der NF ab und präsentierte die BNP als Stimme der aufgebrachten Weißen, die das Gewaltpotential entschärfen könne (ebd.). In einem Interview mit einer Lokalzeitung erklärte er: „We’re not here to put others down or cause trouble, all we want is a fair deal for our own people: equal rights for whites!“ (zit. nach ebd.). Nachdem so die Grenze zur aggressiven NF gezogen war, bemühte sich die BNP in einer Haustürkampagne direkt an die Wähler heranzutreten. Über 50 Aktivisten aus dem gesamten Land zusammenge-

zogen verteilten Tausende von Flugblättern, in denen „Muslime“ für die Krawalle verantwortlich gemacht wurden und den etablierten Parteien der Vorwurf gemacht wurde, die Interessen der weißen Wählerschaft zu vernachlässigen. Außerdem wurden innovative und für die BNP neue Methoden angewandt, eine CD wurde verteilt, auf der Menschen erklärten, warum sie die BNP wählen und auf den Internetseiten der BNP wurde eine Sonderseite zu Oldham angeboten. Solcherart konnte sich die BNP Glaubwürdigkeit und lokale Legitimität erwerben, die sich dann auch bei Wahlen auszahlte. Neben Griffin holte ein weiterer Kandidat der BNP, Mick Treacy, bei den Unterhauswahlen in Oldham-East 11,2 Prozent der Stimmen. In anderen Gegenden konnte die BNP bei diesen Wahlen aber nicht von den Ereignissen profitieren.

**Tabelle 10: Wahlergebnisse der BNP in Oldham seit 2001**

Wahlen	Anzahl der Kandidaten	Stimmen insgesamt (absolut)	durchschnittl. Stimmzahl (absolut)	durchschnittl. Stimmzahl (in Prozent)	höchstes Ergebnis eines Einzelkandidaten (in Prozent)
2001 Unterhaus	2	11.643	5.822	13,8	16,4 (Nick Griffin)
2002 Kommunal	5	4.391	878	27,3	35,0
2003 Kommunal	10	7.835	784	27,0	33,7
2004 Europa	-	7.486	-	10,4	-
2004 Kommunal	6	4.754	792	18,6	21,0
2005 Unterhaus	2	4.715	2.358	5,9	6,9

Quelle: Young 2003, Yonwin 2004, Mellows-Facer / Cracknell / Yonwin 2004; für 2005 Sonderseiten der BBC zur Wahl 2005,<sup>130</sup> eigene Berechnungen.

130 [http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk\\_politics/vote\\_2005/constituencies/default.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/vote_2005/constituencies/default.stm).



Nachdem die BNP sich einen lokalen Glaubwürdigkeitskredit in Oldham erarbeitet hatte, konnte sie auch bei darauffolgenden Wahlen immer wieder außergewöhnlich gute Ergebnisse erzielen, wenngleich es der BNP nicht gelang, einen Abgeordnetensitz zu gewinnen (siehe Tab. 10). Den massiven Einbruch der Wählerunterstützung bei den Unterhauswahlen 2005 führen antifaschistische Beobachter auf den Erfolg einer langfristig angelegten, von den Gewerkschaften getragenen Kampagne gegen die BNP zurück. Dabei sei es gelungen, eine Koalition von Gewerkschaften, den Communities der Pakistani und Bangladeshis und anderer gesellschaftlicher Gruppen zu bilden, die schließlich auch von der Lokalpresse und der Stadtverwaltung unterstützt wurde.<sup>131</sup> Auch hier hatte man, wie in Millwall/Tower Hamlets Mitte der 1990er Jahre, Erfolg dabei, die Wahlbeteiligung in den Bezirken in, denen die BNP antrat, deutlich zu steigern.<sup>132</sup>

Dennoch bleibt festzuhalten, dass in Oldham seit 2001 unter Ausnutzung der ethnisierten sozialen Frage die Basis für weitere Wahlerfolge auch in anderen Orten gelegt wurde. Und hier wurde nicht zuletzt die BNP endgültig kampagnenfähig und konnte Erfahrung für andere Lokalkampagnen erwerben.

Mit größerem Erfolg, jedenfalls in Hinsicht auf die bei Kommunalwahlen erzielten Mandate, führte die BNP ihren Versuch, mit lokalen Kampagnen politische Respektabilität zu gewinnen, in Burnley durch.

### *Fallbeispiel Burnley*

Burnley, im Nordwesten Englands nördlich von Manchester gelegen, ist in vielerlei Hinsicht mit Oldham vergleichbar. Auch hier befanden

---

131 Vgl. Unite against Fascism, The lessons of the general election for the campaign against the BNP, online unter: <http://www.uaf.org.uk/resources/0507ELElectionanalysis.pdf>, sowie TUFNS NEWS, Newsletter of Trade Union Friends of Searchlight, Issue 8, Winter 2002, online unter: <http://www.searchlightmagazine.com/tufs/TufsPDF/TUFNS08.pdf> [beide Zugriffe: 9.3.2006].

132 Vgl. Unite Against Fascism Conference, Strategies to stop the BNP, Briefing Paper #4, 26 Feb 2005, Online unter: <http://www.uaf.org.uk/resources/0502EVPaper4.pdf> [13.3.2006].

sich die traditionellen Gewerbe im Niedergang und die Stadt wird von niedrigem Einkommen, hoher Arbeitslosigkeit und einer ebenso hohen Kriminalitätsrate geplagt (vgl. hier und zum Folgenden Copsey 2004: 131ff.). Auch Burnley hat einen hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund, der sich hier vor allem in einem Viertel, dem Daneshouse, konzentriert, das zu den sozialen Brennpunkten der Stadt gehört. Auch in Burnley kam es im Sommer 2001 zu rassistisch motivierten Ausschreitungen (vgl. Burnley Task Force Report), allerdings erst zwei Wochen nachdem Steve Smith, Kandidat der BNP, bei den Parlamentswahlen einen Achtungserfolg erringen konnte. In Burnley kamen zwei Faktoren zum Tragen: Zum einen baute mit Smith ein fähiger Parteikader die lokalen Strukturen der BNP auf, der sich dem Kurs der Mäßigung und der Akzeptanzgewinnung von Nick Griffin angeschlossen hatte. Hinzu kam, dass – vergleichbar der Empörung über angeblich rassistisch motivierte Straftaten asiatischer Jugendlicher in Oldham – in Burnley eine im Wesentlichen von einem Kandidaten der „Unabhängigen Gruppe“, dem Stadtverordneten Harry Brooks (ehemals Labour-Mitglied) getragene Kampagne gegen die „positive Diskriminierung“ von Einwanderern, der BNP den Weg in den politischen Mainstream öffnete. Brooks eröffnete, nachdem die „Unabhängigen“ im Mai 2000 den Stadtrat von der Labour Party erobert hatten, eine von der Lokalpresse unterstützte Debatte über die angebliche Bevorzugung des Daneshouse bei der Vergabe öffentlicher Mittel. Die dabei geweckten Ressentiments eröffneten der BNP die Möglichkeit, ihre Propaganda zu verbreiten. Nachdem bei den darauffolgenden Unterhauswahlen im Jahr 2001 kein Kandidat der „Unabhängigen“ antrat, konnte die BNP die Chance nutzen und die Lücke füllen. Steve Smith konnte bei diesen Wahlen über 4.000 Stimmen auf sich vereinigen. Entscheidend war, dass er sich weiterhin als „moderat“ präsentierte. Die Unterstützung kam, ähnlich wie in Oldham vornehmlich von enttäuschten Labour-Wählern. Nachdem es dann im Sommer 2001 zu besagten Unruhen kam, lehnte die BNP jede Verantwortung ab und machte „die

Muslimen“ dafür verantwortlich. Anders als in Oldham gelang es der BNP ihre Wählerbasis zu festigen und konnte seitdem wiederholt Sitze im Stadtrat gewinnen (s. Tab 11).

**Tabelle 11: Wahlergebnisse der BNP in Burnley seit 2001**

Wahlen	Anzahl der Kandidaten	Stimmen insgesamt (absolut)	Durchschnittl. Stimmenzahl (absolut)	Durchschnittl. Stimmenzahl (in Prozent)	Höchstes Ergebnis eines Einzelkandidaten (in Prozent)	erzielte Mandate
2001 Unterhaus	1	4.151	4.151	11,3	11,3	-
2002 Kommunal	13	9.984	768	24,3	31,2	3
2003 Kommunal	13	8.563	659	34,2	40,1	7
2004 Europa	-	5.301	-	16,7	-	-
2004 Kommunal	8	4.545	568	26,4	36,6	1
2005 Unterhaus	1	4.003	4.003	5,9	10,3	-

Quelle: Young 2003, Yonwin 2004, Mellows-Facer / Cracknell / Yonwin 2004, für 2005 Sonderseiten der BBC zur Wahl 2005,<sup>133</sup> eigene Berechnung.

### *Fallbeispiel: FAIR – Families Against Immigrant Racism*

Ein weiterer Versuch, mit sozialen Themen Anerkennung zu gewinnen und sich in kommunalen Zusammenhängen zu engagieren, stellte die Initiative FAIR – Families Against Immigrant Racism dar. Ziel von FAIR war es, weiße Opfer „rassistischer“ Gewalttaten zu unterstützen. Gegenüber der BBC erklärte Dave Hill, Aktivist der BNP in Ost-London,

133 Vgl. [http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk\\_politics/vote\\_2005/constituencies/default.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/vote_2005/constituencies/default.stm) (13.3.2006).

FAIR sei eine Organisation, die sich für die Rechte von Weißen einsetze.<sup>134</sup> 2001 seien im Londoner Osten 12.000 Flugblätter mit Informationen über FAIR – allerdings ohne einen Hinweis auf die BNP – verteilt worden, über hundert Anrufe seien daraufhin eingegangen. Die BNP gebe betroffenen Opfern von Beleidigungen und Gewalttaten durch ethnische Minderheiten Unterstützung und rechtlichen Beistand. Dies war verbunden mit einer Kampagne gegen Immigranten und Asylbewerber.<sup>135</sup> Doch ähnlich wie in Deutschland ist das Papier, auf dem derartige Hilfsangebote von rechtsextremer Seite geschrieben sind, geduldig und es handelt sich hierbei um Lippenbekenntnisse oder reine Propagandaaktionen.

**Abb. 9: Logo FAIR –  
Families Against  
Immigrant Racism**

Quelle: <http://www.bnp.org.uk/>



Reporter der BBC, die diese Unterstützung testen wollten, ließen einen älteren Mann unter verdeckter Identität bei FAIR anrufen. Dieser gab vor, regelmäßig durch Kinder in der Nachbarschaft belästigt zu werden, er sei sich aber nicht sicher, ob es sich um einen rassistischen Vorfall handle. David Hill, der das Telefongespräch entgegennahm, empfahl ihm, gegenüber der Polizei auf jeden Fall diese Bezeichnung zu wählen und bei der Schilderung der Vorfälle ruhig etwas „kreativ“ zu sein. Die Polizei

134 Vgl. [http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/in\\_depth/programmes/2001/bnp\\_special/activities/fair.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/in_depth/programmes/2001/bnp_special/activities/fair.stm) [17.12.2005]; vgl. auch das Transkript der Sendung unter: [http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/audio\\_video/programmes/panorama/transcripts/transcript\\_25\\_11\\_01.txt](http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/audio_video/programmes/panorama/transcripts/transcript_25_11_01.txt).

135 Siehe nur beispielhaft die Seite 14 des BNP-Magazins „Identity“ unter: [http://www.bnp.org.uk/pdf\\_files/idjan2002.pdf](http://www.bnp.org.uk/pdf_files/idjan2002.pdf) (5.3.2006).

müsse jeden Vorfall, der von dem Opfer als rassistisch definiert werde, mit Priorität behandeln. Außerdem solle er zu einem Arzt gehen und dort angeben, er leide unter „extremem Stress“. Dieser werde ihm Anti-Depressiva verschreiben, die er nicht zu nehmen brauche, sondern „die Toilette herunterspülen“ könne. Sobald er unter ärztlicher Behandlung stehe und „rassistischer Beleidigungen“ ausgesetzt sei, genieße er Vorrang.

Mit FAIR knüpfte die BNP an die Kampagne „Rights for Whites“ an, mit der sie Anfang der 1990er Jahre ebenfalls im Londoner Osten Erfolge erzielen konnte (siehe oben das Fallbeispiel). Allerdings wurde die Kampagne mittlerweile wieder eingestellt und auch die Webseite ist nicht mehr erreichbar. Starke Gegenaktivitäten entwickelte eine Gruppierung, die ebenfalls unter dem Kürzel FAIR auftrat („Forum Against Islamophobia and Racism“) und deren Webpage bis heute erreichbar ist.<sup>136</sup>

Erhellend hinsichtlich der BNP-Kampagnenstrategie ist eine BBC-Dokumentation vom November 2001.<sup>137</sup> Hier wird nachgewiesen, dass die BNP absichtlich Zahlen und Fakten manipuliert, um damit gegen Fremde und Migranten agitieren zu können. Im Jahre 2000 hatte der Ortsrat von Brent (in London) beschlossen, seine 16.000 Eintragungen starke Warteliste für sozialen Wohnraum dadurch zu verkürzen, indem Familien auf freiwilliger Basis nach Newcastle umgezogen wurden. Vor diesem Hintergrund verteilte die BNP ein Propagandafaltblatt im Stadtteil Denton (in Newcastle) mit der Behauptung, es werden bald 16.000 Flüchtlinge nach Denton verbracht. Denton umfasst laut BBC nur 7.000 Häuser.

Der hierzu befragte Nick Griffin gab gegenüber dem Fernsehsender zu, dass die Verteilung dieses Flugblatts „ein Fehler“ war.<sup>138</sup> Auch in einem

---

<sup>136</sup> <http://www.fairuk.org/> [17.12.2005]

<sup>137</sup> [http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/audio\\_video/programmes/panorama/transcripts/transcript\\_25\\_11\\_01.txt](http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/audio_video/programmes/panorama/transcripts/transcript_25_11_01.txt)

<sup>138</sup> Ebd.

weiteren Fall nahm sich die BBC den Behauptungen der BNP an, nämlich dass Asylbewerber weißen Briten bei der Wohnungsvergabe vorgezogen würden.<sup>139</sup> In einer Rede vor Anhängern beim so genannten „Red, White and Blue“-Fest im August 2001 hatte Nick Griffin in dramatischer Weise von Briten gesprochen, die für ihr Land als Soldaten gekämpft, aber dennoch jetzt nachteilig behandelt und sogar von Asylbewerbern in die Obdachlosigkeit getrieben würden. Ein BNP-Aktivist sprach konkret von 147 Asylbewerbern in Stafford, die auf Kosten von Briten dort untergebracht würden. Nachforschungen der BBC ergaben, dass in Stafford eine einzige asylsuchende Familie untergebracht war. Hierauf angesprochen antwortete Griffin: „I think you’ll find for instance that a local authority will classify people as ‘asylum seekers’ until they’ve been accepted for residence whereupon oh, all of a sudden they’re not asylum seekers anymore, as far as the council’s concerned. As far as ordinary people - they are”<sup>140</sup> und bestätigt nur damit seine fremdenfeindliche Strategie.<sup>141</sup>

*Fallbeispiel: „Solidarity – The Union for British Workers“*

Anfang des Jahres 2006 wurde durch einen Artikel auf den Internetseiten der BNP und einen Bericht der britischen antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight“ bekannt, dass unter dem Namen „Solidarity – The Union for British Workers“ im Dezember 2005 eine eigene Gewerkschaft gegründet wurde, die enge Verbindungen zur BNP hat.<sup>142</sup> Die Gründung

---

139 Vgl. [http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/in\\_depth/programmes/2001/bnp\\_special/activities/branch\\_work.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/in_depth/programmes/2001/bnp_special/activities/branch_work.stm) (5.3.2006).

140 Ebd.

141 Ähnlich wurde das Thema in Saltdean aufgebracht, allerdings ohne größeren Erfolg (vgl. Grillo 2005).

142 Vgl. Nick Lowles, BNP union unmasked, Searchlight Magazine, Februar 2006, Online unter: <http://www.searchlightmagazine.com/index.php?link=template&story=157> [8.3.2006] und den Artikel „British workers get new voice“ auf den Internetseiten der BNP ([http://www.bnp.org.uk/news\\_detail.php?newsId=752](http://www.bnp.org.uk/news_detail.php?newsId=752) [8.3.2006]).

der nach der polnischen Solidarnosc benannten Gewerkschaft stellte eine Reaktion auf die erfolglosen Versuche von BNP-Mitgliedern dar, in anderen britischen Gewerkschaften an Einfluss zu gewinnen. Jay Lee, der im Leitungsteam von „Solidarity“ wirkt, wurde im Mai 2002 aus der Gewerkschaft für Zugfahrer ASLEF aufgrund seiner Mitgliedschaft in der BNP ausgeschlossen (vgl. dazu Hendy/Ewing 2005). Auch John Walker, Schatzmeister der BNP und ebenfalls im Leitungsteam von „Solidarity“, wurde aus seiner Gewerkschaft, der Transportarbeitergewerkschaft TGWU ausgeschlossen, weil er im Europawahlkampf gegenüber einer Lokalzeitung erklärte, er stehe ein für die Interessen der „white community“.<sup>143</sup>



**Abb. 10: Logo der Gewerkschaft „Solidarity“**

Quelle: <http://www.thirdway.org/files/articles/solidarity.html>

---

<sup>143</sup> Vgl. <http://news.bbc.co.uk/1/hi/wales/4386613.stm>; [http://icnorthwales.icnetwork.co.uk/news/regionalnews/tm\\_objectid=13667344%26method=full%26siteid=50142-name\\_page.html](http://icnorthwales.icnetwork.co.uk/news/regionalnews/tm_objectid=13667344%26method=full%26siteid=50142-name_page.html) sowie die Darstellung der BNP unter: <http://www.bnp.org.uk/columnists/brimstone2.php?leeId=41> [alle Zugriffe: 8.3.2006].

In einer BNP-Verlautbarung wurde die Gründung der „Solidarity“ folgendermaßen begründet:

„For too long the British trade union movement has been dominated by Marxists who loathe genuine free speech, waste members' money supporting every minority cause and who feather their own nests by awarding themselves fat salaries, indulging in expensive overseas jaunts while treating their own hard working members with contempt“.<sup>144</sup>

Damit scheint die BNP ihr Bemühungen im Kampf um die soziale Frage erheblich auszuweiten. In der Ausgabe von März 2006 macht die Parteizeitung „Voice of Freedom“ das Thema Arbeit zum Titelthema. Dort heisst es: „By offshoring jobs to Asia and importing migrant labour, this Government has stabbed the British worker in the back. And it has been aided and abetted by our pathetic trade union bosses who seem more interested in opposing the BNP than saving the jobs of their members.“<sup>145</sup>

Diesem „Übel“ aus Sicht der BNP ist konsequenterweise nur mit der Gründung einer eigenen Arbeitnehmervertretung beizukommen. Die neue Gewerkschaft richte sich an „alle patriotischen und nationalistischen britischen Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit“.<sup>146</sup> Und Lee Barnes beeilte sich, Vorwürfen entgegen zu treten, „Solidarity“ sei lediglich eine Tarnorganisation der BNP („just a BNP front“). Er fügte hinzu, Solidarity sei eine „genuin unabhängige Organisation“. „Alle Nationalisten“ und alle von „marxistischen Tyrannen“ („Marxist bullies“) verfolgte Arbeiter könnten ihr beitreten, egal welche Partei sie wählten.<sup>147</sup> John Walker gab einem Bericht der Zeitung „Wales on Sunday“ allerdings zu

---

144 [http://www.bnp.org.uk/news\\_detail.php?newsId=752](http://www.bnp.org.uk/news_detail.php?newsId=752) [8.3.2006]

145 „Keep British Jobs for British Workers“, in: The Voice of Freedom, März 2006, S.1 (vgl. <http://www.bnp.org.uk/freedom>).

146 [http://www.bnp.org.uk/news\\_detail.php?newsId=752](http://www.bnp.org.uk/news_detail.php?newsId=752) [8.3.2006]

147 Ebd.



Protokoll, dass „Solidarity“, sobald die Gewerkschaft voll funktionsfähig sei, wahrscheinlich einen bestimmten Beitragssatz an die BNP abführen werde. Dies müsse aber von den Mitgliedern entschieden werden.<sup>148</sup>

Auf der Webseite der groupuscule „Third Way“ kündigt dessen Vorsitzender und Mitbegründer von „Solidarity“, Patrick Harrington, an, dass die neue Gewerkschaft aus allen politischen Lagern rekrutieren wird: „I will work alongside Communists, Socialists, Conservatives, British Nationalists, English Nationalists, and Scottish Nationalists - even members of New Labour!“<sup>149</sup> Wie dies mit dem von ihm zugestandenen erheblichen Engagement der BNP vereinbar sein wird, lässt Harrington, der selbst auf eine lange Karriere in rechtsextremen Zusammenhängen (u.a. in der NF) zurück blicken kann, offen.<sup>150</sup>

### ***3. Komparative Analyse - Etablierungsversuche und Revolutionsrhetorik***

Vergleicht man die Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland und Großbritannien hinsichtlich der Agitationsthemen, so lässt sich feststellen, dass klassische, vergangenheitsbezogene Themen, wie in Deutschland etwa die Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete oder nach einem Ende der Entschädigungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus und in beiden Ländern die Holocaustleugnung, zurückgestellt wurden – wenngleich keinesfalls völlig aufgegeben. Stattdessen wurden aktuelle politische und soziale Probleme wie die konstant

---

148 Lucy Ballinger, Union funds BNP, Wales on Sunday, 12.2. 2006, online unter: [http://icwales.icnetwork.co.uk/0100news/0200wales/tm\\_objectid=16695617&method=full&siteid=50082-name\\_page.html](http://icwales.icnetwork.co.uk/0100news/0200wales/tm_objectid=16695617&method=full&siteid=50082-name_page.html) [8.3.2006].

149 <http://www.thirdway.org/files/articles/solidarity.html> (11..3.2006).

150 Vgl. Harringtons eigene Einlassung unter: <http://www.thirdway.org/files/articles/nfrejected.html> (11.3.2006).

hohe Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Sozialbereich oder die Internationalisierung von Märkten in den Vordergrund gestellt.

Die Sprache und das öffentliche Auftreten des organisierten Rechtsextremismus wurden dabei jedoch im Rahmen einer „taktischen Zivilisierung“ (Klärner 2006) gemäßigter. Parteikader der NPD und rechtsextreme Bewegungsunternehmer versuchten – nicht immer mit Erfolg – Gewalt und undiszipliniertes Verhalten einzudämmen (vgl. Klärner 2006, Erb 2006). Diese „taktische Zivilisierung“ des Rechtsextremismus ist eine Reaktion auf die in beiden Ländern zu beobachtende weitgehende soziale Ächtung des Rechtsextremismus. Sie wurde von den Strategen beider Szenen als das entscheidende Hindernis für ihre Etablierung erkannt. Die Hinwendung zu sozialen Themen, die Thematisierung der sozialen Frage und ein verstärktes lokalpolitisches Engagement lassen sich daher als Versuche der extremen Rechten interpretieren, diese soziale Ächtung zu überwinden und Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewinnen.

Mäßigung und der Versuch Akzeptanz zu gewinnen bedeutet indes nicht, dass sich die politischen Ziele der Rechtsextremen geändert haben. Sie betreiben weiterhin bewusst eine „Ethnisierung des Sozialen“, die immer wieder Raum für rassistische Ressentiments schafft und eine Klientel ansprechen soll, das über fremdenfeindliche Einstellungen verfügt. Weiterhin ist mit den Etablierungsversuchen der extremen Rechten in Deutschland und Großbritannien keine grundsätzlichen Änderung der politischen Ziele und Utopien verbunden. Das grundlegende Ideologiegebäude des Rechtsextremismus hat sich trotz aller taktischen Windungen nicht geändert und setzt auf eine radikale und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nach völkischen Kriterien. Aus diesem Grund bedienen sich etwa auch hohe Funktionäre der NPD immer wieder einer Revolutionsrhetorik und senden damit Signale an den harten Kern ihrer Anhänger und versuchen so die „Fundis“ der Bewegung einzubinden.

Die Gleichzeitigkeit von Etablierungsversuchen und Revolutionsrhetorik ist Ausdruck des Konflikts zwischen realpolitischem und fundamentaloppositionellem Flügel der rechtsextremen Bewegung. Besonders deutlich lässt sich dies anhand der Thematisierung der Globalisierung im Rechtsextremismus zeigen, die wir im folgenden Kapitel ausführlicher darstellen werden.

Last but not least ist zu konstatieren, dass in beiden untersuchten Ländern der Versuch etablierter Parteien des demokratischen Spektrums zum Scheitern verurteilt ist, auf den Feldern der Einwanderungspolitik oder der sozialen Frage die extreme Rechte rhetorisch „rechts zu überholen“. Einen Wettbewerb um die restriktivsten oder nationalistischsten Positionen können demokratische Kräfte letztendlich gegen Rechtsextremisten nicht gewinnen, ohne selbst den freiheitlichen-demokratischen Boden zu verlassen. Jedes autoritär-populistische Auftrumpfen – wie das britische Fallbeispiel „Rights for Whites“ zeigt – nutzt letztendlich einzig den keiner demokratischen Kultur verpflichteten extremen Rechten. Durch das Ausspielen der ethnischen Karte im Wettbewerb um Wählerstimmen öffnete sich häufig erst der legitime politische Raum für die Positionen der extremen Rechten: ein Kardinalfehler, auf den Rechtsextremisten aber allerorten immer wieder zählen können.



## IV Zentrale Themen (Teil 2): Globalisierungskritik

### *1. Grundbegriffe*

Globalisierung prägt und verändert nicht nur die Welt wie wir sie kennen, sondern auch diejenigen Bewegungen, die sich gegen sie stellen. Dies gilt auch für rechtsextreme, also inhärent nationalistische, Bestrebungen.

Rechtsextremisten haben, wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt, eine eigene Begriffs- und Gedankenwelt aufgebaut. Dies gilt für das Thema Globalisierung in ganz besonderem Maße (vgl. Maegerle 2005; Pfahl-Traughber 2004, 2006; Grumke 2006). Während bereits im rechtsextremen Begriffsuniversum hinsichtlich der sozialen Frage eine Reihe von Überschneidungen beim deutschen und britischen Rechtsextremismus zu konstatieren sind, trifft dies noch stärker auf das Thema Globalisierung zu. Auch Globalisierung ist gleichermaßen über alle nationalen Grenzen hinweg ein zentrales Kampf- und Agitationsthema für Rechtsextremisten. Darüber hinaus werden mit der rechtsextremen Globalisierungskritik soziale und kulturelle Themen verquickt und wiederum ethnisiert. Der Gegenentwurf ist eine re-nationalisierte, völkische Ordnung – also nicht weniger als die Rekonstruktion einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft. In diesem Kapitel soll daher eine Diskussion der Grundbegriffe genügen, die gleichermaßen für den deutschen und britischen Rechtsextremismus gelten.

Wie in Kapitel III sollen an dieser Stelle Begriffsdefinitionen aus dem „Kleinen Lexikon der politischen Grundbegriffe“<sup>151</sup> beispielhaft herangezogen werden. Unter dem Eintrag „Globalisierung“ ist zu lesen: „Globalisierung ist das Bestreben des internationalen Kapitalismus, möglichst einheitliche, den Gewinn steigernde Rahmenbedingungen zur Heranschaffung von Arbeitskräften, Ausbeutung der Rohstoffe sowie zum monopolistischen Warenabsatz zu schaffen“. Diese Entwicklung habe „die Zerstörung eigenständiger regionaler und nationaler Lebens- und Wirtschaftsformen“ bewirkt.<sup>152</sup> Der „Internationalismus“ wird wiederum als „Gegenstück des Nationalismus“ bezeichnet. Er sei der Versuch, „weltweit die Völker, ihre Wirtschaft und ihre überlieferten Lebensweisen zu beherrschen, umzuformen, und um des Gewinns willen auszubeuten“.<sup>153</sup> Globalisierung ist im rechtsextremen Verständnis also ein Herrschaftsinstrument derjenigen, die Nationen und deren Eigenständigkeit und Eigenarten im Namen des Profits einebnen und zerstören wollen. Eine erhebliche Gefahr geht hierbei vor allem von den USA aus, die als eine Art Globalisierungszentrale gesehen werden, denn: „Internationalismus und Globalisierung sowie der Imperialismus der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ im Schlepptau der USA gefährden die Souveränität der Völker in hohem Maße“.<sup>154</sup> Diese Sicht wird von britischen Rechtsextremisten unbenommen der traditionell engen politischen Bildung Großbritanniens mit den USA vollständig geteilt.

Insofern ist von dem Prozess der Globalisierung aus rechtsextremer Sicht nicht allein die nationale Ökonomie, sondern - noch wichtiger -, die nationale Kultur, Identität und Tradition auf das Ärgste bedroht. Gilt es doch für jede Generation, „sich auf das Neue mit der kulturellen Überlie-

---

151 Hier und im Folgenden: „Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006“, hrg. vom Deutsche Stimme-Verlag, Riesa, ohne Seiten (siehe: <http://www.ds-versand.de>).

152 Ebd., Eintrag „Globalisierung“.

153 Ebd., Eintrag „Internationalismus“.

154 Ebd., Eintrag „Souveränität“.

ferung ihres Volkes schöpferisch auseinander zu setzen“.<sup>155</sup> MTV, McDonalds und sonstiger von Jugendlichen konsumierter „US-amerikanischer Einheitsbrei“ fungiert in der rechtsextremen Gedankenwelt als kulturzersetzende internationalistische Instrumente eines planvoll gesteuerten „Globalismus“. Dieser wiederum bildet das Gegenteil zu dem erwünschten Streben nach Autarkie.<sup>156</sup>

Im zeitgenössischen Rechtsextremismus spielt der Begriff „Globalismus“ eine zentrale Rolle und steht vielfach im rechtsextremen Kontext für die Macht eines geschichts- und gesichtslosen Großkapitals, für „amerikanischen Kulturimperialismus“ und für einen „multirassischen Genozid“, der „von Washington, Wall Street und Hollywood“ angeblich angestrebt wird. Eine Art Monopolstellung liegt hiernach bei den USA, insbesondere bei deren Ostküste (als Synonym für eine jüdische Vorherrschaft). Mit der von dort initiierten „Überfremdungspolitik“ solle Deutschland entscheidend geschwächt und mit dem ständigen Hinweis auf die Verbrechen der Vergangenheit demoralisiert und entwürdigt werden.

Begrifflich und inhaltlich ist hier zu unterscheiden zwischen dem Prozess der Globalisierung und dem „Globalismus“. In den vom Nationaldemokratischen Hochschulbund, dem Studentenverband der NPD, erstellten und in der rechtsextremen Bewegung weitläufig kursierenden „12 Thesen zum Globalismus“ wird der Unterschied herausgearbeitet: „Globalisierung ist der Prozeß, dessen sich die Globalisten zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen.“ Im Einzelnen wird hier weiter ausgeführt: „Die von den Globalisten hervorgerufenen Migrationsströme führen ebenso wie die Uniformität der Märkte, ihrer Produkte und ihrer Kommunikation, zur Zerstörung gewachsener Sprachen und Kulturen.“<sup>157</sup>

---

155 Ebd., Eintrag „Kultur“.

156 Ebd., Eintrag „Autarkie“.

157 [http://www.npd-trier.de/Programmatik/12\\_Thesen\\_zum\\_Globalismus.pdf](http://www.npd-trier.de/Programmatik/12_Thesen_zum_Globalismus.pdf) (7.3.2006)

Rechtsextremisten sehen also den Prozess der Globalisierung als willentlich gesteuerte Vernichtung von Kulturen, Traditionen und Werten (und letztlich von Nationen und Völkern) durch die oben beschriebenen mächtigen „Globalisten“. Im von Rechtsextremisten international verstandenen Code sind „Globalisten“ auch „Ostküste“ ist der „Globalismus“ auch „New World Order“ (NWO) und sind die in diesen „Globalisierungsplan“ verwickelten Regierungen und Eliten auch „Zionist Occupied Government“ (ZOG).



**Abb. 11 Transparent bei einer rechtsextremen Demonstration**

Hinter den Buchstaben ZOG verbirgt sich der Glaube an eine jüdische Weltverschwörung, bei der alle demokratischen Regierungen sowie Banken, Medien und vieles mehr insgeheim von Juden kontrolliert werden und die unter allen Umständen bekämpft werden muss.<sup>158</sup> Ein weiteres Schreckensbild ist die „Eine Welt“ (oder „New World Order“),



die im „Kleinen Lexikon der politischen Grundbegriffe“ als „Wahnvorstellung“ bezeichnet wird, „gespeist durch den Glauben an eine homogene ‚Menschheit‘ ohne Bindungen und Überlieferungen“.<sup>159</sup> In diesem Zusammenhang werden gleich zwei weitere Feindbestimmungen vorgenommen, die Vereinten Nationen und die Menschenrechte: „Werkzeug des Imperialismus zur Schaffung der ‚Einen Welt‘ sind die ‚Vereinten Nationen‘. Die ideologische Leimrute zur weltweiten Durchsetzung der ‚westlichen Werte‘ sind die ‚Menschenrechte‘“<sup>160</sup>

Der rechtsextremen Logik zufolge wird „im Namen der Menschenrechte das Individuum über ein bestimmtes Kollektiv gestellt, womit dessen als egoistisch geltende Interessen die angeblichen Interessen der ethnischen Gemeinschaft“ überlagern (Pfahl-Traughber 2006: 41f.). Das Gebot der Stunde“, stellt Karl Richter, parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, fest, „bleibt nachhaltiges und entschiedenes Opponieren gegen alles, was uns derzeit von den großen Brüdern angepriesen wird: Globalisierung, Menschenrechte, Multikulti, die Liberalisierung und Atomisierung aller Lebensbereiche“.<sup>161</sup>

Wer diese „Großen Brüder“ sind, bleibt freilich offen. Wesentlich auskunftsfreudiger ist der selbsternannte „Wortergreifer“ des orthodoxen Rechtsextremismus, Horst Mahler: Es sind die „Finanzjuden“ der amerikanischen Ostküste, welche die Fäden des „Globalismus“ ziehen:

---

158 Diese Idee geht zurück auf den „Protokolle der Weisen von Zion“, eine antisemitische Propagandaschrift, die vorgibt, einen Plan zur Errichtung der jüdischen Weltherrschaft zu enthüllen; 1903 in Russland und seit 1919 in vielen Sprachen publiziert. Obwohl schon 1921 nachgewiesen wurde, dass es sich um eine Fälschung handelt, hat die Schrift großen Einfluss auf Antisemiten weltweit (vgl. Sammons 1998).

159 „Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006“, hrg. vom Deutsche Stimme-Verlag, Riesa, ohne Seiten (siehe: <http://www.ds-versand.de>), Eintrag „Eine Welt“.

160 Ebd.

161 Karl Richter, „Der Chaoskanzler“, in: Opposition, 5. Jg., Nr. 1, S. 1.

Damit erweist sich dieses Jahrhundert in Wahrheit als das Jahrhundert der Ostküsten-Juden. Denn das Machtzentrum des Dollarimperialismus - der vor einigen Jahren die hübschende Bezeichnung ‚Globalismus‘ angenommen hat - ist das von Juden beherrschte Bankensystem der USA.<sup>162</sup>

Weiter in die Abgründe im Rechtsextremismus nicht selten vorfindbarer antijüdischer Verschwörungstheorien führen Auslassungen des „Deutschen Kollegs“ (DK) zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001, für die Horst Mahler, damals noch Prozessbevollmächtigter der NPD im Verbotsverfahren gegen die Partei, im Sinne des deutschen Presserechts verantwortlich zeichnete.<sup>163</sup> In dem Text „Independence-Day live“<sup>164</sup> markieren die Anschläge „das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus“. Weiter argumentiert das DK in dem Text, dass die Terrorakte nichts anderes als Akte der Selbstverteidigung von den Vereinigten Staaten unterdrückter Völker seien: „Dieser Kleinkrieg ist ein Befreiungskrieg und als solcher ein Weltkrieg, weil der Feind der Völker die Welt beherrscht“. Auch wer dieser Feind ist, wird nicht verschwiegen: „Es ist der die gläubigen Juden auf die Erlangung der Weltherrschaft durch Geldleihe ausrichtende Jahwe-Kult, der dem kapitalistischen System gegenwärtig seine tödliche Dynamik verleiht.“ Mahler verstieg sich letztendlich in der Aussage, die „militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft“ seien „- weil sie ver-

162 Horst Mahler: „Guten Tag, Herr Friedman ... Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende Köpfe zu erstem kritischen Dialog“, Malmö, 2002; zitiert in: Pfahl-Traughber 2006: 45.

163 Das Deutsche Kolleg (DK) ist ein rechtsextremer Intellektuellenzirkel um Reinhold Oberlercher und – bis zu seinem Zerwürfnis mit Oberlercher im September 2004 – um Horst Mahler. Seinem Selbstverständnis nach ist das DK Vertreter des momentan „handlungsunfähigen“ Deutschen Reiches und will einen „Beitrag zur Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Volkes als Deutsches Reich“ leisten. Vgl. dazu auch Erb / Klärner 2005; zu Mahler vgl. weiter Grumke/Wagner 2002: 278ff. Jesse (2001), Jesse erkennt aber den fanatischen Antisemitismus Mahlers.

164 „Independence-Day live“ vom 12.9.2001, auf Horst Mahlers Webseite unter: <http://www.deutsches-kolleg.org/deutscheskolleg/independence.html> [10.3.2006].

mittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten - eminent wirksam und deshalb rechtens.“ Ähnlich äußerten sich zahlreiche Rechtsextremisten in Europa und den USA.

Vor dem oben dargestellten begrifflichen und ideologischen Hintergrund soll nun die Globalisierungskritik der extremen Rechten in Deutschland und Großbritannien u.a. anhand von Fallbeispielen näher untersucht werden.

## **2. Deutschland**

### *2.1 Die Debatte*

„Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre, stoppt die Globalisierung“, „Ein Ende der Globalisierung“ und „Globalisierung stoppen - stoppt die Weltpolizei USA!“ lauteten die Mottos von drei Demonstrationen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden (Pfahl-Traugherber 2006: 30). Parolen, die auch von Demonstrationen aus dem „linken“ politischen Spektrum stammen könnten. In allen drei Fällen waren es allerdings Rechtsextremisten aus dem Umfeld der NPD, die hier gegen Globalisierung, Massenarbeitslosigkeit usw. antraten. Dies ist kein Zufall, bildet doch Fundamentalkritik am Prozess der Globalisierung eine der Schwerpunkte der Agitation deutscher Rechtsextremisten in den vergangenen Jahren. Erinnert sei an dieser Stelle an die Aussagen des NPD-Kaders Jürgen Gansel, aus denen bereits im Kapitel III zitiert wurde:

Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – „Wir Deutschen oder die Fremden“, „Unser Deutschland oder das Ausland“ – und untermauern wir den Schlachtruf „Gegen Verausländerung, Europäische Union und

Globalisierung“ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.<sup>165</sup>

Genau im Sinne des hier zitierten Beispiels wird im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ seit geraumer Zeit in zahllosen Artikeln vorgegangen. Des weiteren stehen eine Reihe von Demonstrationen unter Bannern wie „Gegen Krieg und US-Globalisierung – Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn“.<sup>166</sup>



**Abb. 12: Transparent bei einer Demonstration der NPD**

Besonders ausgeprägt in der NPD findet sich ein eng mit der Globalisierungskritik verknüpfter Antiamerikanismus. So wird beispielsweise der „American way of life“ in einer von Vertretern der NPD und anderen

---

165 Interview mit Jürgen Gansel unter dem Titel „Hartz IV und Verausländerung ist heute“, in: Deutsche Stimme, Februar 2006, S.8.

166 Demonstration der NPD Greifswald am 8. März 2003.

„Persönlichkeiten des Nationalen Widerstandes“ unterzeichneten Erklärung als „Todesmarsch der menschlichen Gattung“ bezeichnet.<sup>167</sup> In der Erklärung wird auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 Bezug genommen: „Der Luftschlag vom 11. September 2001 ist die Markierung der Globalisten als Aggressoren durch die geschundenen und abgeweideten Völker“. Zu den Erstunterzeichnern gehören neben NPD-Mitgliedern zahlreiche nicht parteigebundene Rechtsextremisten. Als neue Kampfgriffe haben sich Antiimperialismus und auch eine vehement vertretene, antikapitalistisch verbrämte Ablehnung der Globalisierung etabliert (vgl. Abschnitt III).

Für Republikaner und DVU spielt das Thema Globalisierung eine weniger zentrale Rolle als für NPD oder so genannte „freie Nationalisten“ (vgl. Pfahl-Traughber 2006). Doch auch hier gibt es einschlägige Aussagen. Der REP-Vorsitzende Schlierer zum Beispiel macht deutlich, dass auch für ihn die Globalisierung das Gegenteil seines Idealbildes und das Ende jeder nationalen Identität darstellt:

Nation und nationale Identität stehen einer universalistischen Weltkultur gegenüber, die als zwangsläufige Folge der Globalisierung beschworen wird. Wir stellen dieser Globalisierungsutopie das Bild eines Gemeinwesens gegenüber, das seine Identität aus der gemeinsamen Sprache, der gemeinsamen Geschichte, dem gemeinsamen Schicksal, gemeinsamer Tradition und Brauchtum, einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen geistesgeschichtlichen Prägung bezieht.<sup>168</sup>

---

167 „Den Völkern Freiheit. Den Globalisten ihr globales Vietnam“, auf den Webseiten von Horst Mahler unter <http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/denvoelkernfreiheit.html> (eingesehen am 11.3.2006).

168 Rolf Schlierer, Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden vor dem Bundesparteitag in Winnenden, 18. November 2000, Manuskript; zitiert in Pfahl-Traughber 2006: 33.

Im Parteiprogramm wird dann weiter konkretisiert, Globalisierung bedeute „weitgehend Amerikanisierung, da die USA über die größte wirtschaftliche Macht verfügen“.<sup>169</sup>

Bei den zahlreichen Demonstrationen gegen Globalisierung sind die Volksfrontler von der NPD und den groupuscules der so genannten freien Nationalisten zumeist einträchtig Seit' bei Seit'. In diesem Zusammenhang sind besonders die jährlichen Aufmärsche zum 1. Mai zu nennen (vgl. Kap. III); ein Datum, dessen sich die extreme Rechte seit Jahren bemächtigen will. Hier spielen für den 1. Mai typische soziale Themen ebenso eine Rolle wie die hieran gekoppelte, rechtsextrem gewendete Globalisierungskritik. Eine Demonstration stand so unter dem Motto: „Deutschland zuerst – gemeinsam für soziale Gerechtigkeit in einem Europa der Vaterländer – gemeinsam die Globalisierung stoppen“.<sup>170</sup>

Dass das Einverständnis auch beim Thema Globalisierung zwischen der NPD und den „Freien Kräften“ nicht immer herzlich ist, zeigt u.a. folgende Äußerung zum Abschneiden der NPD bei der Bundestagswahl 2005. Hier wird in einem namentlich nicht gezeichneten Eintrag auf dem Portal [www.freier-widerstand.net](http://www.freier-widerstand.net) kritisiert, dass die NPD

in ihren Fernsehspots auf billigste Art und Weise versucht, den Ausländern die Schuld für unsere kranke und menschenverachtende Politik in die Schuhe zu schieben und anstatt die Probleme bei der Wurzel zu packen und den Kapitalismus öffentlich anzugreifen, wehrt man sich nur gegen die Menschen, die von uns ausgebeutet wurden und nun ihr Stück vom Kuchen einfordern. Überfremdung und Globalisierung

---

<sup>169</sup> Parteiprogramm der Republikaner, S. 9, abrufbar unter: [http://www.rep.de/\\_upload/CMS/Die\\_Republikaner/pdf/programm\\_word.doc](http://www.rep.de/_upload/CMS/Die_Republikaner/pdf/programm_word.doc) (12.3.2006).

<sup>170</sup> Demonstration des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg vom 1. Mai 2001.

sind Folgen des Kapitalismus und wer eine politische Änderung will, die sich am Wohl aller Menschen orientiert kann dieser rechtsreaktionären Phrasendrescherei nicht zustimmen!<sup>171</sup>

Das Auftreten der NPD habe gezeigt, „wieweit man mit rechtsreaktionären Forderungen kommt und wie unsere Zukunft mit diesem Verein aussieht [...] Unter diesen Umständen(!) ist eine Zusammenarbeit mit der NPD ausgeschlossen“.<sup>172</sup>

An gleicher Stelle äußert sich Robert Korda von dem neonazistischen Zusammenschluss „Die Kommenden“<sup>173</sup> in einem „offenen Brief an die Deutsche Stimme“ in ähnlicher Weise.<sup>174</sup> Nach seinem Dafürhalten betreibe die NPD „heute den Spagat sich einerseits als ‚Fundamentalopposition‘ zu sehen, andererseits das bestehende System nur reformieren zu wollen“. „Eine grundlegende Kritik des Kapitalismus“ finde nicht statt und die NPD wolle nicht sehen, dass „die Globalisierung und die multiethnischen Gesellschaften logische Folgen des entwickelten Kapitalismus sind“. Korda trifft einen wunden Punkt, wenn er kritisiert, dass die NPD in keinem ihrer Programme die Frage eingehe, „wer in diesem Lande die ökonomische Macht hat und ob oder wie sie dies ändern möchte“. Tatsächlich zeichnet sich das auf Seiten der NPD vertretene Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“ (siehe oben) durch das Fehlen konkreter politischer Maßnahmen aus. Der sich wie ein roter Faden durch den deutschen Rechtsextremismus ziehende Streit zwischen die „reine Lehre“ vertretenden „Fundis“ und nach Legitimität suchenden „Realos“, wird hier exemplarisch am Thema Globalisierung sichtbar.<sup>175</sup>

---

171 Namentlich nicht gezeichneter Eintrag auf <http://freier-widerstand.net/index.php?id=781> (7.3.2006).

172 Ebd.

173 Siehe im Internet [www.die-kommenden.net](http://www.die-kommenden.net).

174 Vgl. hier und im folgenden: Robert Korda, „Offener Brief an die Deutsche Stimme“, auf: <http://freier-widerstand.net/index.php?id=340> (11.3.2006). Ob Korda ein Pseudonym ist, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden.

175 Die Debatte erfuhr noch andere Erweiterungen, die unter [http://www.die-kommenden.net/dk/theorie/brief\\_st.htm](http://www.die-kommenden.net/dk/theorie/brief_st.htm) und unter [http://de.altermedia.info/general/aus-der-fanpost-eine-antwort-von-robert-korda-280205\\_2042.html](http://de.altermedia.info/general/aus-der-fanpost-eine-antwort-von-robert-korda-280205_2042.html) (beide 11.3.2006) zu sehen sind.

*Fallbeispiel :*

*Globalisierungskritik der Jungen Nationaldemokraten (JN)*

Eine interessante Stellung zwischen den oben beschriebenen Flügeln der „Realos“ und „Fundis“ nimmt im Hinblick auf das Thema Globalisierung die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), ein. In dem „Revolution statt Reform. Vorwärts zur deutschen Revolution!“ betitelten Beschluss des Bundesvorstandes der JN, der am 28. Januar 2006 in Berlin verabschiedet wurde, heißt es:

In einem globalisierten Weltmarkt, der durch einen Weltstaat kontrolliert und organisiert wird, wäre der Profit der Kapitalisten am größten und die Gier der Kapitalisten maximal befriedigt. [...] Solange es aber Völker, Stämme und Rassen gibt, die unterschiedliche Traditionen, Kulturen, Mentalitäten und Sprachen besitzen, ist der Kapitalist gezwungen, unterschiedliche Produkte anzubieten. Das aber erfordert höhere Investitionen und höhere Kosten, also entsprechend weniger Profite. Die Gier des Kapitals ist also nicht maximal befriedigt, weshalb er alles daransetzen wird, die vielen verschiedenen Kulturen und Rassen zum Verschwinden zu bringen und durch eine Einheitsrasse gleichgeschalteter Konsumidioten zu ersetzen.<sup>176</sup>

Während bereits an dieser Stelle die Rhetorik dieses JN-Beschlusses von der der Mutterpartei in ihrem Duktus und in ihrer Radikalität abweicht, kommt es im Weiteren zu noch weitreichenderen Aussagen. So wird festgestellt, dass „man dieses System nicht reformieren kann“, sondern es muss „beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden“.<sup>177</sup> Die von einem dezidierten Antikapitalismus geprägte Globalisierungskritik

---

<sup>176</sup> „Revolution statt Reform. Vorwärts zur deutschen Revolution!“, auf: [http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=18&Itemid=34](http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=18&Itemid=34) (11.3.2006).

<sup>177</sup> Ebd.



der JN weicht spätestens an dieser Stelle von der Programmatik der NPD und deren Bemühungen um Mäßigung und Legitimität ab. Weiter heißt es im JN-Beschluss: „Ist das Bewußtsein der aktiven nationalistischen Kampfgefährten und Kampfgefährten dahingehend ausgerichtet, geht es im nächsten Schritt darum, das Bewußtsein möglichst vieler Menschen in diese Richtung zu schärfen. [...] Dann wird der organisierte Nationalismus vom Objekt zum Subjekt der Politik, vom Verteidiger zum Angreifer!“<sup>178</sup>

Die „nationalrevolutionäre“ Rhetorik des NPD-Nachwuchses lässt sich noch an weiteren Stellen nachweisen und enthält die von den oben zitierten NPD-Kritikern schmerzlich vermissten klaren Aussagen zum Zusammenhang von Globalisierung und Kapitalismus. Auch in der Feindbestimmung sind zum Themenkomplex von der JN klare Worte zu vernehmen. Es wird herausgestellt: „Der Hauptfeind des Selbstbehauptungswillens der Völker ist heute das international orientierte Finanzkapital, welches heute eine amerikanische Globaldiktatur errichtet hat“.<sup>179</sup> Die Bewahrung des deutschen Volkes vor der durch diese „Globaldiktatur“ betriebenen Vernichtung führt hier nur zu einer Revolution, was an anderer Stelle in aller Deutlichkeit wiederholt wird. In einem Beschluss des Bundesvorstandes der JN vom 26. Juni 2005 in Magdeburg heißt es unter Verknüpfung der sozialen Frage entsprechend: „Globalisierung und die damit einhergehende Zerstörung jeglicher hart erkämpfter sozialer Standards wird die Systemfrage aufwerfen und damit zwangsläufig das morsche System zum Zusammenbruch zwingen“.<sup>180</sup>

Diese von der offiziellen NPD-Linie abweichenden Einlassungen enthalten zusätzliche Spitzen, die als gegen die NPD-Führung gerichtet ver-

---

178 Ebd.

179 „Für die Vielfalt der Völker - gegen Überfremdung und Rassenkrieg“ auf: [http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=20&Itemid=34](http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=20&Itemid=34) (11.3.2006).

180 Beschluss des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten (JN) am 26. Juni 2005 in Magdeburg, unter: [http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=21&Itemid=34](http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=34) (11.3.2006).

standen werden können: „Es ist Zeit für unsere revolutionäre Politik. Wo die Alten versagt haben, müssen die Jungen vorstürmen und das Schicksal zwingen, hier Entscheidungen herbeizuführen“.<sup>181</sup>

Auch der JN-Landesverband Nordrhein-Westfalen hat sich dem Thema Globalisierung angenommen und Ende 2004 die Kampagne „Für Ausbildungsplätze – gegen Globalisierung“ ins Leben gerufen.<sup>182</sup> Schon das Logo der Kampagne (vgl. Abb. 13) lässt auf die ideologische Stossrichtung schließen. Zu sehen ist hier die Nationalflagge der USA, die das „O“ des Wortes Globalisierung bildet und geradewegs die oben herausgearbeitete Rolle der USA als Zentrale des „Globalismus“ und Lenker der „Globaldiktatur“ versinnbildlicht.



**Abb. 13: Kampagne der JN-NRW „Für Ausbildungsplätze – gegen Globalisierung“**

Quelle: <http://www.jn-nrw.de/kampagnen/ausbildungsplatzkampagne/index.htm>

In einem vom nordrhein-westfälischen JN-Landesvorsitzenden Nico Wedding gezeichneten Beitrag wird dieses Verständnis untermauert. Hier heißt es: „Das BRD-System verbessern zu wollen, hieße, in morschem Holz zu schnitzen. Die einzige Möglichkeit, den Problemen unserer Zeit [...] zu begegnen und effizient zu ihrer Lösung beizutragen, liegt in einer Fundamentalopposition gegen das liberalkapitalistische System insgesamt, welches die BRD als Erfüllungsgehilfe der Globalisierung verkörpert“.<sup>183</sup>

<sup>181</sup> Ebd.

<sup>182</sup> Vgl. <http://www.jn-nrw.de/kampagnen/ausbildungsplatzkampagne/index.htm> (11.3.2006).

<sup>183</sup> „Für Ausbildungsplätze - Gegen Globalisierung“ vom 6.10.2004 unter: <http://www.jn-nrw.de/kampagnen/ausbildungsplatzkampagne/aktuelles.htm> (11.3.2006).

Ziel der Kampagne ist es laut Wedding, „interessierte Menschen in Form verschiedener Informationsstände, Verteilaktionen und Mahnwachen über die fatalen politischen Folgen des Wirkens der etablierten Herrschaftskaste aufzuklären und ihnen als Gegenmodell unsere nationalrevolutionären Lösungsansätze und Inhalte vorzustellen und zu vermitteln“.<sup>184</sup> Nach eigenen Angaben führten die JN-NRW tatsächlich drei Informationsstände in Duisburg, Hattingen und Bochum durch.<sup>185</sup> In Bochum wurde eine Mahnwache vor der dortigen Agentur für Arbeit im Lichte der drohenden Schließung der örtlichen Opel-Werke gehalten. Hier seien aufgrund der „etablierten Globalisierungspolitik“ des GM-Konzerns tausende heimischer Arbeitsplätze gefährdet.<sup>186</sup>

Im Rahmen dieser Kampagnen wurde ein eigens entwickeltes Flugblatt mit dem Titel „Ja zur Bildungsoffensive und raumorientierter Volkswirtschaft! - Nein zu Jugendarbeitslosigkeit und Globalisierung!“ verteilt.<sup>187</sup> Interessant ist, dass entgegen der in anderen Verlautbarungen gepflegten Revolutionsrhetorik hier auf die offizielle NPD-Parteilinie in Form der „raumorientierten Volkswirtschaft“ gesetzt wird (ohne diese jedoch im Flugblatt zu erklären). Unbeschadet dessen ist das Flugblatt unterlegt mit dem Slogan „Eine Jugend – Eine revolutionäre Politik – Eine junge Politik“ und mit der Aufforderung: „Damit eine gezielte Anti-Globalisierungspolitik [...] nicht länger reine Illusion bleibt“.<sup>188</sup>

---

184 Ebd.

185 Vgl. <http://www.jn-nrw.de/kampagnen/ausbildungsplatzkampagne/presse.htm> (11.3.2006).

186 Vgl. die Pressemitteilung unter: <http://www.jn-nrw.de/Pressemitteilung%2030.10.04.pdf> (12.3.2006).

187 Das Flugblatt ist abrufbar unter: <http://www.jn-nrw.de/kampagnen/ausbildungsplatzkampagne/material.htm> (12.3.2006).

188 Ebd.

### *Fallbeispiel: Instrumentalisierung der Krawalle in Frankreich*

Die Krawalle in Frankreich Ende 2005 wurden von deutschen Rechts-extremisten genutzt, um damit Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Diese sprachen von „Rassenkriegen“ und „Negeraufständen“. Die Unruhen galten ihnen als Beleg für das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft und der Integration von Ausländern. Dabei gab es unterschiedliche Akzentuierungen, die im Folgenden skizziert werden:

Nach Ansicht der Republikaner seien „Multikulti-Utopie und Integrationslüge [...] in Flammen aufgegangen“. Ihr Vorsitzender Dr. Rolf Schlierer erklärt, das französische Beispiel habe gezeigt, die Masse der Einwanderer aus dem islamischen Kulturkreis lasse sich nicht in eine westliche Gesellschaft integrieren. „Wer jetzt noch Multikulti predigt, spielt mit dem Feuer“, so Schlierer weiter.<sup>189</sup> An anderer Stelle hatte Schlierer ausgeführt, dass für ihn „Nation und nationale Identität“ einer „universalistischen Weltkultur“ gegenüber stehen, „die als zwangsläufige Folge der Globalisierung beschworen“ würden. Dieser „Globalisierungsutopie“ werde das Bild eines Gemeinwesens entgegengesetzt, „das seine Identität aus der gemeinsamen Sprache, der gemeinsamen Geschichte, dem gemeinsamen Schicksal, gemeinsamer Tradition und Brauchtum, einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen geistesgeschichtlichen Prägung bezieht“.<sup>190</sup> Die Krawalle in Frankreich sind demnach eine unausweichliche Erweiterung der unter den Vorzeichen der Globalisierung stehenden multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft.

Dies bestätigt auch das Bundesparteiprogramm der Republikaner, wo es heißt: „Man kann aus der Heimat vertrieben werden, ohne den Ort zu wechseln: Durch kulturelle Überfremdung und Masseneinwanderung

---

189 REP-Pressemitteilung Nr. 66/05 vom 09.11.2005, „In Frankreich sind Multikulti-Utopie und Integrationslüge in Flammen aufgegangen“, auf: <http://www.rep.de> (10.11.2005).

190 Rolf Schlierer, Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden vor dem Bundesparteitag in Winnenden, 18. November 2000, Manuskript; zitiert in Pfahl-Traughber 2006: 33.

von Ausländern. [...] Außerdem ist erfahrungsgemäß jede multikulturelle Gesellschaft eine Konfliktgesellschaft“. In diesem Sinne macht Globalisierung heimatlos.

Gleichermaßen sah sich die NPD in ihrer „strikt ablehnenden Haltung gegen die Masseneinwanderung und die Etablierung einer multikulturellen Gesellschaft bestätigt“. Auch in den von „Ausländern dominierten Wohngebieten“ in Deutschland sei die Sicherheit heute nicht mehr gewährleistet. Deutsche würden Fremde im eigenen Land. In einer anderen NPD-Stellungnahme wird die religiöse und kulturelle Komponente in den Vordergrund gestellt: „Die islamischen Einwanderer haben sich durch ihr Festhalten am Islam selbst gesellschaftlich isoliert.“<sup>191</sup> Die „Krawallinszenierung“ werfe u. a. die Fragen auf, warum die „islamischen Jugendlichen nicht unter Al-Qaida-Verdacht gestellt und mit Hilfe der Antiterrorgesetze die Unruhen in wenigen Minuten beendet“ würden. Auch müsse gefragt werden, wem diese Krawalle nützten. Es gelte abzuwarten, welche „absonderlichen Forderungen“ von Lobbyisten im Anschluss an die Krawalle gestellt würden. Hier erscheint wieder das Motiv eines von „Globalisten“ gesteuerten Prozesses zu Lasten der angestammten Bevölkerung, ihrer Traditionen und Kultur, was im NPD-Duktus folgendermaßen klingt: „Die Ereignisse in Frankreich beweisen, daß die von den Mächtigen geschaffenen multikulturellen Gesellschaften gegen die Interessen der eigenen Völker gerichtet sind“. Abschließend heißt es: „Sollten die Mächtigen in der BRD solche Krawalle inszenieren, muß über die Einrichtung von Sammellagern und über die Schaffung von Bürgerwehren zum Schutz von Leben und Eigentum sowie zur Vermeidung von ausländerdominierten Angsträumen in deutschen Städten rechtzeitig geredet werden.“<sup>192</sup>

---

191 Zitate aus: „Frankreich mahnt: Kein ‚China-Town‘ in Leipzig“; „‚Multikulti‘ ist eine Gefahr für den inneren Frieden“; „Wem nützen die Krawalle in Frankreich? Keine französischen Verhältnisse - Deutschland bleibt deutsch!“, alle auf: <http://www.npd.de> (09.11.2005).

192 „Wem nützen die Krawalle in Frankreich? Keine französischen Verhältnisse - Deutschland bleibt deutsch!“, auf: <http://www.npd.de> (09.11.2005).



**Abb. 14: NPD-Plakat „Gute Heimreise“**

Quelle: <http://medien01.npd.de>

Die vom DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey herausgegebene „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ verbindet unter der Überschrift „Heute brennt Paris, morgen Berlin?“ die Krawalle mit ihrer Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts. Die Türkei sei ein „Vielvölkerstaat und für die Kurden auch ein Völkerkerker“. Es wäre „Wahnsinn“, könnten die „mörderischen Auseinandersetzungen“ nach dem Muster der „bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung“ in Paris ihre Fortsetzung in Berlin finden. Eine EU-Aufnahme

der Türkei entspreche amerikanischem und nicht deutschem Interesse.<sup>193</sup>

Rechtsextremisten aller Strömungen suchen Ängste und Unsicherheit in der hiesigen Bevölkerung zu schüren, um aus deren Reaktion politisches Kapital zu schlagen. Sie sind überzeugt, politische Nutznießer eventueller vergleichbarer Ereignisse in Deutschland zu werden. Ihre Argumentation ist durchgängig fremdenfeindlich, zum Teil auch offen

<sup>193</sup> „Heute brennt Paris, morgen Berlin? Frankreich zeigt, was Deutschland droht“, in: „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ Nr. 46 vom 11.11.2005.

rassistisch. Mit den Ausschreitungen in Frankreich wird die Agitation gegen die multikulturelle Gesellschaft weiter in den Mittelpunkt rechtsextremer Diskurse rücken. Migration wiederum wird von weiten Kreisen im Rechtsextremismus als direkter Effekt eines geplanten „Globalismus“ gesehen. In einer globalisierten Welt können zudem kulturell aufgeladene Konflikte ohne weiteres nationale Grenzen überwinden und so auch auf die deutsche migrantische Bevölkerung, die als implantierter Fremdkörper im deutschen „Volkskörper“ gesehen werden, überspringen.

### **3. Großbritannien**

#### *3.1 Die Debatte*

Auch in Großbritannien ist Globalisierung bei Rechtsextremisten ein wichtiges Thema. Ähnlich wie in Deutschland werden die Prozesse der Globalisierung im Vereinigten Königreich stark thematisiert.

Im „General Election Manifesto 2005“ der BNP heißt es: „Britain First-Economics - The antidote to globalism“.<sup>194</sup> Wie auch in Deutschland werden hier nationalistische Konzepte gegen den als zerstörerisch angesehenen „Globalismus“ in Stellung gebracht. Lee Barnes, Rechtsberater der BNP, empfiehlt für Großbritannien: „Only when Britain embraces nationalism as the solution to the crisis in modernity that globalism has caused, will we all be safe again.“<sup>195</sup> Doch auch im Vereinigten Königreich ist die Beurteilung der Globalisierung durch Rechtsextremisten wesentlich vielschichtiger.

---

194 BNP General Election Manifesto 2005, unter: [http://www.bnp.org.uk/candidates2005/man\\_menu.htm](http://www.bnp.org.uk/candidates2005/man_menu.htm) (16.1.2006).

195 Lee Barnes, „The Alpha Net and National Security“ vom 10.10.2005, unter: <http://www.bnp.org.uk/columnists/brimstone2.php?leeId=63> (16.1.2006).

In einem Essay mit dem Titel „Capitalism - the big picture“ macht Nick Griffin nähere Ausführungen zur Globalisierungskritik seiner Partei.<sup>196</sup>

So, in brief, the reason why the British National Party studies, opposes and exposes the machinations of the proponents of globalism, is that problems such as the asylum flood, rampant crime and Political Correctness did not arise on their own; they are [...] the product of the globalist mentality and techniques.

Griffin stellt hier explizit den Zuzug von Asylbewerbern, Kriminalität und Political Correctness als Resultate eines von „Globalisten“ gewollt gesteuerten Plans dar (siehe oben). Im gleichen Text wiederholt Griffin diesen Vorwurf, wenn er davon spricht, dass „the community-shattering decline of our industrial base is not the result of a natural catastrophe or an Act of God.“ Dies sei vielmehr die Schuld von „stupid or corrupt politicians, of propaganda disseminated by bought-and-paid for journalists, of unproven and mistaken theories taught in universities and, behind all those, the naked self-interest and greed of the bosses and big shareholders of giant corporations and banks.“ Gerade letztere, also die Führer und Anteilseigner großer Firmen, seien diejenigen, die den Menschen in Großbritannien und anderswo „Globalismus“ aufzwingen.

Griffin bleibt hier nicht stehen, sondern macht diese - von weitgehend im Dunkeln bleibenden Zirkeln von Großkapitalisten gesteuerte - Entwicklung ebenfalls für soziale Verwerfungen wie Drogenkonsum, Kriminalität und Prostitution direkt verantwortlich. Sein Appell lautet: „until we understand not just that, but also the link between their lust for short-term profit and the anguish of the mother who sees her de-motivated and

---

196 Nick Griffin, „Capitalism - the big picture“ vom 16.12.2004, unter: <http://www.bnp.org.uk/columnists/chairman2.php?ngId=10> (16.1.2006).



hopeless child sinking into a spiral of drug addiction, crime and prostitution [...], then we will have no chance of putting things right.“

Doch auch hier macht Griffin mit seiner Analyse von Globalisierung und Kapitalismus, die für ihn eng verbunden sind, nicht halt. Eindeutig grenzt sich der BNP-Vorsitzende von anderen Globalisierungsgegnern und -kritikern ab, wenn er sagt: „If you understand all about the devastating human and environmental costs of globalisation, but don't like the fact that we openly talk about ethnicity and oppose mass immigration on grounds of 'race' as well as 'space', then your place is really with the Green Party, not with us.“

In typisch rechtsextremer Manier werden hier die Themen wie Ethnizität, Raum, Identität und Rasse eingeführt und mit dem Gegenstand Globalisierung auf das Engste verwoben. Letztendlich wird der Kampf gegen den „Globalismus“ zu einem „Kampf um das kulturelle und ethnische Überleben“ überhöht, den nur Nationalisten - in diesem Fall die BNP - wirklich führen können:

But if you understand that the fight for cultural and ethnic survival cannot be won without our also taking back control of our own economic destiny - and that this cannot be done without facing up to those whose ambition is a world of rootless, raceless, nationless, value-free consumers, and by presenting a vision of a more practical, sustainable and truly efficient economic system than theirs - then your place is in the British National Party.

In einem weiteren Essay vertieft Griffin seine Überlegungen zu den Auswirkungen des „Globalismus“.<sup>197</sup> Unter der Zwischenüberschrift

---

<sup>197</sup> Nick Griffin, „Cults, jets and greed - the frantic rush to 'One World'“, unter: [http://www.bnp.org.uk/articles/rush\\_globalism.htm](http://www.bnp.org.uk/articles/rush_globalism.htm) (16.1.2006).

„Globalists’ bitter fruits“ zählt er in dramatischster Weise alle nur denkbaren Verfehlungen und Gebrechen der modernen Gesellschaft als direkte Resultate der von „Globalisten“ mit dem Werkzeug der Globalisierung etablierten „New World Order“ auf:

Their fruits are the fifteen-year-old heroin addicts on vandalised estates in Northern England, Scotland and South Wales, where a cast-off generation swap needles among the rubble of the pitheads and strip-mills where their fathers hewed coal and forged steel. [...] Their fruits are the heart-breaking loneliness of pensioners and single mothers in tower blocks in inner London, where they dare not step out of their steel-reinforced front doors after dark, for fear of the human predators who stalk streets which our grandparents would no longer recognise. [...] Their fruits are the ever-rising suicide and drug overdose rate among young white males who are fed nothing but self-hate and guilt by their TVs and the National Curriculum.

An dieser Stelle wird vom BNP-Vorsitzenden klar benannt, worin er seine vorrangige Aufgabe sieht: „opposing the drive to the One World Nirvana of the bankers, the Zionists, and power junkies like Blair and Clinton.“ Es geht also klar um den Widerstand gegen die von „Bankern“, „Zionisten“ und machthungrigen Politikern geplante und unter dem Banner des „Globalismus“ vollzogene „Neue Weltordnung“. Zu den im internationalen Rechtsextremismus weit verbreiteten Verschwörungstheorien um ZOG ist es hier nur noch ein kleiner Schritt, obwohl die BNP immer wieder beteuert, nicht antisemitisch zu sein.

Ein kleiner Schritt ist es auch nur noch zu den englischen Neonazis der Splittergruppe „England First“ (vgl. Kap. II.3.2). Unter der Überschrift „Internationalism“ wird hier kurz verkündet: „We are opposed to all ventures, such as the E.U., N.A.T.O. and the U.N., which seek to make

England an impoverished province in the New World Order. We also oppose Big Business, Freemasonry and other N.W.O. vested interests“.<sup>198</sup> In ihren „Principles of Nationalism“ wird noch einmal deutlich ausgeführt, wer hinter der „New World Order“ (kurz N.W.O.) steht: eine Allianz aus Freimauertum, Zionismus und Big Business.<sup>199</sup> Die N.W.O. kontrolliert laut „England First“ nicht nur alle Massenmedien, Großkonzerne und Banken sondern umfasst auch die UNO, die NATO und die EU.<sup>200</sup>

Eine interessante britische Variante der im Rechtsextremismus weit verbreiteten Anti-Globalismus-Ideologie ist die „Peak Oil“-Theorie (vgl. den nächsten Abschnitt).

Der als BNP „Legal Eagle“ bekannte Jurist Lee Barnes zieht in einem Essay mit dem Titel „Daisy Cutter Capitalism and Energy Vampirism“<sup>201</sup> seine eigenen, sogar unter Rechtsextremisten unkonventionellen Schlüsse aus dem Irakkrieg. Barnes sieht nicht primär jüdische Interessen als Auslöser für den Krieg, sondern den Kampf um die knapper werden Ölreserven: „The issue of The Iraq War is primarily about Peak Oil and it is only of secondary importance as per its relationship with the power of Israeli lobby in America imposing the invasion on George Bush to secure the regional interests of Israel“.

Mit dieser Analyse verbindet Barnes eine eigene Kapitalismuskritik, die jedoch wieder in ein wahlweise als ZOG oder N.W.O zu bezeichnendes Verschwörungsszenario führt:

---

198 Vgl. <http://englandfirst.netfirms.com/My%20Web%20Pages/whatdowestandfor.htm> (15.1.2006).

199 „The principles of Nationalism“, unter: <http://englandfirst.netfirms.com/My%20Web%20Pages/National%20Freedom%20-%20Social%20Justice.htm> (17.1.2006).

200 Vgl. ebd.

201 Lee Barnes; „Daisy Cutter Capitalism and Energy Vampirism“ vom 28.6.2005, unter: <http://www.bnp.org.uk/columnists/brimstone2.php?leeId=53> (17.1.2006). „Daisy Cutter“ ist der Name der stärksten konventionellen Bombe der Welt, die von der US-Luftwaffe in Vietnam, Afghanistan und im Irak mit verheerender Wirkung eingesetzt wurde (vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Daisy\\_Cutter](http://de.wikipedia.org/wiki/Daisy_Cutter)).

Daisy Cutter Capitalism is the final stage in the breakdown of Global Capitalism as it transforms into Energy Vampirism and US led invasions of nation states to rob their energy sources in order to sustain the international economic model run by the parasitic plutocratic/political international elite that control the oil companies, media, international corporations, Military Industrial Blocs and financial institutions of the planet.

Barnes entscheidet sich für „New World Order“, deren Logik er folgendermaßen definiert: „Economics - Energy = WAR. In the case of America this is shown as: Global Capitalism - Oil = Iraq/Afghanistan War“. Am Werke ist hier eine schemenhafte Geld- und Machtelite, die auf zauberhafte Weise alle Fäden in Finanz, Medien und Politik in der Hand hält und deren größtes Vergnügen es zu sein scheint, Nationen zu vernichten:

Under Globalism war is another facet of economics not politics. The geography and borders of a nation under Globalism are relevant only to its resources and hence its potential economic worth. The politicians of all nations, the media that gets them elected and the political systems that elect them are bought and paid for by the Internationalist Elite, and nations and their citizens are merely hostages to their whims and desires.

Die einzige Hoffnung, dem Macht-, Geld-, und Zerstörungshunger dieser „Internationalist Elite“ zu entgehen ist es laut Barnes, der nächsten Generation einen „Ethno-Nationalismus“ näher zu bringen, der sie gegen die Versuchungen des „Daisy Cutter Capitalism“ immunisiert. Geeignete Vorbilder für eine ethno-nationalistische Jugend sind jedoch nach Ansicht der BNP auch im Vereinigten Königreich Mangelware. In einem Beitrag auf der BNP-Webseite, in dem es eigentlich um den asiatischen Tsunami des Jahres 2005 geht, wird bitterlich beklagt, dass bekannte globalisie-

rungs- und kapitalismuskritische Briten wie Bono Fox und Bob Geldof auch lediglich „emissaries for globalism“ seien.<sup>202</sup> Dazu seien sie „part of the liberal establishment and owe their place in the fold to their willingness to spout the correct message“; mit anderen Worten: Marionetten der N.W.O.

#### *Fallbeispiel: Peak-Oil-Kampagne*

Seit Mitte 2005 stellt die „Peak-Oil“-Debatte ein großes Kampagnenthema der BNP dar. Mit „Peak Oil“ wird der Zeitpunkt bezeichnet, an dem die maximale Förderung aller Erdölquellen weltweit erreicht ist. Da es sich bei Erdöl um eine endliche Ressource handelt, lässt sich theoretisch ein Scheitelpunkt bestimmen, an dem die Ölförderung ihren Höhepunkt erreicht und von dort nur noch abnehmen kann. Da die Kosten der Ölförderung in der Folge immer weiter steigen würden und die Erschließung neuer Ölvorräte technisch immer aufwendiger werde, müsse der Preis für Erdöl, bei gleicher oder steigender Nachfrage, dramatisch ansteigen. Wissenschaftlich hoch umstritten ist der Zeitpunkt des „Peak Oil“, pessimistische Prognosen gehen davon aus, dass der Wendepunkt bereits in den nächsten Jahren erreicht wird, optimistischere Varianten sehen die Förderung ökonomisch erschwinglichen Öls bis über das Jahr 2050 hinaus als gesichert an.

Das Thema des „Peak Oil“ gibt Anlass für wissenschaftliche Analysen über die Entwicklung der Ölfördermenge, für Versuche von Wirtschaft und Politik, Alternativen zur Energiegewinnung aus dem Rohstoff Öl zu entwickeln und auch für alternative gesellschaftliche, umweltpolitische engagierte Gruppen, den Druck auf Entscheidungsträger zu erhöhen,

---

202 Joe Priestley, „The tsunami effect...Part I“ vom 15.1.2005, unter: <http://www.bnp.org.uk/columnists/joepr2.php?joeId=3> (15.1.2006).

diese Alternativen ernsthaft voranzutreiben. Befürchtungen vor rasch ansteigenden Energiepreisen und den ökonomischen Folgen einer Erdölverknappung leisten aber auch irrationalen Ängsten, apokalyptischen Szenarien, Weltuntergangs- und Weltverschwörungstheorien Vorschub. Im Internet finden sich unter dem Stichwort „Peak Oil“ zahllose Websites, Diskussionsforen etc., die sich mit dem Thema in allen genannten Varianten beschäftigen.<sup>203</sup>

Die BNP glaubt, mit „Peak Oil“ eine wichtige Marktlücke im politischen Spektrum zu besetzen, denn keine andere der „so genannten ‚nationalistischen‘ oder ‚grünen Parteien‘“ würde „Peak Oil, das Problem der Masseneinwanderung und die globale Überbevölkerung, die zur Ressourcenknappheit führt“ verknüpfen.<sup>204</sup> Die BNP versucht aber genau dies und ist bemüht, an die bereits bestehenden „Peak-Oil“-Initiativen anzukoppeln. So nahmen Nick Griffin und andere BNP-Funktionäre im April 2005 an der von „Depletion Scotland“ organisierten Konferenz „Peak Oil UK“ teil.<sup>205</sup> Diese Beteiligung des Führers einer rechtsextremen Partei bei einer Veranstaltung, deren Teilnehmer sich eher der politischen Linken zurechneten, rief einige Irritationen hervor (vgl. etwa Watson 2005).

Auf den Internetseiten der BNP wird ein umfangreiches Informationsangebot zum Thema angeboten. An prominenter Stelle, auf der Startseite,

---

203 Vgl. einführend den Wikipedia-Artikel „Peak Oil“ unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Peak\\_oil](http://de.wikipedia.org/wiki/Peak_oil); sowie die WWW-Seiten <http://www.peakoil.de>; <http://peakoil.com/>; <http://www.lifeaftertheoilcrash.net/> und das deutschsprachige „Peak-Oil-Forum“ unter: <http://t27.parsimony.net/forum67590/index.htm>. Vgl. auch Hans-Jürgen Klisch: „Der Öl-Fördergipfel ist überschritten“, in: Handelsblatt; 3. Dezember 2005 (online unter: <http://www.handelsblatt.com/pshb/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200011,202973,998871/SH/0/depot/0/>) und Hauke Ritz: „Öl entfacht apokalyptisches Feuer im Netz“, die tageszeitung, 27.10.2005 (online unter: <http://www.taz.de/pt/2005/10/27/a0113.nf/text> [alle Links: 6.1.2006]).

204 Lee Barnes: The last drops of oil - what happens next? vom 27.4.2005, auf: [http://www.bnp.org.uk/news\\_detail.php?newsId=286](http://www.bnp.org.uk/news_detail.php?newsId=286) [6.1.2006; Übersetzung der Autoren].

205 Vgl. das Tagungsprogramm und die Teilnehmerliste unter <http://www.odac-info.org/PeakOilUKConferenceProceedings.htm> und <http://www.odac-info.org/documents/PeakOilUKAttendance.pdf> [18.1.2006]. Sprecher auf der Konferenz war unter anderem Brian Wilson, Labour-Abgeordneter im britischen Unterhaus und britischer Energieminister von 2001-2003.

findet sich dort ein Bannerlink „Peak Oil Crisis“, der auf Sonderseiten zum Thema „Peak Oil and the BNP“ verweist.<sup>206</sup> Animierte Präsentationen, Artikel und weiterführende Links lassen sich dort finden. Auch werden offensichtlich, wie in der Grundsatzklärung zum Thema angekündigt, Schulungen der BNP-Kader durchgeführt. Videos dieser Veranstaltungen sind ebenfalls dort abrufbar.<sup>207</sup> Auf den Internetseiten der BNP wird zunächst allgemein und vergleichsweise sachlich der Begriff „Peak Oil“ erklärt: „Peak oil spells the end of cheap oil and gas. It is the moment when 50% of the world’s reserves of these two finite fuel sources are used“. Die Folgen dieser Entwicklung werden aber in drastischen, apokalyptischen Bildern geschildert: „The crossover before falling production and rising demand will cause almost immediate economic chaos, with recessions, business failures, high unemployment, trade disputes and inevitably wars to secure the last remaining oil supplies“. Die Konsequenzen dieser Entwicklungen könnten, so die BNP weiter, aber auch als „window of opportunity for radical change in society and how we live with Nature“ gesehen werden: „It will either be seen as an end of civilisation or the heralding of a new age when we learn to live with the resources of the planet“<sup>208</sup>

Ihre eigenen Möglichkeiten zur Bewältigung dieser Krise schätzt die BNP realistisch ein: „There is nothing the British National Party can do to avert the energy crisis. We have no political power to change the way our society functions“.<sup>209</sup> Vielmehr setzt die BNP auf Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit an der eigenen Basis und auf der Gemeindeebene:

What we can do is make our people aware of the issues, prepare them psychologically for the potential troubles ahead and where possible

---

206 <http://www.bnp.org.uk/peakoil/index.htm> [6.1.2005].

207 Vgl. die Grundsatzklärung unter : <http://www.bnp.org.uk/peakoil/primer.htm>; Links zu den Videos unter: <http://www.bnp.org.uk/peakoil/resources.htm> [6.1.2006].

208 <http://www.bnp.org.uk/peakoil/index.htm> [6.1.2005].

209 <http://www.bnp.org.uk/peakoil/index.htm> [6.1.2005].

work with communities to ensure survival and continuity when the effects of peak oil make themselves manifest. We will be examining energy alternatives at a community level and advising on transport, food and energy issues to allow our people to survive and function.<sup>210</sup>

Schon an diesem Zitat zeigt sich die Zielsetzung der BNP: Das Engagement und die Beschäftigung der BNP mit dem Thema „peak oil“ dreht sich um die Frage, wie das Überleben „unseres Volkes“ („our people“) also der weißen Briten sichergestellt werden kann. In einer Grundsatzerklärung zum selben Thema wird die BNP denn auch deutlicher:

The BNP is a political movement which has at its core, policies ensuring the survival of our people against the many threats. Uncontrolled immigration from the third world is one obvious issue and a demographic threat to our people. The erosion of national sovereignty and handing over of decision making to unelected supra-national entities such as the EU is another. [...] Peak oil may be seen as a threat, a problem or a difficulty [...]. Let us simply state that peak oil is an „issue“ which needs to be addressed.<sup>211</sup>

Das vorhersehbare Versiegen der billigen Energie aus Erdöl wird als eine von vielen Gefahren für „das Überleben unseres Volkes“ dargestellt. „Peak Oil“ wird dabei in eine Reihe mit der „unkontrollierten Einwanderung aus der Dritten Welt“, die „Erosion nationaler Souveränität“ durch die EU und den Drogen- und Alkoholmissbrauch junger Menschen gestellt. Gegenüber diesen düsteren Gegenwartsbeschreibungen und Untergangsvisionen stellt die BNP den „Peak Oil“ auch als Chance und „Möglichkeit für einen Wandel“ dar.<sup>212</sup> Für diesen „Wandel des Lebensstils“, der „politischen Strukturen“, „Verhaltensmuster“, „Wahrnehmungen, Erwartungen und Hoffnungen“ will sich die BNP einsetzen.<sup>213</sup>

---

210 Ebd.

211 <http://www.bnp.org.uk/peakoil/primer.htm> [6.1.2006].

212 Ebd.

213 Ebd.



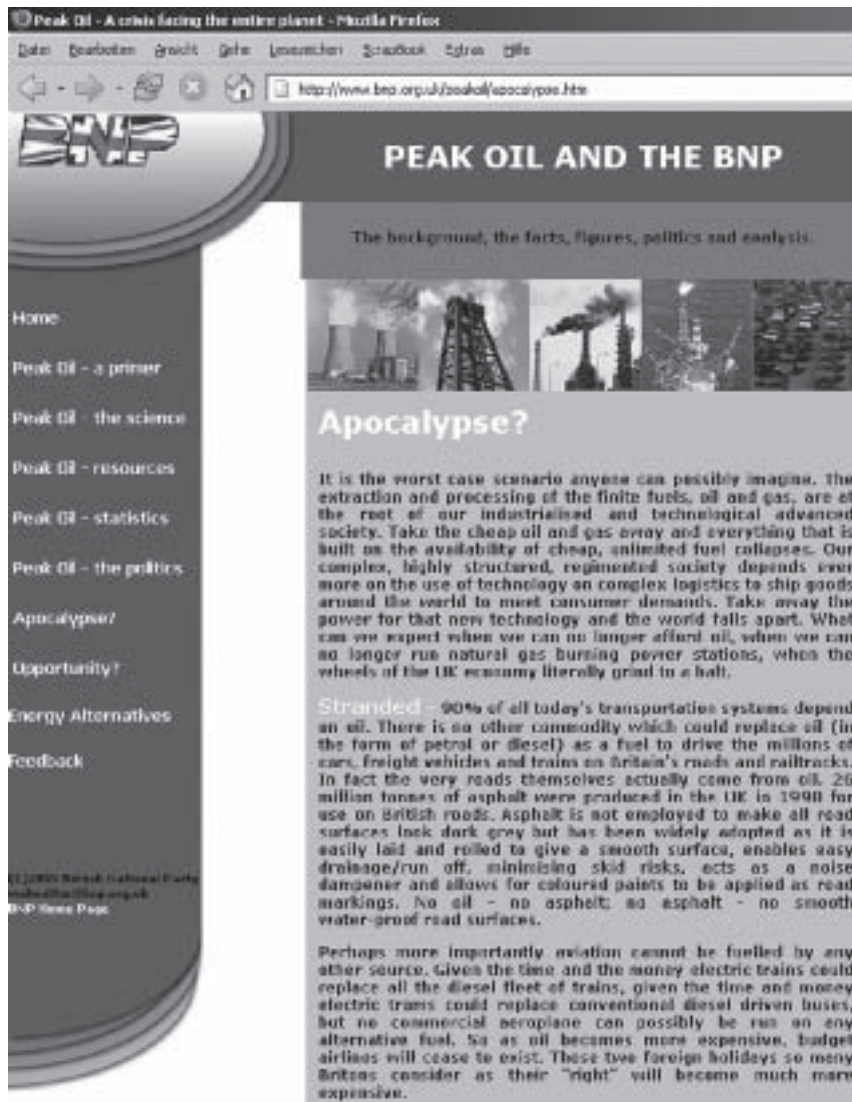


Abb. 15 Webseite der BNP zu „Peak Oil“

Quelle: <http://www.bnp.org.uk/peakoil/apocalypse.htm> [14.3.2006]

Die Vorschläge der BNP sind weitreichend: Bevölkerungsverringering, weg von der ölbasierten Agrarindustrie, hin zu kleineren Familienbetrieben und eine größere Unabhängigkeit („self-sufficiency“).<sup>214</sup> Ziel ist die „nationale Autarkie“ Großbritanniens, also der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Unabhängigkeit vom Ausland.<sup>215</sup> Dieses Ziel soll mit drastischen Maßnahmen durchgesetzt werden:

We will immediately close the borders of Britain to all incomers [...]. We will remove all illegal immigrants and ensure that the 1 million plus illegals hiding in Britain are removed as soon as we can organise the internal infrastructure to do so. We will re-nationalise our National Economy [...]. We will ensure that the Ministry of Finance that we will set up will be able to invest in the building of a steady state Independent British Energy Economy based totally on renewable energy and from Green sources of power.

Das Programm der „Nationalen Autarkie“ ist nicht nur mit weit reichenden wirtschaftlichen Maßnahmen verbunden, etwa der Rücknahme der Privatisierungen, sondern auch mit der Ausweisung von angeblich mehr als einer Million illegalen Immigranten. Lee Barnes, Leiter der BNP-Rechtsabteilung, legt sich nicht auf die dabei anzuwendenden Mittel fest, es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass eine Bevölkerungsverschiebung dieses Ausmaßes ohne Zwang und staatliche Gewalt durchgeführt werden kann. Vor diesem Hintergrund sind die Aussagen von Nick Griffin, der in einem mit der BBC geführten Interview einen vollständigen Verzicht seiner Partei auf den Programmpunkt einer Zwangsausweisung („compulsory repatriation“) aller nicht-weißen Einwohner Großbritanniens erklärte, nur als Lippenbekenntnis zu werten.<sup>216</sup>

---

214 Nick Griffin: A world without oil (Kolumne vom 13.5.2005) <http://www.bnp.org.uk/peakoil/resources/worldwithoutoil.pdf> [6.1.2005].

215 Lee Barnes: The last drops of oil - what happens next? (Artikel vom 27.4.2005) [http://www.bnp.org.uk/news\\_detail.php?newsId=286](http://www.bnp.org.uk/news_detail.php?newsId=286) [6.1.2006].

216 Vgl. die Internetseite der BBC, „Extracts from Interview with Nick Griffin“, [http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/in\\_depth/programmes/2001/bnp\\_special/the\\_leader/interview.txt](http://news.bbc.co.uk/1/hi/english/static/in_depth/programmes/2001/bnp_special/the_leader/interview.txt) [17.1.2006].

Eingebettet ist das Programm der „nationalen Autarkie“ in eine Anti-Globalisierungs-Rhetorik mit antikapitalistischen Zügen. In typischem rechtsextremen Duktus heißt es in dem „Peak Oil“-Beitrag von Lee Barnes: „We will end the insanity of Globalism and its manifestations including the bogus fallacies of ‘ Free and Fair Trade ‘ which are nothing more than the agents of Global Capitalism given a moral death mask to hide their parasitism of the Third World.”<sup>217</sup> Hier werden die Verknüpfung des Themas „Peak Oil“ mit klassischen rechtsextremen Themen und die propagandistische Instrumentalisierung dieses Pakets überdeutlich.

In einem langen Artikel für die Zeitschrift „National Vanguard“, die von der größten Organisation der US-amerikanischen extremen Rechten, der „National Alliance“,<sup>218</sup> herausgegeben wird, setzt Griffin sich mit Argumenten von Kritikern der „Peak Oil“-Theorie auseinander.<sup>219</sup> Dabei kommt er auch auf die Theorie zu sprechen, bei „Peak Oil“ handele es sich lediglich um einen „zionistischen Betrug“. Griffin nimmt dabei Bezug auf die in rechtsextremen Kreisen weit verbreitete Theorie von ZOG, des „Zionist Occupied Government“ (siehe oben) und macht deutlich, dass er diese Theorie keineswegs ablehnt, die „unverhältnismäßige Rolle von jüdischen und nicht-jüdischen Zionisten unter den Beratern und Finanziers von Bush und Blair, sowie in den Mainstream-Medien“ würde zwar oft geleugnet, stelle aber eine „simple Tatsache“ dar. Demzufolge gehe diese Kritik an „Peak Oil“ davon aus, dass alles was Bush und Blair täten, von verschwörerischen Zionisten gesteuert würde und alles was die Medien verbreiteten eine zionistische Lüge sei. Griffin widerspricht dem nicht grundsätzlich: „Undoubtedly, sometimes, there is some truth in this, but also much folly“. Diejenigen seien blind, die „die Juden“ automatisch für Alles verantwortlich machten, schließlich kenne die Gier und das ag-

---

217 Lee Barnes: The last drops of oil - what happens next? (Artikel vom 27.4.2005) [http://www.bnp.org.uk/news\\_detail.php?newsId=286](http://www.bnp.org.uk/news_detail.php?newsId=286) [6.1.2006].

218 Zur National Alliance vgl. Grumke (2001).

219 Nick Griffin, „Dealing With the Peak Oil Critics“ (Report geposted am 24. September 2005), <http://www.nationalvanguard.org/story.php?id=6251> [16.1.2006; Übersetzung der Autoren].

gressive Streben nach Monopolmacht, welche die Kehrseite des Kapitalismus darstellten, keine Grenzen und keine ethnischen Unterschiede. In seinen Ausführungen bedient Griffin zahlreiche antisemitische Stereotype, nur um immer wieder darauf hinzuweisen, dass diese zwar grundsätzlich richtig seien, aber auch noch andere Faktoren, nämlich die grundsätzlichen Dynamiken des Kapitalismus berücksichtigt werden müssten. Jener fördere Gier, Machtmissbrauch, Elitenherrschaft, Multikulturalismus etcetera. Griffins Antisemitismus wird durch eine antikapitalistische Rhetorik überlagert. So etwa in folgendem Zitat:

(W)hile a number of Jewish intellectuals and lobbyists – including the Frankfurt School and most of the leaders of the Civil Rights movement – have played a key role in providing the academic and „moral“ justification for the multi-racial assault on the survival of separate races and cultures, it is utterly wrong to overlook the fact that the key practical motor for mass immigration is and always has been the greed of wealthy individuals, companies and corporations.<sup>220</sup>

Ein kruder, paranoider Antisemitismus, der „die Juden“ heute für die steigenden Ölpreise, wie damals für die Pest verantwortlich machte, spiele nur denen in die Karten, die den „anti-weißen Gedankenmüll von MTV“ („anti-white mind rot of MTV“) verbreiteten und berechtigte Kritik abschmettern könnten, weil sie gewöhnliche Menschen davon überzeugen würden, dass jene mit ehrlichem Anliegen genauso irregeleitet seien wie die paranoiden Spinner.

Mit der Thematisierung von „Peak Oil“ versucht die BNP mehrere Ziele zu erreichen. Indem sie sich einem Thema zuwendet, das bislang noch nicht im Lichte der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit steht und von den anderen politischen Parteien Großbritanniens nicht bearbeitet

---

220 Ebd.

wird. So kann sie sich als Monopolist und Vorreiter darstellen. Da es sich bei „Peak Oil“ auf den ersten Blick nicht um ein klassisches Thema der extremen Rechten handelt, eignet es sich besonders für die Bemühungen der BNP, sich einen gemäßigeren Anstrich zu geben. Es bleibt allerdings fraglich, ob die BNP über die erforderlichen Mittel und Ressourcen verfügt, um ein solches agenda-setting erfolgreich durchzuführen.

Mit der Fokussierung auf „Peak Oil“ verbindet die BNP ferner ein avantgardistisches Selbstverständnis, die Erwartung eines nahenden Zusammenbruchs des Weltwirtschaftssystems wird von ihr sogar erhofft. Denn, so Nick Griffin in dem bereits zitierten Kommentar, wenn die mit dem Steigen der Ölpreise verbundene Krise ausbreche, würden die „Altparteien“ unvermeidlich für die verheerenden Konsequenzen verantwortlich gemacht werden. Wenn es der BNP bis dahin gelänge eine feste Unterstützerbasis von etwa fünf Prozent der Wählerschaft aufzubauen, eine „effektive Graswurzel-Kampagne“ zu betreiben und über erfahrene Kader zu verfügen, dann sei die Partei auf dem besten Wege „am richtigen Platz zur richtigen Zeit zu sein, wenn es darum gehe, Vorteile aus dieser Situation zu ziehen.“<sup>221</sup> Mit diesem Versprechen auf eine glänzende Zukunft versucht Griffin die eigene Anhängerschaft zu motivieren.

„Peak Oil“ bietet sich als Kampagnenthema weiter an, weil damit irrationale Ängste geschürt werden können. Die Angst vor dem Verlust der Lebensgrundlagen und einer radikalen Veränderung der gewohnten Lebensweise wird von der BNP ethnisch aufgeladen und zu einem Verteidigungskampf der „eigenen Leute“, des „eigenen Volkes“ gegen Immigranten, die EU und die „jüdisch-amerikanischen Kapitalisten“ und „Globalisten“ stilisiert.

---

221 Nick Griffin: A world without oil (Kolumne vom 13.5.2005) <http://www.bnp.org.uk/peakoil/resources/worldwithoutoil.pdf> [6.1.2005].

#### *4. Analyse*

Die Kontextbedingungen in Zeiten der Globalisierung sind für Rechtsextremismus günstig. Dass die Globalisierung der Entstehung beziehungsweise Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leistet, kann als gesichert gelten (vgl. Stöss 2004). Globalisierungsprozesse machen vielen Menschen schlicht Angst. „So wird die Angst vor scheinbar Unbewältigbarem transportiert in Angst vor etwas, das abzuwehren nicht völlig aussichtslos ist, in Angst vor Kriminalität, vor Asozialen, vor Minderheiten und dergleichen, oder es wird - was oft auf das gleiche hinauskommt - der Bedrohung eine Struktur unterstellt“ (Welzk 1998: 38). Die Prozesse und Zumutungen der Globalisierung wirken hierbei als Humus für den Rechtsextremismus sowohl in Deutschland, in Großbritannien und anderswo.

Die extreme Rechte reagiert auf die Zumutungen des von ihr diagnostizierten „Globalismus“. Dabei wird „dem Trend zur Verflüssigung [...] mit einer Rehomogenisierung des Identitären und einer Reaffirmation vermeintlicher Gewissheiten begegnet“ (Scharenberg 2003: 663). „Globalismus“ ist für Rechtsextremisten ein neues Kampagnen-, Kampf- und Propagandathema geworden. Als Vollstrecker des Volkswillens, dem der Globalisierungsprozess zu schnell voranschreitet, sehen sich Rechtsextremisten allemal.

Festzuhalten ist an dieser Stelle:

1. Gegnerschaft zur Globalisierung ist per se weder links noch rechts beheimatet (vgl. Leggewie 2003);
2. Rechtsextremisten reagieren „auf die durch Globalisierung und Denationalisierung beschleunigte Enttraditionalisierung und ‘Entgrenzung’ des Identitären“ (Scharenberg 2003: 662);

3. Rechtsextremisten sind keine Globalisierungskritiker, sondern Anti-Globalisten;
4. Rechtsextremen Anti-Globalisten geht es nicht primär um die Überhöhung der eigenen Nation bzw. die Dominanz gegenüber anderen Nationen, sondern um einen Kampf gegen die so genannte „Neue Weltordnung“, der nur transnational geführt werden kann;
5. Rechtsextremen Anti-Globalisten geht es nicht nur um die Bekämpfung ökonomischer Globalisierung, sondern ganz besonders um den Kampf gegen kulturelle Globalisierung – namentlich einer Amerikanisierung.

Das ideologische Arsenal von Volk und Nation wird von Rechtsextremisten um Kampfbegriffe wie Globalisierung, Kapitalismus, Imperialismus und Identität erweitert und so auch international kompatibel gemacht. Trotz national geprägter und begrenzter Debatten, wie z.B. um „Peak Oil“ in Großbritannien, sind die Leitmotive der rechtsextremen Globalisierungskritik (bzw. des Anti-Globalismus), wie in diesem Kapitel gezeigt, weitgehend identisch. Globalisierung steht im rechtsextremen Kontext wahrhaft global für die Macht eines heimatlosen Großkapitals, für amerikanischen Kulturimperialismus und für einen „multirassischen Genozid“ bzw. ein „rassezerstörendes Trümmerfeld“, das „von Washington, Wall Street und Hollywood angestrebt wird“, wie es der *BNP*-Vorsitzende Nick Griffin in einem Interview mit der Deutschen Stimme im Jahre 2002 formuliert.<sup>222</sup>

Diese „Weltanschauung“ ist wiederum anschlussfähig an einzelne fundamentalistische Kräfte in der islamischen Welt. In diesem Sinne ist es dann nicht mehr entscheidend, ob die USA als „zionistisch okkupiert“ oder als „großer Satan“ angesehen werden, das World Trade Center gilt in beiden Fällen als überragendes Symbol der „mammonistischen Welt-herrschaft“ (Horst Mahler).

---

222 „Freiheitsrechte der Völker zurückfordern“, in: Deutsche Stimme, März 2002, S.3.

Im 21. Jahrhundert ist eine Internationalisierung oder besser Transnationalisierung des Rechtsextremismus vor allem in einem ideologischen, aber auch in einem strukturellen Sinne, verstärkt zu beobachten (vgl. Kap. V und Grumke 2002; Grumke 2006). Es mag paradox erscheinen, doch der „Nationale Widerstand“ muss nicht zwangsläufig vom eigenen Land aus geführt werden. Die rechtsextremistischen Anti-Globalisten „globalisieren“ sich – und, um es noch komplexer zu machen: ein einigendes ideologisches Element ist dabei der Kampf gegen den „Globalismus“.



## V Komparative Analyse

Eingangs dieser Studie wurden Hypothesen formuliert, die es an dieser Stelle zu verifizieren oder zu verwerfen gilt. Wir hatten unterstellt, dass die extreme Rechte in den beiden untersuchten Ländern erheblich unterschiedliche gesellschaftliche Kontextbedingungen vorfindet. Es wurde weiterhin angenommen, dass dessen unbenommen in beiden Ländern die Leit motive der rechtsextremen Bearbeitung der Themen soziale Frage und Globalisierung (bzw. „Globalismus“), weitgehend identisch sind und für die extreme Rechte hier wie dort die soziale Frage und Globalisierung herausragende Kampf- und Kampagnenthemen für den Rechtsextremismus darstellen, die jeweils aus einem sehr ähnlichen ideologischen Verständnis heraus interpretiert und propagiert werden. Last but not least wurde erwartet, dass rechtsextreme Parteien und Bewegungsorganisationen in beiden Ländern versuchen, öffentliche Akzeptanz zu gewinnen und dafür vermeintlich mehrheitsfähige Strategien wie eine „Ethnisierung des Sozialen“ betreiben.

### *Die Kontextbedingungen der extremen Rechten in Deutschland und Großbritannien*

Rechtsextremismus existiert nicht im gesellschaftlich luftleeren Raum, sondern kann nur in seinem jeweiligen politischen, historischen und kulturellen Kontext verstanden werden. Deshalb soll an dieser Stelle auch ein kurzer Blick auf die externen Bedingungen fallen, in denen sich der Rechtsextremismus in Deutschland und Großbritannien bewegt. Dieter Rucht hat mit seinem Begriff der gesellschaftlichen Kontextbedingungen ein Konzept vorgelegt, das über die zuvor übliche Variante der „(political) opportunity structures“ von Autoren wie Tarrow, Brand oder Kitschelt hinausreicht (vgl. Rucht 1994: 291ff.). Werner Bergmann und Rainer Erb weisen zu Recht darauf hin, dass politische Gelegenheitsstrukturen (hier

weiterentwickelt als gesellschaftliche Kontextstrukturen) und der Ansatz der kollektiven Identität gerade bei der Erforschung von Rechtsextremismus ein „überlappendes Forschungsfeld“ ergeben (Bergmann/Erb 1998: 162). Die kollektive Identität extrem rechter Bewegungen ist „immer ein interaktives Produkt von Selbst- und Fremdefinition“ (Koopmans 1998: 219), weshalb eben eine Kombination der beiden Ansätze sinnvoll ist. Ohne an dieser Stelle die drei Variablenkomplexe (Regimestruktur, Struktur der etablierten Interessenvertretung und Muster der politischen Kultur) näher erläutern zu können (siehe dazu Rucht 1994: 291ff.), schlagen wir hinsichtlich der gesellschaftlichen Kontextbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland und Großbritannien die in Tabellen 12 und 13 ausgewiesene Bewertung vor:

**Tabelle 12: Die gesellschaftlichen Kontextbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland**

<b>a) Regimestruktur</b>	
- Zugang zum Entscheidungssystem	gering
- Stärke des Staates	groß
<b>b) Struktur der etablierten Interessenvermittlung</b>	
- Breite	mittel
- Effektivität	gering bis mittel
- Verflechtung mit Staat	gering
<b>c) Muster der politischen Kultur</b>	
- Konfliktstruktur und Politikstil	überwiegend konfliktorientiert, halb partizipatorisch/halb elitär
- Kulturelle Resonanz des Rechtsextremismus	anschlussfähig an vorhandene fremdenfeindliche Einstellungen, gleichzeitig starke soziale Ächtung des Rechtsextremismus

Quelle: angelehnt an Rucht 1994: 321.

**Tabelle 13: Die gesellschaftlichen Kontextbedingungen des Rechtsextremismus in Großbritannien**

<b>a) Regimestruktur</b>	
- Zugang zum Entscheidungssystem	gering
- Stärke des Staates	mittel
<b>b) Struktur der etablierten Interessenvermittlung</b>	
- Breite	gering
- Effektivität	gering
- Verflechtung mit Staat	sehr gering
<b>c) Muster der politischen Kultur</b>	
- Konfliktstruktur und Politikstil	konfliktorientiert, partizipatorisch
- Kulturelle Resonanz des Rechtsextremismus	anschlussfähig nur hinsichtlich eines latenten Rassismus, ansonsten gering. Starke soziale Ächtung des Rechtsextremismus als „unbritisch“

Quelle: angelehnt an Rucht 1994: 321.

Auf dem Feld der Regimestruktur sieht der Rechtsextremismus sich in Deutschland einem starken, zur Repression bereiten Staat gegenüber, der ein breites Arsenal juristischer und administrativer Maßnahmen nutzt, um die Bewegung zu schwächen (vgl. Leist 2003 und Minkenberg 2003). Der Zugang zum Entscheidungssystem für rechtsextreme Bewegungsmitglieder ist – trotz des Einzugs der NPD in den sächsischen Landtag – gering. Während die Verflechtung mit dem Staat daher gering ist, ist die Effektivität wie auch die Breite der Interessenvermittlung als mittelgroß zu bezeichnen. Die extreme Rechte verfügt zwar kaum über „soziale Relais“ oder „Scharnierorganisationen“ wie Kirchen, Universitäten, Ge-

werkschaften, die ihre Interessen dem politisch-administrativen System vermitteln und wünscht dies, weil sie eben dieses System weitgehend abschaffen will, auch nicht. Die Effektivität der Interessenvermittlung der extremen Rechten ist genau deshalb im politisch-administrativen System eher gering. Nichtsdestotrotz verfügt die rechtsextreme Bewegung über eine ganze Stafette von sehr effektiven Kommunikations- und Propagandamitteln, die ihnen eine wirksame Selbstdarstellung und Kommunikation in den Bewegungszusammenhängen und teilweise auch in die Gesamtgesellschaft hinein ermöglichen. Die extreme Rechte verfügt über zahlreiche eigene Zeitschriften, Periodika, Buch- und Audioversände sowie eigene Internetseiten (vgl. auch Pfeiffer 2002). Alle diese Kommunikations- und Propagandamittel werden intensiv und regelmäßig genutzt, einige Presseerzeugnisse haben eine ungewöhnlich hohe Leser-Blatt-Bindung. Die eigenen Medien sind das „informationelle Kapillarsystem der Bewegung“ (ebd.: 342) und transportieren Ideologie, Kampagnethemen und Begriffe sowohl in die einzelnen Netzwerke als auch in den politische Prozess allgemein. Die Breite der Interessenvermittlung ist deshalb in der Summe mittelgroß, nicht zuletzt weil der Bewegung über die neue NPD-Landtagsfraktion in Sachsen nun erhebliche neue Ressourcen zur Verfügung stehen.

In Großbritannien nutzt der Staat seine repressiven Möglichkeiten bei weitem nicht in dem Maße zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, wie dies in Deutschland der Fall ist. Während die staatliche Repression in Deutschland allerdings vor allem auf den organisierten Rechtsextremismus beschränkt ist, steht in Großbritannien der Alltagsrassismus stärker im Licht der Öffentlichkeit und wird, etwa bei der polizeilichen Verfolgung so genannter „hate crimes“ wesentlich rigorosier verfolgt (Vgl. dazu Racist Violence in 15 EU Member States 2005). Der Zugang zum politischen Entscheidungssystem ist dennoch äußerst gering und gewählte Vertreter der extremen Rechten sind lediglich und vereinzelt auf der lokalen

Ebene zu finden. Die Verflechtung mit dem Staat ist als sehr gering zu bezeichnen. Ebenfalls gering ist die Effektivität der Interessenvermittlung. Britische Rechtsextremisten sind mit Ausnahme der BNP nicht in der Lage, ihre Propaganda über kleine lokale Zirkel hinaus zu verbreiten. Im Gegensatz zu Deutschland besteht kein bewegungsförmiges, arbeitsteiliges Netzwerk mit entsprechenden Medien und Kommunikationsmitteln. Doch auch die modernisierte BNP ist nur in begrenztem Maße fähig, ihre Ideen einer breiten Bevölkerung zu übermitteln. Auch aufgrund der starken sozialen Ächtung von Rechtsextremismus ist eine „Erosion der Abgrenzung“ gegenüber der politischen Mitte kaum zu beobachten. Die Breite der Interessenvermittlung ist daher in der Summe ebenfalls gering.

Zum Muster der politischen Kultur können folgende allgemeine Aussagen getroffen werden: Die extreme Rechte findet in der bundesdeutschen politischen Kultur nur bedingt Resonanz, bleibt aber, trotz ihrer gegenkulturellen Ausrichtung, in Ansätzen anschlussfähig. Ihre (qualitative) Mobilisierungsstärke geht aus den alles überlagernden gemeinsamen ideologischen Kernelementen sowie der extremen Feindbestimmung und –wahrnehmung hervor. So bildet sich trotz aller Bemühungen um Respektabilität eine stark mit sich selbst befasste, geradezu selbstreferenzielle Bewegung mit einer oftmals fundamentaloppositionellen Lagermentalität. Sie ist allerdings in der Lage, für die von ihr aufgebrachten Themen und Forderungen – besonders die *master frames* soziale Frage, Globalisierung und Asyl- und Ausländerpolitik, gewendet zu kultureller oder ethnischer „Überfremdung“ – in einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung Resonanz zu finden. Dabei setzen sich in der Bevölkerung weit verbreitete, fremdenfeindliche, autoritäre und antidemokratische Einstellungsmuster (vgl. Heitmeyer 2002; Niedermayer/Brähler 2002; Heitmeyer 2005) natürlich nicht automatisch in eine Hinwendung zum organisierten Rechtsextremismus um. Diese in einem Teil der Bevölke-



sammenzufassen und auch hier nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zu fragen:

In Deutschland besteht eine stark ausdifferenzierte und vernetzte Szene mit drei Wahlparteien, einer Reihe von übergreifenden Bewegungsorganisationen und zahllosen groupuscules. Mit der NPD existiert eine Partei, die sich vor allem in Ostdeutschland als Wahlpartei mit vitalen lokalen Strukturen etabliert hat und gleichzeitig als zentrale Bewegungsorganisation mit guten Kontakten zum nicht parteilich organisierten Spektrum fungiert. Es sind regelmäßige größere Mobilisierungen, Feste, Aufmärsche und eine ausgeprägte Demonstrationspolitik zu verzeichnen. Ferner verfügt der deutsche Rechtsextremismus über ein wahres Arsenal an Propagandamitteln wie Zeitungen, Periodika, Versandhandlungen, Internetseiten usw.

**Tabelle 14: Die rechtsextreme (Bewegungs-)Familie in Deutschland und Großbritannien seit 1990<sup>224</sup>**

	<b>Wahlparteien</b>	<b>Bewegungsorganisationen</b>	<b>Groupuscules</b>
Deutschland	NPD, DVU, REP	NPD/JN, Kameradschaften, Blood & Honour, <sup>225</sup> „Aktionsbüros“	Neo-Nazis, Kameradschaften, Skinheads, Intellektuellenzirkel (z.B. „Deutsches Kolleg“)
Großbritannien	BNP, NF	Blood & Honour	C18, ITP, England First, NRF, u.a.

Abkürzungen: **BNP** British National Party, **C18** Combat 18, **DVU** Deutsche Volksunion, **JN** Junge Nationaldemokraten, **ITP** International Third Position, **NF** National Front, **NPD** Nationaldemokratische Partei Deutschlands, **NRF** National Revolutionary Faction, **REP** Die Republikaner.

<sup>224</sup> Angelehnt an Minkenberg 1998: 289; zu Einzelheiten und zur Begründung dieser Kategorisierung vgl. Ebd. 237-245.

<sup>225</sup> Blood & Honour wurde im Jahre 2000 vom Bundesminister des Innern verboten, ist aber in illegalen Strukturen weiter aktiv.

Das Feld der rechtsextremen Akteure in Deutschland und in Großbritannien ist, wie gezeigt, sehr komplex und soll an dieser Stelle zum besseren Verständnis als rechtsextreme (Bewegungs-)Familie dargestellt werden (vgl. Tabelle 14).

Gemäß dieser Kategorisierung ist die NPD sowohl eine klassische Wahlpartei als auch – im Tandem mit ihrer Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) – eine Bewegungsorganisation, „die als ihre Ziele diejenigen einer sozialen Bewegung identifiziert, sich für deren Einlösung einsetzt“ und Interpretationsrahmen für die Deutung von Problemen anbietet (Minkenberg 1998: 240). Jedoch „operieren, kooperieren oder konkurrieren diese Organisationen durchaus in einem multiorganisationalen Feld, zu dem auch informelle, dezentrale Gruppen gehören und das vor allem durch hohe symbolische Integration und gemeinsame kollektive Deutungsmuster gekennzeichnet ist“ (ebd.). Wichtige Akteure der rechtsextremen Bewegung sind naturgemäß vor allem die Bewegungsorganisationen aber auch die lose zusammenhängenden groupuscules, wobei die Übergänge zumeist fließend sind. Außerdem sind auch Teile des parteilich organisierten Spektrums – auch über die NPD hinaus – Bewegungsteilnehmer der rechtsextremen sozialen Bewegung.

In Großbritannien besteht eine kaum ausdifferenzierte und personell schwache Szene. Der BNP kommt eine faktische Monopolstellung zu. Der Rechtsextremismus ist hier nicht bewegungsförmig und die wenigen groupuscules sind personell schwach, untereinander zerstritten und kaum vernetzt. Es ist keine ausgeprägte Demonstrationspolitik zu verzeichnen und auch die Propagandamittel sind im Vergleich zum deutschen Rechtsextremismus dürftig.

Neben den hier ausgewiesenen Unterschieden lassen sich aber auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten herausarbeiten:



In beiden untersuchten Ländern ist eine weitgehende soziale Ächtung des Rechtsextremismus zu verzeichnen. Für die extreme Rechte beider Länder ist die Bearbeitung der Themen soziale Frage und Globalisierung (als „Globalismus“) von zentraler Bedeutung. Aktuelle politische und soziale Probleme stehen seit einiger Zeit im Mittelpunkt der rechtsextremen Agitation und Rechtsextremisten holen mittlerweile ihre potentiellen Anhänger inhaltlich dort ab, wo sie stehen. Dabei gibt es hier wie dort Bestrebung der Modernisierung von Positionen und eine tendenzielle Loslösung von der Vergangenheitspolitik. Es gilt für alle Vertreter des rechtsextremen „Realo“-Flügels in Deutschland und Großbritannien, was ihnen Holger Apfel ins Stammbuch schreibt: „So wichtig der Kampf um die historische Wahrheit ist: Wir werden daran gemessen, was wir zur Lösung der sozialen Frage beizutragen haben“.<sup>226</sup>

Dazu kommen ferner starke Bemühungen um Respektabilität, Akzeptanz und Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche Diskurse, um Wählbarkeit („Kampf um die Parlamente“). Hierbei handelt es sich aber nicht selten um eine rein „taktische Zivilisierung“ (Klärner 2006) mit dem Zweck, die soziale Ächtung zu überwinden. Die Gleichzeitigkeit von Mäßigung und Radikalität macht in diesem Sinne den „Realos“ beider Länder zu schaffen, denn der Spagat zwischen Etablierungsversuchen und Revolutionsrhetorik ist Ausdruck des – in der vitaleren deutschen Szene ungleich heftigeren – Konflikts zwischen realpolitischem und fundamentaloppositionellem Flügel des Rechtsextremismus in beiden Ländern.

Wie am Beispiel der „Volksfront“ in Deutschland gezeigt sind alle Arrangements zwischen diesen Flügeln fragil und die Konflikte können jederzeit aufbrechen, vor allem dann, wenn die erhofften Erfolge aus-

---

<sup>226</sup> Interview mit Holger Apfel in: Klartext. Informationen der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Sonderausgabe (Beilage der Deutschen Stimme im Februar 2006), S. 3.

bleiben. Die Vertreter des fundamentalistischen Flügels können dies immer als Scheitern der Mäßigung interpretieren und die Authentizität des Radikalen einfordern. Dieser Konflikt ist strukturell in der Ideologie des Rechtsextremismus verankert, die völkische Utopie eines nach ethnischen oder rassischen Kriterien homogenen Volkes lässt auf Dauer keine Mäßigung zu. Ihre Durchsetzung wird sich nicht auf friedlichem Wege realisieren lassen, deshalb können alle Versuche der „taktischen Zivilisierung“ nicht von Dauer sein.

Eine Antwort auf die Frage, ob die extreme Rechte eine Alternative innerhalb des parlamentarisch-demokratischen Systems oder eine Alternative zu diesem System anbietet, gibt Holger Apfel in einer für „Realo“-Rechtsextremisten typischen Manier:

[W]ir werden einen Teufel tun, uns von unseren Gegnern ins Hamster-rad der parlamentarischen Niederungen stecken zu lassen. Grundsätzlich gilt für unsere Arbeit: Wir sind nicht der Reparaturbetrieb eines untergehenden Systems. Unseren politischen Einsatz leisten wir für die Demokratie im Sinne einer Herrschaft des Volkes und nicht der zur Zeit herrschenden parlamentarischen Demokratie [...].<sup>227</sup>

Im Hinblick auf die Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten ist *last but not least* auch noch zu bedenken, was der frühere NPD-Aktivist und erklärter „Fundi“ Jürgen Schwab folgendermaßen auf den Punkt bringt:

Welcher NPD-Politiker wäre schon in der Lage, einem überdurchschnittlich gebildeten Bürger zu erklären, was überhaupt ‘Volksgemeinschaft’ ist, worin der soziologische Unterschied von Gemein-

---

227 Ebenda.

schaft und Gesellschaft besteht, der von Staat und Gesellschaft, Volk und Nation, Demokratie und Parlamentarismus, und so weiter und so fort.<sup>228</sup>

Die zentrale rechtsextremen Akteure wie NPD oder BNP mögen in der Lage sein, für einige Menschen politische Sozialisationsangebote zu machen und Normalisierungseffekte für ihre Positionen in Teilen der Bevölkerung zu erzielen. Aber die „Abwicklung der BRD“, wie sie Udo Voigt in der Euphorie des Wahlerfolgs in Sachsen angekündigt hatte, ist nicht in Sicht.<sup>229</sup>

An dieser Stelle lassen sich die eingangs formulierten Hypothesen bestätigen. Wie gezeigt, sind die gesellschaftlichen Kontextbedingungen für Rechtsextremismus in Deutschland und Großbritannien höchst unterschiedlich. Auch die Szenen selbst sind von höchst unterschiedlicher qualitativer und quantitativer Stärke. Dennoch bilden die Themen soziale Frage und Globalisierung zentrale ideologische und propagandistische Leit motive für die extreme Rechte in beiden Ländern. Es hat sich ferner gezeigt, dass trotz der höchst unterschiedlichen Voraussetzungen und trotz einer weiterhin stark nationalistischen Rhetorik, die Sozial- und Globalisierungskritiken der Rechtsextremisten beider Länder auf den gleichen Argumentationsmustern beruhen, beiderseits dazu gebraucht werden öffentliche Akzeptanz zu gewinnen und dafür hier wie da gleiche Strategien wie die „Ethnisierung des Sozialen“ eingesetzt werden.

Hierüber hinaus lässt sich eine die zwei untersuchten Länder übersteigende Entwicklung zu einer Transnationalisierung der extremen Rechten ausmachen.

---

228 Jürgen Schwab, „Die Lebenslüge der verfassungstreuen Rechten – ein Nachwort“, im Störtebeker-Netz ( <http://www.stoertebeker.net/blog/?p=966>) vom 26. Mai 2005.

229 „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.“, Udo Voigt in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“, Nr. 40/04 vom 24.9.2004.

### *Die Transnationalisierung der extremen Rechten*

Im 21. Jahrhundert formiert sich ein transnationales Netzwerk von Rechtsextremisten, das von einer kollektiven Identität und einer international kompatiblen Ideologie getragen wird. Die kollektive Identität ist a) die eines Weißen im Sinne von ethnischer Zugehörigkeit und b) im Sinne der Kulturzugehörigkeit die eines dezidiert abendländischen Kulturkreises. Die kompatiblen ideologischen Elemente sind die Re-Nationalisierung und Re-Ethnisierung der Politik und die völkisch verfasste Gegnerschaft zum parlamentarisch-demokratischen System (vgl. ausführlicher: Grumke 2002, 2006). Dies konnte anhand der hier untersuchten Länderstudien zur sozialen Frage und Globalisierungskritik beispielhaft bestätigt werden.

Wenn der Rechtsextremismus mehr sein will als die Summe nationaler Sammelbecken des Protests gegen sozialen Wandel, progressive Diskurse und Multikulturalität, will er seine fundamentalen Ziele auch wirklich politisch realisieren, dann muss er auch global denken und handeln, dann muss er auch als transnationaler Akteur auftreten. Richard Stöss (2001: 2) stellt zutreffend fest: „Das Ausmaß der Vernetzung der nationalen Rechtsextremismen, die Frage insbesondere, ob es ihnen gelingt, die nationalen und internationalen Gegensätze zu überwinden, kann als ein wichtiger Indikator für die Politikfähigkeit und damit für das Bedrohungspotenzial, das vom Rechtsextremismus ausgeht, angesehen werden.“

Obwohl in den eigenen Ländern oft notorisch zerstritten, kristallisiert sich zumindest auf ideologischer Ebene so etwas wie eine transnationale extreme Rechte, zugespitzt: eine Internationale der Nationalisten, heraus. Auf der Folie gemeinsamer Feindidentifikation entwickelt sich eine engmaschiger werdende Infrastruktur mit regelmäßigen Veranstaltungen, festen Kommunikationsplattformen und einem regen Austausch von Waren und Ideen.

Auf der organisatorischen Ebene gilt zur Zeit der aus verschiedenen rechtsextremen europäischen Gruppen bestehende „European National Front“ (ENF) ein besonderes Augenmerk, in der die NPD eine Führungsrolle zu beanspruchen scheint.<sup>230</sup> So berichtet die NPD-nahe „Deutsche Stimme“ in der Dezemberausgabe 2004 von dem Besuch des Parteichefs Udo Voigt als Teil einer „achtköpfigen Delegation“ in Spanien.<sup>231</sup> „Absoluter Höhepunkt“ sei dabei die Unterzeichnung einer „Kooperationsvereinbarung“ gewesen, dessen Ziel die „Gründung einer gemeinsamen europäischen Wahlplattform für Europawahlen“ ist. Hier forderte Udo Voigt die Teilnehmer aus Italien, England, Frankreich und Rumänien auf, sich am deutschen Vorbild zu orientieren, am „Zusammenschluss von NPD, DVU und freien Kameradschaften“. Darin käme der NPD eine „historische Vorreiterrolle“ zu, die Voigt auch für die europäische Front anstrebt. Alle „europäische Nationalisten“ werden aufgefordert, sich der „Achse Madrid-Berlin anzuschließen, damit in baldiger Zukunft eine europäische Rechtspartei entstehen kann“.<sup>232</sup>

Seit Jahren ist in diesem Sinne eine lebendige Zusammenarbeit zwischen der NPD und der BNP zu verzeichnen. Der damalige Vorsitzende der BNP, John Tyndall, schrieb schon 1999 in seinem Geleitwort zur NPD-Veröffentlichung „Alles Große steht im Sturm“ im Namen seiner Partei: „Die selben Feinde, die selben politischen und gesellschaftlichen Probleme, die gleichen Lösungsansätze für diese Probleme und sicher auch eine gemeinsame Zukunft. Dies alles bindet die nationalistischen Parteien Europas untereinander“ (Apel 1999: 22).

Mark Cotteril, Chef der inzwischen aufgelösten American Friends of the British National Party (AF-BNP),<sup>233</sup> fasste bei einem internationalen

---

230 Vgl. <http://www.europeannationalfront.org>.

231 „Moderner Nationalismus. Traditioneller ‘Blauhemdenmarsch’ der Falange in Madrid“, in: Deutsche Stimme, 12/2004, S.21.

232 Ebd.

Meeting am 2. April 2001 in Arlington, Virginia, das Zusammentreffen von Rechtsextremisten aus den USA, Großbritannien und Deutschland im Beisein von NPD-Vertretern im gleichen Sinne zusammen: „Although we are all Nationalists, here today we are only one Nationality, White. It is not an American fight, or a British fight or a German fight, it is a White fight and we have got to win it“.<sup>234</sup>

Am 3. August 2002 fand das 2. Pressefest der NPD-eigenen Verlagsgesellschaft „Deutsche Stimme“ in Königslutter bei Hannover mit ca. 1.500 Teilnehmern statt. Als Redner trat u.a. auch der Vorsitzende der BNP, Nick Griffin, auf, der schon mehrfach von der Zeitung interviewt wurde. Auch für den 4. Freiheitlicher Kongress des DS-Verlages, der für den 9.-11. Juni 2006 in Süddeutschland geplant ist, wird Nick Griffin als Redner angekündigt. In einer Pressemitteilung zur Freilassung des kurzzeitig inhaftierten Griffin bezeichnete die NPD 2004 die BNP sogar als „unsere Partnerorganisation“.<sup>235</sup> Als Antwort „dieser neuen Einschüchterungsmaßnahmen“ werde man „die bereits gute Zusammenarbeit nationaler Parteien und Organisationen in Europa noch mehr intensivieren. Die BNP und ihr Vorsitzender Nick Griffin können sich auf die Solidarität der NPD verlassen.“<sup>236</sup>

Der ideelle Grundstein für eine transnationale Kooperation von Rechtsextremisten ist gelegt. Unabhängig der jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontextstrukturen, Mobilisierungs- und Agitationsstärken der nationalen rechtsextremen Szenen reicht die grenzüberschreitende

---

233 Die AF-BNP implodierte nachdem das Southern Poverty Law Center aufdeckte, dass Spenden unter Verletzung amerikanischer wie britischer Gesetze gesammelt wurden. Vgl. SPLC Intelligence Report, „Hands across the Water“, Fall 2001, S.14ff.

234 So zitiert in: Heritage and Destiny. The Magazine of the American Friends of the BNP, May/June 2001, S.5.

235 „Nick Griffin wieder freigelassen“, NPD-Pressemitteilung vom 15.12.2004 (1512-1) auf [www.npd.de/npd\\_info/pressemitteilungen/2004/1512-1.html](http://www.npd.de/npd_info/pressemitteilungen/2004/1512-1.html)

236 Ebd.

Vernetzung der extremen Rechten bis in das Europaparlament. Am 17. November 2004 besuchte der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt auf Einladung der Abgeordneten Alessandra Mussolini<sup>237</sup> das Europaparlament in Straßburg. Hier kam es dann auch zu weiteren Treffen und informellen Gesprächen mit den Vorsitzenden des Front National, Jean Marie Le Pen, der Forza Nuova und der Lega Nord.<sup>238</sup> In einer Presseerklärung zu diesen Treffen traten zu den üblichen Leitmotiven auch die strikte Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei und die Beschwörung einer internationalen Solidarität der Nationalisten:

Im politischen Kampf gegen die Überfremdung, Globalisierung und der Eindämmung des amerikanischen Wirtschaftsimperalismus herrschte Übereinstimmung, wie in der Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur EU. Nach intensiven Gesprächen kam man zu der Übereinkunft, künftig in Europa besser und vor allem intensiver zusammenzuarbeiten. Die Abgeordnete Alessandra Mussolini sicherte dem Parteivorsitzenden der NPD ihre Unterstützung für nationale deutsche Anliegen im Europaparlament zu.<sup>239</sup>

In diesem Kontext kann die Transnationalisierung des Rechtsextremismus auch als „zivilisationskritische Vergemeinschaftung“ verstanden werden, mit der „auf die Zumutungen der emanzipatorischen Moderne – Entwurzelung, Entfremdung, Verunsicherung und Sinnverlust – eine selbstvergewissernde, aber autoritäre, ja totalitäre Antwort“ (Loch/Heitmeyer 2001: 19) gegeben. Dabei wird in Rückgriff auf alte, überkommene völkische (und nicht selten antisemitische) Argumentations- und Theoriemuster ein schwer verdauliches Gemisch aus den wahlweisen Zutaten „internationale Volkssolidarität“, „Antiimperialismus“ und „Ausländer

---

237 Zu Mussolini vgl. Brück 2005.

238 „NPD-Parteivorsitzender zu Gast bei Alessandra Mussolini in Straßburg“, Pressemeldung auf [www.npd.de](http://www.npd.de).

239 Ebd.

raus“ zusammengebracht. Wie diese Studie zeigt, sind einheitliche gesellschaftliche Kontextbedingungen oder eine ähnlich verfasste Szene keine Voraussetzungen für das ideologische und strukturelle Zusammenrücken der jeweiligen rechtsextremen Akteure.

Ein eindrucksvoller Beleg hierfür ist das für den 10. Juni 2006 in Jena geplante „2. Fest der Völker“, das ganz im Zeichen der Themen soziale Frage und Globalisierung stehen wird und Gäste, Redner und Konzerte aus einer Reihe unterschiedlichster Länder zusammenführen soll.<sup>240</sup> Im Aufruf für das Fest, der in 14 Sprachen im Internet abrufbar ist und sich dementsprechend an ein breites internationales Publikum richtet, heißt es in typischem Duktus: „Der Wille und die Interessen der Völker Europas geraten angesichts der von den Globalisten gelenkten Politik immer mehr ins Hintertreffen [...] Die Idee der Zukunft spricht die Sprache der Völker und nicht die einer ‘One World’! Europa wird leben oder mit uns untergehen!“

#### *Schluss und Ausblick - was tun?*

Die von Rechtsextremisten propagierte völkische Re-Nationalisierung und Re-Ethnisierung der Politik ist eine fundamentale Alternative sowohl zur dominanten neoliberalen Globalisierung als auch zur sozial-ökologisch abgefederten Version („Global Governance“) und muss entsprechend ernst genommen werden. Die zunehmende reflexive Moderne, d.h. der sich beschleunigende soziale und politische Wandel, leistet der Mobilisierung der extremen Rechten Vorschub.

---

240 Vgl. den Aufruf unter [www.f-d-v.de](http://www.f-d-v.de) (20.4.2006). Als Redner sind angekündigt: Udo Voigt - NPD, Mario Machado - Frente Nacional (Portugal), Morten Borup - Dansk Front (Dänemark), Alessandro Mereu - Vertice Primo (Italien), Robert Vesterlund - info14 & Gula Korset (Schweden), Alexander Krassnow - freier Nationalist (Russland), Bojan Rassate - GWARDIA (Bulgarien).



Besonders vielschichtig ist die Situation in Ostdeutschland, wo eine besonders mobilisierungsfördernde „doppelte Modernisierung“ zu konstatieren ist: die nachgeholte Systemtransformation fällt zusammen mit dem aus Westdeutschland importierten Modernisierungsschub (vgl. Minckenberg 1998). Zu beobachten ist eine alltagskulturelle rechtsextreme Dominanz in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands, die Toralf Staud als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“ bezeichnet (vgl. Staud 2005). In seinem Buch und auf seiner Webseite (<http://www.moderne-nazis.de>) macht Staud anhand einer Fülle von Beispielen klar, wie diese „Faschisierung“ vor Ort aussieht:

In Teilen Sachsens, aber auch in Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gelten Freiheiten und Grundrechte heute nur noch eingeschränkt. „National Befreite Zonen“ gibt es dort nicht, aber Gegenden, die von den Organen des Rechtsstaates nur noch mühsam erreicht werden. In denen rechte Jugendcliquen vorgeben, was auf der Straße erlaubt ist und was nicht. Und wo in den Köpfen der Bevölkerung ein völkisches Weltbild herrscht – übrigens weit über die Wählerschaft der NPD hinaus und praktisch unwidersprochen. [...] Stück für Stück wird so die Gesellschaft homogener, kommt dem völkischen Ideal der NPD näher.<sup>241</sup>

In Ermangelung einer vitalen demokratischen Zivilgesellschaft, etablierter parteipolitischer Strukturen und – allgemein – einer verwurzelten demokratischen Kultur können Rechtsextremisten hier mit ihren reduktionistischen Welterklärungen punkten. Aber nicht nur in den rechtsextremen Hochburgen ist politische Bildung und ein Eintreten für die Demokratie dringend notwendig. Politische Bildung im Sinne von Extremismusprävention und -bekämpfung muss ein permanenter demokratiebegleitender Prozess sein. Dies gilt für die alte Demokratie Großbritannien ebenso wie

---

<sup>241</sup> <http://www.moderne-nazis.de/ausz.html>.

für die junge Demokratie Bundesrepublik Deutschland, dies gilt für staatliche und nichtstaatliche Akteure gleichermaßen. Die Frage, wie gegen die rechtsextreme Bedrohung der freiheitlichen-demokratischen Gesellschaft wirksam vorgegangen werden kann, ist umstritten und weiterhin nicht letztgültig beantwortet. In Deutschland liegt nach wie vor der Sonderfall einer staatlich alimentierten Zivilgesellschaft vor, wo eine Vielzahl von Projekten in diesem Bereich am Tropf staatlicher Gelder hängen.

Wenn es bestimmte zivilgesellschaftliche, demokratiefördernde Institutionen gerade im ländlichen Raum nicht mehr geben wird, ist die extreme Rechte ihrem Ziel einer kulturellen Hegemonie (oder „Faschisierung“) ein gutes Stück näher gekommen. Um so mehr steht fest, dass die Eindämmung des Rechtsextremismus sich nicht auf die Bekämpfung seiner Organisationen reduzieren kann, sondern vor allem auf die Stärkung einer nachhaltigen demokratischen Kultur konzentriert sein muss. Staatliche Repression und Verbote gegen die extreme Rechte sind für sich allein nicht notwendigerweise mobilisierungshemmend, sondern verstärken unter Umständen das Selbstverständnis als verfolgte Gruppe von Aufrechten wie als „nationaler Widerstand“. Es wäre also in vielerlei Hinsicht tragisch, wenn die so dringend wie eh und je notwendige zivilgesellschaftlich-demokratische Gegenmobilisierung aufgrund von politischen, finanziellen und ideologischen Problem- und Interessenslagen zum Erliegen käme.

Andererseits ist zu bemängeln, dass Zivilgesellschaft oft zu einer Allzweckwaffe im „Kampf“ gegen den Rechtsextremismus erhoben wird, zu einer Art gesellschaftlichem Antibiotikum. Doch Zivilgesellschaft ist nicht per se mit Demokratie gleichzusetzen. Zur Zivilgesellschaft gehören ebenso rechtsextreme Organisationen wie demokratische Initiativen. So ist keineswegs gesagt, ob durch eine Vielzahl von Vereinen unbedingt die politische Partizipation zunimmt oder demokratisches Bewusstsein

gefördert wird. Durch das z.T. normativ-moralische Verständnis von Zivilgesellschaft und die oft politisierte und emotional geführte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird kein nachhaltiger Fortschritt zu erzielen sein. Angezeigt ist, die bestehenden demokratisch verfassten Projekte und Netzwerke auf eine konzeptionell und nicht zuletzt personell professionelle Basis unter ausdrücklichem Einschluss von Evaluation und klassischem Fundraising zu stellen.

Rechtsextremisten leben, wie übrigens alle Fundamentalisten, in einer hermetischen ideologischen Gegenwelt. Gesellschaftlich ist also allgemein die Frage: Wie kann die liberale Gesellschaft eine absolute Feinderklärung annehmen, ohne ihre eigenen freiheitlich-demokratischen Ideale aufzugeben? Eine Antwort hierauf zu finden ist vor dem Hintergrund einer sich transnational annähernden extremen Rechten, die versucht zentrale Themen wie die soziale Frage und Globalisierung zu besetzen, für alle Demokraten zwingend.



## VI Bibliographie

- **Anonym**, „Aktionsbündnisse für den ‘Kampf um die Straße’. Konzept und Struktur der ‚Freien Kameradschaften’“ in: *Antifaschistisches Info Blatt*, (Nr. 52), Frühjahr 2001, S. 8-12.
- **Apfel, Holger (Hg.)**, Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999.
- **Archiv der Jugendkulturen (Hg.)**, Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Bonn 2001.
- **Arzheimer, Kai**, „Wahlen und Rechtsextremismus“, in: Bundesministerium des Innern (Hg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 56-81 (auch online abrufbar unter: <http://www.extremismus.com/texte/reader1.pdf> [14.3.2006]).
- **Bergmann, Werner**, „Ein Versuch, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben“, in: ders. / Erb, Rainer (Hg.), Neonazismus und rechte Subkultur, Berlin 1994, S. 183-203.
- **Bergmann, Werner/Erb, Rainer**, „Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern“, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 7, Heft 2/1994a, S. 80-98.
- Dies., „Kaderparteien, Bewegung, Szene, kollektive Episode oder was?“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*( 7), Heft 4/1994b, S. 26-34.
- Dies., „‘Weder rechts noch links, einfach deutsch!’ Kollektive Identität rechter Mobilisierung - im Vergleich zu anderen Bewegungen“, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 1/1996, S. 21-26.

- **Betz, Hans-Georg**, Radical Right-wing Populism in Europe, New York 1994.
- **Beyme, Klaus von**, „Right-Wing Extremism in Post-War Europe“, in: ders. (Hg.), Right-Wing Extremism in Western Europe, Sonderheft der *Western European Politics* 11 (2), London 1988, S. 1-18.
- **Bielefeld, Ulrich**, „Die institutionalisierte Phobie. Einige soziologisch-sozialpsychologische Anmerkungen“, in: Otto, Hans-Uwe / Merten, Roland (Hg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn 1993, S. 34-42.
- **Brähler, Elmar / Niedermayer, Oskar**, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 6, Berlin/Leipzig 2002, Online abrufbar unter: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/BraeNied.pdf> [10.3.2006].
- **Brück, Brigitte**, Frauen und Rechtsradikalismus in Europa. Eine Studie zu Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien. Wiesbaden 2005.
- **Bundesamt für Verfassungsschutz**, Neonazistische Kameradschaften in Deutschland (Stand: Dezember 2000), Online unter: <http://www.extremismus.com/vs/kameraden.htm> [18.5.2005].
- **Dies.**, Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik. Strukturdaten - Ideologie - Agitation - Perspektiven, 1990 - 2000, Köln 2001.
- **Bundesministerium des Innern**, Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002.
- **Dies. (Hg.)**, Extremismus in Deutschland, Berlin 2004 (auch online abrufbar unter: <http://www.extremismus.com/texte/reader1.pdf> [14.3.2006]).
- **Burger, Reiner**, Rechtsextreme Volksfront, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.10.2004, S. 3.
- **Burnley Task Force Report**, o.J. [2001], online unter: <http://image.guardian.co.uk/sys-files/Guardian/documents/2001/12/11/Burnley-taskforce.pdf> [5.3.2006].

- **Coenders, Marcel / Lubbers, Marcel / Scheepers, Peer**, Majorities' attitudes towards minorities in European Union Member States. Results from the Standard Eurobarometers 1997-2000-2003. Report 2 for the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Ref. no. 2003/04/01), Online unter: <http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/eurobarometer/EB2005/Report-2.pdf> [5.3.2006].
- **Coenders, Marcel / Lubbers, Marcel / Scheepers, Peer**, Majorities' attitudes towards minorities in Western and Eastern European Societies: Results from the European Social Survey 2002-2003. Report 4 for the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, Online unter: <http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/eurobarometer/EB2005/Report-4.pdf> [5.3.2006].
- **Copsey, Nigel**, „Contemporary Fascism in the Local Arena: The British National Party and ‘Rights for Whites’” in: Cronin, Mike (Hg.), *The Failure of British Fascism*, Basingstoke u.a. 1996, S. 118-140.
- Ders., „Fascism: the ideology of the BNP“, in: *Politics*, 14 (3), 1994, S. 101-108.
- Ders., *Anti-fascism in Britain*, Basingstoke, Hampshire u.a. 2000.
- Ders., *Contemporary British fascism: the British National Party and the quest for legitimacy*, Basingstoke u.a. 2004.
- **Cremer, Jean**, „Die NPD und ihr nationalrevolutionäres Umfeld. Materialien zur neueren ideologischen Entwicklung“, Frankfurt am Main 1999, zweite Auflage.
- **Diamant, Adolf**, *Geschändete Jüdische Friedhöfe in Deutschland. 1945 bis 1999*, Potsdam 2000.
- **Dietzsch, Martin / Maegerle, Anton**, „Anti-Antifa“ - einigendes Band von Neonazis bis zur Intellektuellen Rechten (Stand: Sept. 1996), Online unter: [http://www.uni-duisburg.de/DISS/Internetbibliothek/Artikel/Anti\\_Antifa.htm](http://www.uni-duisburg.de/DISS/Internetbibliothek/Artikel/Anti_Antifa.htm) [13.4.04].
- **Döring, Uta**, „‘National befreite Zonen’. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs“, in: Klärner / Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 177-206.

- **Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hg.)**, RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Hamburg / Münster 2002.
- **Dudek, Peter / Jaschke, Hans-Gerd**, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Band 1 - Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur., Opladen 1984a.
- Dies., Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Band 2 - Dokumente und Materialien, Wiesbaden 1984b.
- **Eatwell, Roger**, „The Esoteric Ideology of the National Front in the 1980s“, in: Cronin, Mike (Hg.), The Failure of British Fascism, Houndsmills u.a. 1996, S. 99-117.
- Ders., „The Dynamics of Right-wing Electoral Breakthrough“, in: *Patterns of Prejudice*, 32 (3), 1998, S. 3-31.
- Ders., „The rebirth of the ‘Extreme Right’ in Western Europe?“, in: *Parliamentary Affairs*, 3/2000, S. 407-425.
- Ders., „The Extreme Right in Britain. The Long Road to ‘Modernization’“, in: Ders./Cas Mudde, Western Democracies and the New Extreme Right Challenge, London und New York 2004, S. 62-79.
- **Elsässer, Jürgen**, Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde, Hamburg 1998.
- **ENAR Shadow Report Racism and Race Relations in the UK**, written by Sarah Isal, UK Race & Europe Network Research & Policy Analyst (Europe), The Runnymede Trust, April 2002, Online: <http://www.enar-eu.org/en/national/Report%20UK%202001.pdf> [10.3.2006].
- **Erb, Rainer**, „Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers“, in: Klärner / Kohlstruck (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142-176.
- **Erb, Rainer / Klärner, Andreas**, „Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung. Horst Mahler vor Gericht“, in: Benz, Wolfgang



(Hg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* (14), Berlin 2005, S. 111-134.

- **Fichter, Michael u.a.**, Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Abschlussbericht, Berlin, Dezember 2004, Online unter: [http://www.pol-wiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex\\_downl.htm](http://www.pol-wiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm) [10.3.2006].
- **Fielding, Nigel**, *The National Front*, London, Boston / Henley 1981.
- **Flad, Henning**, „Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene - Die Bedeutung des Handels mit Musik“, in: Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 102-115.
- **Flemming, Lars**, „Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren. Wie aus dem ‘Aufstand der Anständigen’ der ‘Aufstand der Unfähigen’ wurde“, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* (15), Baden-Baden 2003, S. 159-176.
- **Gessenharter, Wolfgang**, „Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsradikalismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes“, in: Ders. / Fröchling, Helmut (Hg.): *Rechtsradikalismus und neue Rechte in Deutschland: Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?* Opladen 1998, S. 25-66.
- **Greven, Thomas / Grumke, Thomas (Hg.)**, *Rechtsextremismus in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006.
- **Griffin, Roger**, „‘No Racism, thanks, we’re British’ Manifestationen von Rechtspopulismus im zeitgenössischen Großbritannien“, in: Eismann, Wolfgang (Hg.), *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität*, Wien 2002, S. 90-111.
- Ders., „From slime mould to rhizome: an introduction to the groupuscular right“, in: *Patterns of Prejudice*, 37 (1), 2003, S. 27-50.
- **Grillo, Ralph**, „‘Saltdean can’t cope’: Protests against asylum-seekers in an English seaside suburb“, in: *Ethnic and Racial Studies*, 28 (2), 2005, S. 235-260.

- **Grumke, Thomas**, Rechtsextremismus in den USA, Opladen 2001.
- Ders., „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation“, in: Ders. / Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 43-60.
- Ders., „Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten“, in: Greven / Ders. (Hg.), Rechtsextremismus in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 130-159.
- **Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hg.)**, Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002.
- **Heitmeyer, Wilhelm (Hg.)**, Deutsche Zustände. Folge 1 - 3, Frankfurt am Main 2002 - 2005.
- **Heitmeyer, Wilhelm**, „Rechtsextremistische Gewalt“, in: Ders. / Hagan, John (Hg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 501 - 546.
- **Hellmann, Kai-Uwe / Ruud Koopmans (Hg.)**, Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen 1998.
- **Hendy, John / Ewing, Keith D.**, „Trade Unions, Human Rights and the BNP“, in: *Industrial Law Journal*, 34 (3), 2005, S. 197-216.
- **Hoffmann, Uwe**, Die NPD - Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main u.a. 1999.
- **Holtmann, Everhard**, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002.
- Ders., Protestpartei am rechten Rand. Die DVU in der Wählerlandschaft und im Landtag von Sachsen-Anhalt, 3. Auflage, 2002.
- **Ignazi, Piero**, Extreme right parties in Western Europe, Oxford u.a. 2003.
- **Jaschke, Hans-Gerd**, „Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 37/1992, S. 1437-1447.

- Ders., „Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?“, in: *Vorgänge*, Heft 2/1993, S. 105-116.
- Ders., „Sehnsucht nach dem starken Staat. Was bewirkt Repression gegen rechts?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 39/2000, S. 22-29.
- **Jesse, Eckhard**, „Biographisches Porträt: Horst Mahler“, in: Backes, Uwe / Ders. (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (13)*, 2001, S. 183-199.
- Ders., „Die Geschichte der NPD und ihre Radikalisierung seit der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre“, in: *Deutsche Studien*, 38 (147/148), 2002, S. 87-97.
- Ders., „Das Auf und Ab der NPD“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 42/2005, S. 24-44.
- **Kailitz, Steffen**, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur ‘Volksfront’? Zukunftsforum Politik, Nr. 65/2005, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, Online unter: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/zukunftsforum\\_politik/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_6368\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_6368_1.pdf) [10.3.2006].
- **Kitschelt, Herbert**, The Radical Right-wing in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor 1995.
- **Klärner, Andreas**, „‘Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit’ - Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt“, in: ders. / Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 44-67.
- **Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael**, „Moderner Rechtsextremismus. Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung“, in: Dies. (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 7-41.
- **Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (Hg.)**, *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006.
- **Kleger, Heinz**, „Bürgerbewegungen gegen Fremdenhass. Von den

- Lichterketten zum Kirchenasyl“, in: *Berliner Debatte INITIAL*, (Heft 1), 1996, S. 55-72.
- **Kock, Sonja**, „Hochburgen‘ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. Zur Tragweite politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze rechtsextremer Wahlerfolge“, in: Klärner / Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 207-237.
  - **Kohlstruck, Michael / Münch, Anna Verena**, „Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl“, in: Klärner / Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 302-336.
  - **Koopmans, Ruud / Olzak, Susan**, „Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence in Germany“, in: *American Journal of Sociology*, 110 (1), 2004, S. 198-230.
  - **Koopmans, Ruud / Rucht, Dieter**, „Rechtsradikalismus als soziale Bewegung?“, in: Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen R. (Hg.), *Rechtsradikalismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Sonderheft 27 der PVS, Opladen 1996, S. 265-287.
  - **Korgel, Lorenz**, „Links anziehen, rechts marschieren“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2/2006, S. 157-160.
  - **Kushner, Tony**, „The fascist as ‘other’? Racism and neo-Nazism in contemporary Britain“, in: *Patterns of Prejudice*, 28 (1), 1994, S. 27-45.
  - **Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg**, Kommunikationsmittel der Skinheadszone, Online unter: [http://www.verfassungsschutz-bw.de/rechts/rechts\\_skins\\_komm.html](http://www.verfassungsschutz-bw.de/rechts/rechts_skins_komm.html) [9.5.2005].
  - **Lauth, Hans Joachim / Wagner, Christoph**, „Gegenstand, grundlegende Kategorien und Forschungsfragen der ‚Vergleichenden Regierungslehre‘“, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre*, Wiesbaden, 2002, S. 15-34.
  - **Leggewie, Claus**, „Rechtsradikalismus – eine soziale Bewegung?“,

- in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.), Rechtsradikalismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 325-338.
- **Claus Leggewie**, Die Globalisierung und ihre Gegner, München 2003.
  - **Leggewie, Claus / Meier, Horst (Hg.)**, Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen, Frankfurt am Main 2002.
  - **Leist, Wolfgang**, Versammlungsrecht und Rechtsextremismus. Die rechtlichen Möglichkeiten rechtsextremistische Demonstrationen zu verbieten oder zu beschränken, Hamburg 2003.
  - **Lepszy, Norbert**, „Republikaner“, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland., Bonn 2003, Online abrufbar unter: <http://www.bpb.de/wissen/09737146379819855282416344962918,0,0,Republikaner.html> [15.3.2006].
  - **Linke, Annette**, Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994.
  - **Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm**, „Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen“, in: Dies (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/Main 2001, S. 11-37.
  - **Lunn, Kenneth**, „British Fascism Revisited. A Failure of Imagination?“, in: Cronin, Mike (Hg.), The failure of British fascism: the far right and the fight for political recognition, Basingstoke u.a. 1996, S. 166-180.
  - **Macklin, Graham D.**, „Co-opting the counter culture: Troy Southgate and the National Revolutionary Faction“, in: *Patterns of Prejudice*, 39 (3), 2005, S. 301-326.
  - **Maegerle, Anton**, **Globalisierung** aus Sicht der extremen Rechten, Braunschweig 2005.
  - **Mellows-Facer, Adam / Cracknell, Richard / Yonwin, Jessica**, European Parliament elections 2004. (House of Commons - Libra-

- ry: Research Paper 04/50, 23 JUNE 2004), Online abrufbar unter: <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2004/rp04-050.pdf> [11.3.2006].
- **Mellows-Facer, Adam / Yonwin, Jessica**, Local Elections 2004, House of Commons – Library, Research Paper 04/49, 23 June 2004, Online unter: <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2004/rp04-049.pdf> [10.2.2006].
  - **Menhorn, Christian**, Skinheads. Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001.
  - **Minkenber, Michael**, Die neue extreme Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen/Wiesbaden 1998.
  - Ders., „Repressionsstrategien gegen Rechtsradikalismus und Gewalt“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 16 (Heft 4), 2003, S. 31-42.
  - Ders., Demokratie und Desintegration. Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Berlin 2005.
  - **Mletzko, Matthias**, „Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen - Teil 1. Unterschiede am Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“ dargestellt“, in: *Kriminalistik*, (8-9), 2001, S. 543-548.
  - **Neiss, Marion**, „Friedhofsschändungen in Deutschland. Ein Überblick“, in: Benz, Wolfgang (Hg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* (10), Frankfurt am Main / New York 2001, S. 55-66.
  - **Neubacher, Bernd**, Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag. Von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei? Dissertation, Stuttgart 2001, online unter: <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2002/1139/> [28.6.2005].
  - **Nickolay, Bernd**, Rechtsextremismus im Internet. Ideologisches Publikationselement und Mobilisierungskapital einer rechtsextremen sozialen Bewegung? Würzburg 2000.
  - **Norris, Pippa / Wlezien, Christopher**, „Introduction – The Third

Blair Victory: How and Why?“, in: *Parliamentary Affairs*, Vol. 58, No. 4/2005, S. 657-683.

- **Parteipräsidium der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)**, Volksfront statt Gruppenegoismus. Erklärung des Parteipräsidiums der NPD vom 19.9.2004, Online unter: <http://www.eine-bewegung-werden.de/volksfront.htm> [10.3.2006].
- **Pfahl-Traugber, Armin**, „Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen“, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*( 9), Baden-Baden 1997, S. 156-173.
- Ders., „Noch einmal: Rechtsextremismus als (neue) soziale Bewegung? Versuch einer Einschätzung vor dem Hintergrund der Situation Ende der 90er Jahre“, in: Dünkel, Frieder / Geng, Bernd (Hg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien*, Mönchengladbach 1999a, S. 89-109.
- Ders., „Der ‚zweite Frühling‘ der NPD zwischen Aktion und Politik“, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* (11), Baden-Baden 1999b, S. 146-166.
- Ders., „Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern ‚Aktion‘ – ‚Gewalt‘ – ‚Kultur‘ – ‚Politik‘“, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2000, S. 71-100.
- Ders., „Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? **Globalisierung** als Agitationsthema des organisierten **Rechtsextremismus**“, in: **Bundesministerium des Innern (Hg.)**, *Extremismus in Deutschland*, Berlin 2004, S. 98 – 135 (auch online abrufbar unter: <http://www.extremismus.com/texte/reader1.pdf> [14.3.2006]).
- Ders., „Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland“, in: Greven / Grumke (Hg.), *Globali-*

sierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S.30-51.

- **Pfeiffer, Thomas**, Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten - Presse, Musik, Internet, Berlin 2002.
- **Racist Violence in 15 EU Member States**, A Comparative Overview of Findings from the RAXEN NFP Reports 2001-2004, herausgegeben vom European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, Wien 2005, online unter: <http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/comparativestudy/CS-RV-main.pdf> [4.3.2006].
- **Ramelsberger, Annette**, „Intellektuelle Glimmstängel. Die ‚Dresdner Schule‘ als Gegenmodell zu Adorno und Marcuse“, in: *Das Parlament*, Nr. 45/2005, online unter: <http://www.das-parlament.de/2005/45/Thema/005.html> [22.4.2006].
- **Rennefanz, Sabine**, „Ihr interessiert Euch einfach nicht genug für Ideologien“, in: *Das Parlament*, Nr. 45 / 07.11.2005, online unter: <http://www.das-parlament.de/2005/45/Thema/025.html> [10.3.2006].
- **Renton, David**, „Examining the success of the British National Party, 1999-2003“, in: *Race & Class*, 45 (2), 2003, S. 75-85.
- **Röpke, Andrea / Speit, Andreas (Hg.)**, Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004.
- **Rucht, Dieter**, „Das Kräftefeld sozialer Bewegungen, Gegenbewegungen und Staat: Einführende Bemerkungen“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 4, Heft 2/1991, S. 9-16.
- Ders., Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt am Main / New York 1994.
- Ders., „Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung“, in: Grumke / Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 75-86.
- Ders. (Hg.), Berlin, 1. Mai 2002 – Politische Demonstrationsrituale, Opladen, 2003.



- **Sammons, Jeffrey L.**, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar, Göttingen 1998.
- **Scharenberg, Albert**, „Plädoyer für eine Mehrebenenanalyse des Rechtsextremismus“, in: *Deutschland Archiv*, Nr. 4/2003, S. 659-672.
- **Schmidt, Jochen**, Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging, Berlin 2002.
- **Schröder, Burkhard**, „Rechtsextremismus im Internet“, in: Archiv der Jugendkulturen (Hg.), Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Bonn 2001, S. 157-170.
- **Schröder, Burkhard**, Neonazis und Computernetze. Wie Rechtsradikale neue Kommunikationsformen nutzen, Reinbek bei Hamburg 1995.
- **Searchlight u.a. (Hg.)**, White Noise. Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene, Hamburg / Münster 2001.
- **Stallberg, Friedrich W.**, „Stigma und Ächtung. Zur soziologischen Interpretation des Rechtsextremismus“, in: Heiland, Hans-Günther / Lüdemann, Christian (Hg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen 1996, S. 101-113.
- **Staud, Toralf**, Moderne Nazis: die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005.
- **Stöss, Richard**, „Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick“, in: Wolfgang Kowalsky / Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsradikalismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 23-66.
- Ders., Rechtsradikalismus im vereinten Deutschland, 3. Aufl., Berlin 2000.
- Ders., Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr.5, Berlin 2001.

- Ders., „Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen“, in: Bundesministerium des Innern (Hg.), *Extremismus in Deutschland*, Berlin 2004, S.82-97.
- Ders., *Rechtsextremismus im Wandel*, Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Dialog Ostdeutschland, Berlin 2005.
- **Taggart, Paul**, 2004 European Parliament Election Briefing No 14 – The European Parliament Election in the United Kingdom, University of Sussex 2004, online unter: <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/epern-ep2004-uk.pdf> [10.2.2006].
- **The Stephen Lawrence Inquiry**. Report of an Inquiry by Sir William MacPherson of Cluny. Advised by Tom Cook, The Right Reverend Dr John Sentamu, Dr Richard Stone. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty. February 1999, online unter: <http://www.archive.official-documents.co.uk/document/cm42/4262/sli-00.htm> [4.3.2006].
- **Thomczyk, Stephan**, *Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994*, Konstanz 2001.
- **Thurlow, Richard**, *Fascism in Britain: from Oswald Mosley's Black-shirts to the National Front*, London u. a. 1998.
- **Virchow, Fabian**, „The groupuscularization of neo-Nazism in Germany: the case of the Aktionsbüro Norddeutschland“, in: *Patterns of Prejudice*, Nr. 1/2004, S. 56-70.
- Ders., „Dimensionen der ‚Demonstrationspolitik‘ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Klärner / Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 68-101.
- Voigt, Udo, „Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend“, in: **Apfel (Hg.)**, *Alles Große steht im Sturm*, Stuttgart 1999, S. 469-475.
- **Wagner, Peter M.**, „Die NPD nach der Spaltung“, in: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (4)*, Bonn;

Berlin 1992, S. 156-167.

- **Wahl, Klaus (Hg.)**, Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention, Opladen 2003.
- **Watson, Roland**, „The Politics of Peak Oil and Fascism”, in: New Era Investor, 26. April 2005, online unter: <http://newerainvestor.blogspot.com/2005/04/politics-of-peak-oil-and-fascism.html> [16.1.2006].
- **Welzk, Stefan**, „Globalisierung und Neofaschismus“, in: *Kursbuch*, Heft 134, Dezember 1998, S. 37-47.
- **Westin, Charles**, „Racism and the Political Right: European Perspectives“, in: Merkl, Peter H. / Weinberg, Leonard (Hg.), *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*, London / Portland (OR) 2003, S. 97-125.
- **Wieviorka, Michel**, „Racism and Social Movements”, in: Maheu, Louis (Hg.), *Social Movements and Social Classes. The Future of Collective Action*, London 1995, S. 87-106.
- **Willems, Helmut u.a.**, *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen*, Opladen 1993.
- **Willems, Helmut**, „Rechtsextremistische, antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten in Deutschland: Entwicklung, Strukturen, Hintergründe“, in Grumke, Thomas / Wagner, Bernd, *Handbuch Rechtsradikalismus*, Opladen 2002, S. 141-157.
- **Yonwin, Jessica**, Electoral performance of far-right parties in the UK, House of Commons – Library, Standard Note: SN/SG/1982, 29 June 2004, Online unter: <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/notes/snsg-01982.pdf> [10.2.2006].
- **Young, Ross**, Electoral performance of far-right parties in the UK, House of Commons – Library, Standard Note: SN/SG/1982, 5. Sept. 2003.
- **Zald, Mayer / Useem, Bert**, „Movement and Countermovement Interaction: Mobilization, Tactics, and State Involvement”, in: Zald, Mayer/John McCarthy (Hg.), *Social Movements in an Organizational Society*, New Brunswick (NJ) 1987, S. 247-272.



